211. Ausgabe · 37. Jahrgang

München, Freitag, 19. Oktober 1923

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Schriftleitung und Anzeigenabteilung: München, Schellingstr. 39/I, Tel. 22460, 23695. Verlag: München, Thierschstr. 15, Tel. 20647

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Preis: M. 30 000 000, ausw. M. 35 000 000
Bezugspreis für Österreich: Einzelnummer 1200 Kr

F.M.J. Rehse Archiv und Museum f. Zeitgeschichte München

Wer verleumdet?

Offene Anfrage an den Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr

Tagesspiegel

Militärisches Ultimatum an den sächsischen Bolschewismus.
Eine deutschfeindliche Erklärung aus Thüringen.
Neue Tumulte im sächsischen Landtag.
Ein kommunistischer Aufruhr in Holstein.
Minister Sollmann sprach in Köln.
Marxistische Bestrebungen zur Aufhebung des Ausnahmezustandes.
Neue Ausschreitungen in Mannheim und Berl
Deutsche Versklavungsverhandlungen mit Poincaré.

Wer verleumdet?

Vor wenigen Tagen ließ das Generalkommissariat offiziell erklären, daß die im Umlauf befindlichen Gerüchte, wonach Herrn von Kahr die Marschroute in seiner Politik vorgezeichnet und er auf das der Bayer. Volkspartei zugehörige Kabinett v. Knilling festgelegt sei, als unwahre Behauptung und Verleumdung widerrufen seien. Die Politik des Hrn. v. Kahr sei vollständig unabhängig und in keiner Weise auf irgendeine parteipolitische Richtung festgelegt. Nun ergreift in Nr. 288 der „Bayerische Kurier" unter dem Titel „Die Diktatur ohne Bindung" anläßlich der Rede des Prof. Bauer zu dieser Frage das Wort. Professor Bauer hatte in dieser Rede den merkwürdigen Wunsch geäußert, Herr von Kahr möchte seine Gewalt zur vollkommenen Diktatur ausbauen, ohne jeglichen Schein irgendeiner Bindung. Dieses Wort hat nun dem parteiamtlichen Organ der Regierung Knilling offenbar sehr in die Nase gestochen, weshalb es sich dazu folgendermaßen vernehmen läßt: In dieser Äußerung über die Mission des Herrn von Kahr wird offenkundig dem Wunsche Ausdruck gegeben, der von der verfassungsmäßigen bayerischen Staatsregierung berufene Generalstaatskommissar möge die ihm übertragene Gewalt zur Umwandlung seiner Stellung in eine wirkliche, vollkommen unabhängige Diktatur (von uns gesperrt! Die Schriftl.) ausnützen. Selbst wenn Herr von Kahr solchen Zielen zustreben würde, könnte man sich nichts Unklügeres und im Grunde genommen nichts Unfreundlicheres gegen den Herrn Generalstaatskommissar vorstellen, als diese Äußerung eines Mannes, der seine Stellung als Vorsitzender eines Teiles der nationalen Bewegung in Bayern als eine hochpolitische auffaßt." Schreibt das Parteiorgan der Regierung Knilling! Aber es kommt noch besser: „Im übrigen ist es auch gar nicht wahr, daß sich das bayerische Volk nach einem Diktator sehnt, der gar niemandem verantwortlich ist, der zudem durch keine Bindungen im Sinne jener Leute, die heute am lautesten nach dem Diktator schreien, gedeckt ist. Denn es liegt auf der Hand, daß dieser ungebundenste Diktator der gebundenste Mann, der Unfreieste aller Freien wäre. Für einen solchen Diktator, der in vollkommener Abhängigkeit stünde von einer unverantwortlichen Vereins- und Verbandspolitik, dankt das bayerische Volk. — — Es ist eine vollkommen falsche Auslegung der in unserem Volk gegen das derzeitige parlamentarische System herrschenden Stimmung, wenn man meint, das Volk wäre jeden Mitbestimmungsrechts im Staate in Form einer Volksvertretung müde."

Mit anderen Worten: Die Bayerische Volkspartei erklärt: Herr von Kahr ist ein mit erweiterten Vollmachten ausgerüsteter Angestellter oder Beamter des aus der Bayerischen Volkspartei zusammengesetzten Kabinetts v. Knilling. Der „Bayerische Kurier" behauptet also gerade das, was Herr v. Kahr als Verleumdung bezeichnen ließ. Wir erwarten nun mit Bestimmtheit, daß Herr v. Kahr auch die Mitteilungen der Bayerischen Volkspartei als Verleumdungen erklären läßt.

Amtliche deutsche Speichelleckerei

tu. Berlin, 18. Okt. Die deutsche Regierung legte in der gestern überreichten Note ganz ausführlich dar, daß sie nichts unterlassen habe, um den passiven Widerstand im besetzten Gebiet tatsächlich einzustellen. Darauf bezügliche Verfügungen sind in der Note wörtlich wiedergegeben, insbesondere auch die Verfügung an die Eisenbahner. Es fehlt hierbei auch nicht an Einzelheiten; so z. B. wird ausführlich begründet, weshalb an die Eisenbahner in der Pfalz noch weitere Lohnvorschüsse bezahlt worden sind, nämlich lediglich aus technischen Gründen, weil die Auszahlung schon im Gange war, als die Verfügung zur völligen Einstellung des passiven Widerstandes von Berlin aus erging. Auch die Frage der Herabsetzung der Kohlensteuer und andere Maßregeln der deutschen Regierung sucht die Note genau klarzumachen.

Die Unterwerfungsaktion

tu. Paris, 18. Okt. Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail" erklärt in bezug auf den gestrigen Schritt des deutschen Geschäftsträgers bei Poincaré, daß die Vorschläge Stresemanns vom Geiste der Versöhnlichkeit eingegeben wären und man gebe sich der Hoffnung hin, in ferneren Besprechungen zufriedenstellende Ergebnisse zu erzielen. Die französische Okkupationsbehörde rechne mit der Lösung im Laufe der kommenden Woche und zwar beabsichtigt man, die Instandsetzung der Kohlengruben im Ruhrgebiet dem franco-belgischen Syndikat zu übertragen. Ferner würden sich die Industriellen bereit erklären, Frankreich und Belgien 17 Prozent ihrer Kohlenförderung zu Reparationszwecken zu verwenden. Den Industriellen würde dafür die Erlaubnis erteilt, Kohlen auch außerhalb des besetzten Gebietes abzusetzen. Auf diese Weise glaube man, daß die notwendigen Geldmittel zur Ablöhnung der Bergarbeiter zusammengebracht würden und daß so die Industrietätigkeit im Okkupationsgebiet allmählich wieder vollständig hergestellt würde.

Nach hiesiger Information erklärte Poincaré gestern dem deutschen Geschäftsträger, daß der **passive Widerstand erst mit der Wiederaufnahme der Naturalleistungen als völlig beendet angesehen werden könnte.**

Der aufmarschierende Hochverrat

Konflikte

Die Zustände im Deutschen Reiche bilden augenblicklich das bunteste Gewebe von sich übereinander und durcheinander verquickenden Konfliktfäden. Da ist zunächst der Ausnahmezustand im ganzen Reiche, mit dem Diktator Geßler an der Spitze. Dieser Ausnahmezustand wurde verhängt, um eine Einwirkung der völkischen Bewegung von Bayern aus im Reiche zu unterbinden. Da man nicht zu Unrecht die Wurzel des nationalen Wehrgedankens in dem frechen Übergreifen bolschewistischer Hundertschaften erblickte, so war auch die Sozialdemokratie, aus Angst um ihre Selbsterhaltung, bereit, einer militärischen „Diktatur" zuzustimmen und einige Unterdrückungen der kommunistischen roten Truppen zuzulassen, aber immer unter dem Gesichtspunkte, die völkischen Verbände restlos niederzuknüppeln und auszurotten. Als der Marxismus nun entdeckte, daß eine vollständige Lahmlegung des völkischen Gedankens in Bayern nicht möglich war, entstanden sehr bald starke Bedenken über die aus Angst geborenen Ausnahmegesetze. Hinzu kam, daß die militärischen Stellen ihre von der Sozialdemokratie nur nominell gedachten Aufträge zur Auflösung bolschewistischer Hundertschaften und Unterdrückung der verräterischen kommunistischen Aufrufe stellenweise bemüht waren, sie wirklich in die Tat umzusetzen. In Sachsen, Thüringen und anderen Städten untersagten die betreffenden Leiter der Wehrkreise das Erscheinen verschiedener kommunistischer Zeitungen und gingen daran, auch einige Hundertschaften aufzulösen. Schon dieser leise Versuch hatte in dem bolschewistischen Landtag in Sachsen eine offene Drohung mit dem Bürgerkriege zur Folge und entrüstete Erklärungen der marxistischen Hetzer, sich diese Unterdrückungen nicht gefallen zu lassen. Dabei war dieses ganze Gezeter noch reichlich erlogen. Denn zunächst standen die Erlasse doch noch zum guten Teil auf dem Papier, und es war möglich, daß gerade im Augenblicke dieser Ausnahmeverfügungen bolschewistische Minister in Sachsen und Thüringen Arm in Arm mit Vertretern der Partei von Fritz Ebert die Regierungsgeschäfte übernahmen. **Wir sehen also, daß der Kampf zunächst wiederum in falscher Front geführt wird.** Aufgabe des Wehrkreiskommandos in Sachsen und Thüringen wäre es, die offen bolschewistischen Minister und Ministerpräsidenten hinter Schloß und Riegel zu setzen und nicht die kleinen Nachläufer zu verfolgen. Dieses wird nicht geschehen, aber trotzdem scheint den Hebräern im „Vorwärts" und in den sozialdemokratischen Leitungen der Schuß nach hinten losgegangen zu sein. Und wie unten berichtet, hat sich Hermann Müller spornstreichs zu seinem Genossen Fritz Ebert begeben, der auf Grund des berühmten Paragraphen 48 die Ausnahmeverordnung erlassen hat. Nun soll derselbe Fritz Ebert die ganze Geschichte wieder rückgängig machen. Diesem ganzen Spiele sieht der sogenannte deutsche Reichskanzler hilflos zu, denn er wiederum ist gebunden durch die jüdische Hochfinanz in Berlin und ihre journalistischen Zuhälter, die sich gefallen lassen müssen, daß ihnen offen Landesverrat vorgeworfen wird (wie Herrn Georg Bernhard seitens der „Deutschen Allgemeinen Zeitung"). Herr Stresemann ist unfähig, gegen die Sozialdemokratie auch nur einen ernsthaften Schritt zu unternehmen, weil ja diese neben ihm wirkende jüdische Hochfinanz die Politik dieses Marxismus bestimmt.

Eine schwierige Lage hat die parlamentarische Reichsdiktatur mit Bayern. Man droht zwar sehr eifrig mit einem Einschreiten, und der „Vorwärts" fordert entrüstet die Ausräucherung des Aufruhrherdes in München, aber man ist sich wohl darüber nicht im unklaren, daß zunächst noch die Waffen fehlen, um dieses Unternehmen durchzusetzen. Denn mögen auch die Versuche nicht überall vergeblich gewesen sein, den deutschen Geist der Reichswehr zu zersetzen, so ist doch anzunehmen, daß diese Reichswehr nicht dazu zu bringen sein wird, für den verräterischen Marxismus das deutschdenkende Bayern niederknüppeln zu helfen. Man versucht nun von seiten der parlamentarischen Diktatur auf anderem Wege sich durchzusetzen . . .

Nun tritt in dieses Gewebe als neuer Faktor die Politik der bayerischen Staatsregierung und des von ihr eingesetzten Generalstaatskommissars. Anstatt die Erstarkung der bayerischen Stellung im Reiche durch einen politischen und propagandistischen Angriff erneut zu festigen und mit Berufung auf die von Ebert selbst verfügte Militärdiktatur, die Forderung um Aufhebung des deutschfeindlichen Republikschutzgesetzes und der restlosen Ausrottung des Bolschewismus zu fordern, begnügt sich der Bayer. Generalstaatskommissar mit einigen Anfragen an die Reichsregierung in Betreff von Betriebsratssitzungen bayer. Kommunisten in Sachsen. Der unten abgedruckte Erlaß des Generalleutnants Müller ist da jedenfalls bedeutend energischer als alle bisherigen Schritte, welche in Bayern unternommen wurden. Anstatt aber seine ganze politische Stoßkraft nach dem Norden auszuspannen, wird in Bayern von seiten des Bayer. Staatskommissars gerade einer Bewegung die politische Vorbereitung zu dieser Deutschland befreienden Tat unterbunden durch Verbot ihrer Versammlungen. Eine ungeschicktere Politik, immer vom Standpunkt Großdeutschlands aus betrachtet, läßt sich wahrhaftig in einem Augenblicke nicht denken, wo alle Kraft zusammengenommen werden müßte, um den vorhandenen Konflikt im Norden für die deutsche Sache günstig umzugestalten. Es wäre gerade eben nicht die Zeit für verschwiegene Unterhandlungen, sondern Zeit für die offene Aufnahme eines sowieso schon vorhandenen Konfliktes. Die Bayer. Volkspartei scheint aber nichts anderes zu tun zu haben, als die völkische Kampfbewegung weiterhin zu bekämpfen, und Tag für Tag wird der Nationalsozialismus als der ärgste Feind Bayerns und, so komisch das klingt, der — vaterländischen Bewegung hingestellt, und somit allen deutschfeindlichen Elementen, sie mögen jüdisch-marxistisch oder separatistisch sein, Vorschub geleistet.

So sind denn eine Menge Konflikte vorhanden, die alle neben dem einen großen Konflikt — zwischen deutsch und undeutsch — einherlaufen. Ganz im klaren über den großen Konflikt ist sich nur die jüdische Börsenpolitik und der völkische Nationalsozialismus. Alle anderen haben diesen Konflikt in seiner ganzen Größe noch nicht begriffen. Die Ereignisse werden sie zwingen müssen, ihn einzusehen oder im Kampfe zwischen Sowjetstern und Hakenkreuz zermürbt zu werden.

Rot-goldene Sehnsucht nach Aufhebung des Ausnahmezustandes

Berlin, 18. Okt. Laut „Vorwärts" beriet der sozialdemokratische Parteivorstand über den militärischen Belagerungszustand und der durch ihn geschaffenen Zustände in den Einzelstaaten. Der Parteivorstand gelangte dabei einmütig zu der Überzeugung, daß die schleunige Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes notwendig ist, um im Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten die Rechtsgleichheit wiederherzustellen. Auch das „Tageblatt" beschäftigt sich in einem Artikel mit dem Ausnahmezustand. Das Blatt schreibt: Wir stehen in Bayern wie Sachsen vor folgenden Situationen: In einigen Teilen des Landes sind Zustände, in denen die staatliche Autorität nicht aufrechterhalten wird, Waffen in Händen Unberufener, Amtsanmaßung und Gewalt auf der einen Seite, das Gefühl der Rechtlosigkeit und mangelnden staatlichen Schutzes auf der politisch entgegengesetzten Seite. Die bayerische Regierung in offener Auflehnung gegen die Reichsautorität, die sächsische in scharfer Kritik, aber in ausdrücklicher Anerkennung der Verfügungen des Reiches. Bei diesem Sachverhalt ist es vollkommen ausgeschlossen, die Verordnungen des Reichspräsidenten etwa einseitig auszuführen. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: entweder man hebt den militärischen Ausnahmezustand auf oder man setzt ihn überall durch, in Sachsen und auch in Bayern.

Der unangenehme Ausnahmezustand

tu. Berlin, 18. Oktober. Auf Grund des sozialdemokratischen Beschlusses begab sich der Reichstagsabgeordnete Hermann Müller gestern nachmittag zum Reichspräsidenten, um mit ihm die Frage der Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes zu besprechen. Über den Inhalt der Unterredung wird Stillschweigen gewahrt. Vermutlich hat der Reichspräsident im Einvernehmen mit dem Reichskabinett dem Verlangen der Sozialdemokraten nicht entsprochen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich im Laufe des gestrigen Nachmittags eingehend mit innerpolitischen Fragen, unter anderem auch mit der Meinungsverschiedenheit, die mit Bayern über die Frage der Abberufung des Generals v. Lossow besteht. Das Reichskabinett wird wahrscheinlich die bayerische Angelegenheit in Gang bringen.

Die deutschfeindliche Erklärung aus Thüringen

Weimar, 17. Okt. Im Thüringischen Landtag gab die neue thüringische Staatsregierung folgende Erklärung ab:

Die Regierung von Thüringen ist eine Regierung der republikanischen Verteidigung. Ihr Ziel ist die Abwehr der fascistischen Gefahr, die die Tätigkeit und sogar das Leben der arbeitenden Klassen bedroht. Sie ist eine Regierung des Kampfes gegen die Forderung: Nieder mit dem Marxismus!

Der im Reich erklärte Ausnahmezustand richtet sich in seinem eigentlichen Sinn gegen die werktätige Bevölkerung, besonders gegen die linksgerichteten Staaten Mitteldeutschlands. Die Großkapitalisten haben die Offensive gegen die Arbeiterschaft ergriffen und durch das Ermächtigungsgesetz zum vorläufigen Abschluß gebracht. Die Folgen der imperialistischen Politik sollen auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden. Die neue thüringische Regierung fühlt sich in erster Linie als Beschützerin der ausgebeuteten Massen. Ihre besondere Sorge gilt dem Wohle aller proletarischen Schichten. Sie wird beim Reiche dahin wirken, daß als erster Schritt zur Besserung der Lage eine wirkliche Erfassung der Sachwerte, als zweiter ein Handelsmonopol nach russischem Muster eingeführt wird. Sie wird sich ferner einsetzen für eine wirksame Kontrolle der Produktion, für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte und Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen. Sie wird gegen Betriebsstillegungen ankämpfen und die Tätigkeit von Kontrollausschüssen im Rahmen des Reichsgesetzes durchführen, die Arbeitslosenunterstützung wird von ihr kräftig gefördert. Es ist ihr fester Wille, Thüringen als Bestandteil der deutschen Republik zu erhalten. Sie tritt für die Abwehr der verfassungswidrigen Militärdiktatur ein. Die Grundlagen der Landesverfassung müssen uneingeschränkt zur Geltung gebracht werden. Die Exekutivgewalt wird bei den Behörden liegen. In ihren Bestrebungen fühlt sich die thüringische Regierung eng verbunden mit der Regierung von Sachsen. Sie stützt sich besonders auf alle Organisationen des arbeitenden Volkes, auch auf dessen Schutz- und Kampforganisationen. Sie wird bestrebt sein, die Staatsbetriebe von allen nicht auf dem Boden der Republik stehenden Elementen zu säubern und Geheimorganisationen zu bekämpfen. Die Polizeiorganisationen werden verstaatlicht. An erster Stelle steht die Erhaltung des Reiches und gegenüber den Bestrebungen nach einer großkapitalistischen Diktatur die Errichtung eines Festblockes für die Arbeiterregierung in Deutschland.

Der „Vorwärts" für den sächsischen Bolschewismus

Berlin, 18. Okt. Der „Vorwärts" erklärt, daß in Sachsen die Möglichkeiten einer Verständigung durchaus gegeben sind. Das Reich müsse jedoch zeigen, daß es eine Verständigung wolle und dürfe nicht einem militärischen Befehlshaber gestatten, alle Möglichkeiten zu dieser zu verschütten. Mit dem Vorgehen gegen Sachsen erreiche man, daß sich mit jedem Tag die Zahl der Sozialdemokraten vermehrt, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sein werde. Zu ihnen gehörten nicht nur jene Parteigenossen, die von Anfang an von einem Wiedereintritt in die Regierung nichts wissen wollten, sondern auch solche, die sich für ihn mit aller Entschiedenheit eingesetzt haben. Es sei notwendig, auszusprechen, daß man der sozialdemokratischen Partei nicht zumuten dürfe, sie solle Dinge decken, die sie durchaus nicht decken könne.

Militärisches Ultimatum an den sächsischen Bolschewismus

Dresden, 18. Oktober. Das Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreiskommandos 4 an den Ministerpräsidenten Zeigner vom 17. ds. hat folgenden Wortlaut: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Nach der „Sächsischen Arbeiterztg." Nr. 234 vom 15. ds. hat Minister Böttcher am 13. Oktober in der von der S.P.D. einberufenen Versammlung im Zoologischen Garten in Leipzig Ausführungen gemacht, die besagen, die Koalitionsregierung habe bankerottiert. Es gebe nach dieser Entwicklung, in der wir stehen, eine weiße oder rote Diktatur. Das Proletariat müsse sofort bewaffnet werden. Die Klassenorgane des Proletariats seien die Träger des proletarischen Befreiungskampfes. Die proletarischen Hundertschaften, Aktionsausschüsse, Kontrollausschüsse, Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeiterklasse geschaffen und gebildet hat in langem Kampfe, das seien die Organe, mit denen das Proletariat jetzt seinen Kampf führen müsse. Seine Ausführungen haben folgende Resolution zur Folge gehabt: Die am 13. Oktober im Zoologischen Garten versammelten 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren mit Entrüstung gegen das Verbot der Hundertschaften und Aktionsausschüsse durch den General Müller. Sie sind gewillt, nun erst recht diese Kampfmittel auszubauen. Gleichzeitig erklären sie, mit allen Mitteln den Kampf um die mit dem Ermächtigungsgesetz geplante Diktatur Stinnes wider die Arbeiterklasse unmöglich zu machen, und jede Maßnahme der sächsischen Regierung, die dem Interesse des Proletariats diene, durchzuführen.

Damit ist durch den Minister eine öffentliche Kampfansage gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgesprochen und in der Resolution veranlaßt worden. Die Aufforderung zur Bewaffnung ist gleichbedeutend mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Die Rede stellt sich als ein Verstoß gegen die von mir auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. 9. erlassenen Verfügungen dar. Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die Mitarbeit der sächsischen Regierung zur Voraussetzung genommen. Für ihre Fortführung bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, zu den Ausführungen des Ministers Böttcher Stellung zu nehmen und mir bis 18. Oktober, 11 Uhr vormittags, unzweideutig auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium dem Geiste und dem Wortlaut nach mit den Ausführungen des Ministers Böttcher einverstanden erklärt und in diesem Sinne die Regierung weiterführen will, oder ob es entgegen den Ausführungen des Ministers Böttcher gewillt ist, nach meiner Weisung zu handeln. Im letzteren Falle muß ich fordern, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung dem Wortlaut nach in der Presse veröffentlicht. Ferner bitte ich um Angabe, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt, um einer Wiederholung derartiger Entgleisungen, wie sie die Rede des Ministers Böttcher zweifellos darstellt, für die Zukunft vorzubeugen. — Mit der Versicherung vorzüglichster Hochachtung, gez. Müller, Generalleutnant.

Der Konflikt spitzt sich zu

Berlin, 18. Okt. Die erweiterten örtlichen Verwaltungen sämtlicher freigewerkschaftlicher Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen Großberlins beschäftigten sich laut „Vorwärts" unter anderem mit der Lage in Sachsen. Es wurde eine Entschließung angenommen, die für den Fall eines bewaffneten Vorgehens gegen das sächsische und thüringische Proletariat die Proklamierung des Generalstreikes in Aussicht stellt.

•

Dresden, 18. Okt. Der kommunistische Finanzminister Böttcher und der ebenfalls kommunistische Wirtschaftsminister Heckert sind zu Mitgliedern des Reichsrat ernannt worden; die Ministerienräte Dr. Wölker und Schmidt wurden in den einstweiligen Ruhestand versetzt, weil beide Ministerpräsidenten erklärten, daß sie bei der politischen Zusammensetzung der gegenwärtigen Regierung nicht an ein ersprießliches Weiterarbeiten glauben könnten.

Sachsen und Bayern

tu. **Dresden**, 18. Okt. In der gestrigen Landtagssitzung erklärte der Ministerpräsident Dr. Zeigner, daß nach ihm zugegangenen Informationen die bayerische Gesandtschaft in Berlin der Regierung ein Protestschreiben übergeben habe, weil bayerische Betriebsräte, deren Kongreß in Bayern verboten worden sei, unter dem Schutze der sächsischen Regierung in Plauen getagt haben. In dem Protest heißt es, es sei ein feindlicher Akt der sächsischen Regierung. Es werde gefragt, welche Maßnahmen die Reichsregierung gegen eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse ergriffen habe.

Die Rentenbank, ein Riesenschwindel

Um es gleich vorweg zu sagen bzw. zu wiederholen, was wir an dieser Stelle schon von Anfang an über die Rentenbank (früher einmal Goldbank, dann Währungsbank getauft gewesen) aussprachen: die Rentenbank ist der feinst eingefädelte, großartigste und riesenhafteste Fischzug, den je das Großkapital in einem Staat, hier unmittelbar an dem Eigentum der Steuerzahler zu machen verstanden hat. Die Sehnsucht des Volkes nach einem „wertbeständigen" Zahlungsmittel wird benützt, um ihm neuerliche Riesenlasten aufzuerlegen und auch jene Kreise zu enteignen, die bisher den Krallen des Großjudentums entgangen waren: den Grundbesitz und die realen schaffenden Werte.

Damit man nicht mehr an verfassungsmäßige Rücksichten und Hemmungen gebunden ist, wurde im Ermächtigungsgesetz, wie jedermann weiß, im speziellen Hinblick auf die Währungsreform, eigens betont, daß mit Ausnahme des Achtstundentages die Verfassung unberücksichtigt gelassen, also überschritten werden dürfe! Die Verfassung verbietet nämlich die Steuerverpachtung und gebietet, daß Steuern nur durch Staatsbehörden und nur für staatliche Zwecke erhoben werden dürfen. Nach Ausschaltung dieser verfassungsmäßigen Schwierigkeit wird die „Rentenbank" als Privatbank errichtet. Damit es ein Gesicht hat, und der Schwindel nicht zu plump erscheint, wird erklärt, daß alle Eigentümer der belasteten Grundstücke im Verhältnis ihrer Zwangsbelastung an der Rentenbank beteiligt sein sollen! Die Rentenbank stellt also eine Art Zwangsgenossenschaft aller landwirtschaftlichen Besitzer sowie der gesamten Industrie und der Gewerbe dar. Es wird zu zeigen sein, daß diese „Beteiligung" ein völlig wertloses Mäntelchen ist, ein Anstrich, um nicht merken zu lassen, was der Hauptzweck ist. Es wird also zugunsten dieser Rentenbank der gesamte deutsche Grundbesitz (der Hausbesitz soll nachfolgen) mit einer Grundschuld von 4% des Wehrbeitrages belastet. Dieses „Kapital" ist unkündbar seitens des Zwangsschuldners! Der Zwangsschuldner hat dieses „Kapital" mit jährlich 6% Goldzinsen zu verzinsen, zahlbar in Rentenmark nach näherer Maßgabe der Durchführungsbestimmungen! **(Es wird unten zu zeigen sein,** daß der einzelne, der Private, überhaupt keine Rentenmark als Zahlungsmittel zu sehen bekommen wird.) Bei Rückständen mit der Zinszahlung (wenn man also keine Rentenmark bekommen kann) erfolgt sofortige Zwangsvollstreckung!

Es wird also der gesamte Grundbesitz um 4% seines Wertes enteignet, daraus hat er eine 6% Goldsteuer in Rentenmark zu entrichten zugunsten des Steuerpächters, genannt Rentenbank, bzw. zugunsten der Gläubiger der Rentenbank, die nämlich sofort künstlich gezüchtet werden. Und zwar also: Die Rentenbank druckt Rentenpfandbriefe zu nom. 500 Rentenmark, diese sind mit 5% jährlich zu verzinsen. Der Gesamtbetrag der Rentenpfandbriefe ist 3,2 Milliarden Goldmark. Neben den Rentenpfandbriefen druckt die Rentenbank Geldscheine, Rentenmarkscheine, aber immer nur soviel, als sie gleichzeitig Rentenpfandbriefe bereit hält. Gegen 500 Rentenmarkscheine muß die Bank einen Rentenpfandbrief aushändigen, — dann werden die darauf treffenden Rentenmarkscheine eingezogen, — das Publikum hat wiederum kein Zahlungsmittel, der Kapitalist aber, der diese 500 Rentenscheine gehamstert bzw. bei einer Bank von einem guten Freund erhalten hat, hat dafür seinen Rentenbrief, — der nun dauernd mit 5% aus der ewigen Steuer der Grundbesitzer zu verzinsen ist, — Notabene in Rentenmarkscheinen!

Zunächst wird ein zinsloses Darlehen (!) von 300 Millionen Goldmark von der Rentenbank an das Reich gegeben. (Das Reich bleibt also diese 300 Goldmillionen der Rentenbank schuldig, obwohl es diese mit dem Geschenk von 3,2 Milliarden Gesamtenteignung und einer dauernden unentgeltlichen Steuerverpachtung — bzw. Verschenkung ausgestattet hat!) Dieses zinslose Darlehen ist zu verwenden, um die Schulden des Reiches bei der Reichsbank für Schatzwechseldiskontierungen zu tilgen. (Man muß hierbei daran erinnern, daß diese Schulden des Reiches an die Reichsbank-A.-G. immer dann entstehen, wenn das Reich Papiergeld ausgibt; dann muß nämlich das Reich erst von der privaten Reichsbank-A.-G. sich dazu die Erlaubnis holen und dafür an Stelle des Zinses den Reichsbankdiskont zahlen. Diese Diskontierung von Schatzanweisungen bzw. die hieraus jeweils entstehenden Riesenverpflichtungen des Reiches sind — wohl versehentlich — gestern in einem offiziösen Berliner Artikel selbst als „die Inflationsquelle der Papiermark" bezeichnet worden.)

Diese ersten zur Ausgabe gelangenden 300 Millionen Rentenmark wandern also nicht etwa in das Publikum als wertbeständiges Zahlungsmittel, sondern sofort zur Reichsbank-A.-G. Diese kauft selbstredend darum sofort dafür Rentenbriefe, — das beste deutsche Anlagepapier, — denn noch nie ist es dagewesen, daß der gesamte Grundbesitz eines Volkes den Zinsendienst eines privaten Rentenpapieres von Gesetzes wegen und bei Meidung sofortiger Zwangsvollstreckung zu erfüllen hat. Man stelle sich vor, daß infolge irgend welcher, etwa politischer Ereignisse, die Rentenbank nur zur Ausgabe dieser 300 Millionen käme, — weitere Rentenmark nicht ausgäbe, — womit sollen dann die Zwangsbesteuerten ihre Rentenmarksteuern zahlen, nachdem sämtliche Rentenmarkscheine sofort, ohne überhaupt in Kurs zu kommen, sich in Rentenpapiere umwandelten? Es steht also zunächst einmal fest, daß diese ersten 300 Goldmillionen überhaupt nicht ins Publikum kommen, daß zunächst einmal für diesen Betrag, der ausschließlich in den Händen der Großjuden der Reichsbank-A.-G. sich zusammenballt, dauernd und auf ewige unkündbare Zeiten jährlich 15 Millionen Goldzinsen gezahlt werden müssen, ohne daß die Volkswirtschaft daraus den geringsten Nutzen je hatte noch haben wird, nicht einmal den Nutzen, daß dieses Zahlungs-

Deutsche Versklavungsverhandlungen mit Poincaré

tu. **Paris**, 18. Okt. Die Unterredung des deutschen Geschäftsträgers, Botschaftsrats Dr. von Hoesch mit Poincaré nahm nahezu eine Stunde in Anspruch und ist dementsprechend als der wichtigste und bedeutungsvollste Schritt aufzufassen, der seit der Besetzung des Ruhrgebietes und wohl auch vorher zur Fühlungnahme Deutschlands mit Frankreich unternommen wurde. Die Unterredung entspann sich in Form einer Fortführung der kürzlich stattgefundenen ersten Aussprache, wobei der deutsche Vertreter auf die Einwände Poincarés wegen der Haltung Deutschlands im Ruhrgebiet erwiderte, er hätte aus Berlin Instruktionen erhalten, die eine bis ins einzelne gehende Widerlegung gewisser französischer Beschwerden, unter anderem der Beschwerde gegen die Aufhebung der Kohlensteuer, ermögliche. Die deutsche Regierung erklärt, die Kohlensteuer aufgehoben zu haben, um die deutsche Industrie exportfähig zu machen, nicht aber um die Einnahmen Frankreichs im besetzten Gebiet zu unterbinden. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß ein Zusammenarbeiten der Besatzungsbehörden mit der Berliner Regierung zur völligen Wiederherstellung des Wirtschaftslebens an der Ruhr möglich und notwendig sei.

Diese Darlegungen haben im wesentlichen den Inhalt der gestrigen Unterredung gebildet.

tu. **Paris**, 18. Okt. In der gestrigen Unterredung des deutschen Geschäftsträgers mit Poincaré wurde dem französischen Ministerpräsidenten kein bestimmter Vorschlag der Berliner Regierung gemacht. Botschaftsrat Dr. von Hoesch kam in der Hauptsache auf die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands bezüglich der Materiallieferungen zu sprechen. Poincaré hat dem ungefähren Sinne nach darauf verwiesen, daß es Aufgabe des Reiches sei, für die Wiederherstellung geordneter Zustände im Ruhrgebiet Sorge zu tragen. Die Reichsregierung möge sich nach Rückkehr normaler Verhältnisse an die Reparationskommission wenden.

Die stattgefundene Besprechung betrachtet man in hiesigen Kreisen lediglich als einen Annäherungsversuch der Berliner Regierung, der indessen zu keinen neuen Resultaten geführt habe. Dr. von Hoesch gab, als er sich verabschiedete, Poincaré ein Aide memoire über die Materiallieferungen und die Anweisungen, die Deutschland den Beamten im Industriegebiet zu geben beabsichtige. Dieses Schriftstück wird gegenwärtig von der zuständigen Dienststelle am Quai d'Orsay bearbeitet.

In Brüssel ist Herr v. Rödiger um 2 Uhr nachmittags vom Außenminister Jaspar empfangen worden, dem er eine ähnliche Mitteilung namens der Berliner Regierung machte. Die Antwort des belgischen Außenministers dürfte der Poincarés entsprechen.

Neue Verhandlungen von Stinnes

tu. Paris, 18. Oktober. „Petit Parisien" berichtet: Hugo Stinnes, Klöckner und Vögler wurden gestern in Abwesenheit des zur Zeit in Paris weilenden Direktors der Internationalen Fabrik- u. Hüttenkommission, von dessen Stellvertreter Nereans empfangen. Die deutschen Industriellen spielten auf die Erklärung Stresemanns an, wonach die Reichsregierung sich außerstande sehe, die Ruhrindustriellen für die Naturalleistungen zu entschädigen.

Französischer Ministerrat

tu. **Paris**, 18. Okt. Heute wird unter dem Vorsitz Millerands im Elysée ein Ministerrat zusammentreten, der wahrscheinlich den Zeitpunkt der Wiedereröffnung des Parlaments festsetzen wird.

mittel überhaupt je auf nur kurze Zeit wirklich im Verkehr gewesen wäre!!! Reicht der Betrag von 300 Millionen nicht aus, so wird das Manöver erneuert und fortgesetzt! Daß der Betrag nicht ausreichen wird, obwohl er riesenhaft ist (etwa rund zwei Drittel der gesamten bayerischen Staatseinnahmen der Friedensjahre), kann man sich an den Fingern abzählen. Denn die Papiermark bleibt gesetzliches Zahlungsmittel, wird also weiter gedruckt mit immer höheren Nullen auf den Scheinen und immer erneut und immer höher werden darum die Ansprüche der Reichsbank für die Diskontierung neuer Schatzwechsel als „Grundlage" für die neue Papiermarkausgabe. Der Zins für diese von Seiten der Rentenbank „zinslosen" Darlehen für die Papiermarkdruckerlaubnis fließt also in Form der Reichsbankdiskonten an die Reichsbank-A.-G.

Das ist jedoch erst der eine Teil des Betruges. Im übrigen gewährt die Rentenbank dem Reich — verzinsliche Darlehen innerhalb zwei Jahren bis zur Höhe von 1200 Millionen Rentenmark! Die Rentenbank bekommt also für die Überlassung von 1200 Millionen Rentenmark vom Reich einen Zins von noch unbekannter Höhe, sagen wir nur 5 Prozent. Wie lange dieser Zins zu entrichten ist, weiß man nicht, jedenfalls bis zur Tilgung des Darlehens (NB. dieses Darlehen waren Rentenmarkscheine, gedruckt auf der Grundlage der vom Reich der Rentenbank gemachten „Schenkungen" an Steuerwerten bzw. der unentgeltlichen Steuerverpachtung!). Gleichzeitig bekommt die Rentenbank den Zins noch einmal von den Zwangsschuldnern! Weitere 1200 Millionen Rentenmark in Rentenscheinen werden den Privatnotenbanken und der Reichsbank zur Verfügung gestellt, um „damit die Kreditbedürfnisse der Privatwirtschaft zu versorgen", d. h. um daraus noch höhere Zinsen herausschlachten zu können. Da nun aber die Rentenbank für je 500 Rentenmark einen mit 5 Prozent verzinslichen Rentenbrief ausgeben muß, da ferner die Banken zunächst in den Besitz der Rentenscheine gelangen, ist es selbstverständlich, daß zuerst und zu oberst das Großkapital die Rentenscheine erhält und damit Rentenbriefe aufkauft. Dabei muß man sich immer wieder erinnern, daß mit jedem solchen Aufkauf eines Rentenbriefes der Zweck der Übung, die Schaffung und Kurssetzung eines wertbeständigen Zahlungsmittels ausgeschaltet und aufgehoben wird, daß aber dafür immer die dauernde doppelte Zinspflicht bleibt, einmal die 6 Prozent Jahressteuer des Zwangsgrundschuldners, die dieser in Rentenmark entrichten muß, obwohl die auf sein Grundstück hin ausgegebenen Rentenscheine längst wieder eingezogen und in Rentenbriefe umgewandelt sein werden, — sodann die dauernde Zinspflicht des Reiches für die 1200 Goldmillionen bzw. die dauernde Zinspflicht eines privaten Kreditnehmers (der die Rentenscheine nur einmal in der Hand gehabt zu haben braucht, damit auch dauernd dieser Betrag mit ewiger Zinslast figurieren kann!).

Das Reich muß seine Zinsen wieder aus Steuern holen, an diesen Steuern zahlen die zwangsbelasteten Grundbesitzer bekanntermaßen einen Hauptteil, weil ihr Vermögen sichtbar ist, während die Kapitalisten ihre Rentenbriefe verschwiegen zu Hause behalten oder auf ein ausländisches Konto transferieren können

Die ganze Sache ist also eine völlige Auslieferung der besten Steuerquellen des Landes, der gesamten besitzenden Privatwirtschaft — nicht etwa nur an den als Steuereintreiber funktionierenden Steuerpächter, die Rentenbank, die ihren Direktoren und Aufsichtsräten und sonstigen Beiräten und Interessierten die fabelhaftesten Tantiemen, Spesen und sonstige Vergütungen zahlen kann —, sondern die obersten Nutznießer dieser ganzen schändlichen Mache sind die Großkapitalisten, die in der Lage sind, massenweise die Rentenpfandbriefe aufzukaufen und damit erneut das kaum der Wirtschaft zugeführte Zahlungsmittel dieser sofort abzapfen, um dauernd einen Zinstitel, diesmal gegen Staat und Private zu haben!

Mit zynischer Ehrlichkeit wird erklärt, daß diese Regelung der Währungsfrage nur eine „Zwischenlösung" sein kann! Man bereitet also das Publikum bereits darauf vor, daß es keine wertbeständigen Rentenmarkscheine zu sehen bekommen wird — höchstens in kleinen Mengen wird man sie kursieren lassen, damit der „kleine Mann" auch dort und da seinen Rentenpfandbrief erwirbt und „mitinteressiert" wird an seiner eigenen Versklavung zugunsten derer, die solche Rentenbriefe massenweise aufkaufen und die Zinsen daraus einziehen können. Es ist dieselbe zynische Offenheit, mit der Eisner seinen Soldatenräten ankündigte, daß er sie alle zu Millionären machen werde — was reichlichst eingetreten ist.

In Bayern aber haben wir einen Generalstaatskommissar Seit Auftauchen und Bekanntwerden dieses Fischauges Alljudas haben wir wiederholt auf diese größte Gefahr hingewiesen. In wiederholten offenen Briefen sowohl an die bayerische Regierung wie an Herrn von Kahr haben wir die Forderung gestellt, die unglücklicherweise von dem Vertreter Bayerns im Reichsrat erteilte Zustimmung zum damaligen Währungsbankgesetz zurückzuziehen und unter Hinweis auf die Verfassung den Vollzug dieser reinen Berliner Bolschewistenmache wenigstens für Bayern zu verhindern, ehe so ein paar Rentenbriefe in „internationalen Händen" sind und eine Remedur dann ein internationales Geschrei und Wehgeheul heraufbeschwören kann. Geschehen ist — nichts!!

Ein belgischer Ministerrat

tu. **Brüssel**, 18. Okt. Unter dem Vorsitz des Königs hat sich gestern nachmittags 3 Uhr ein Ministerrat versammelt. Die Minister Theunis und Jaspar gaben eine umfassende Darstellung der außenpolitischen Lage. Im übrigen beschäftigte sich der Kabinettsrat mit dem gestern erfolgten Schritt des deutschen Geschäftsträgers von Rödiger. Man glaubt, daß auch ausführlich die Berichte der belgischen Sachverständigenkommission und die Verhandlungen mit den Ruhrindustriellen erörtert wurden.

Belgische Ausplünderungspläne

tu. **Paris**, 18. Okt. Gestern früh hat sich die Reparationskommission unter dem Vorsitz Barthous versammelt, und hat von den belgischen Sachverständigenarbeiten Kenntnis genommen.

Der deutsche Botschafter bei Curzon

tu. **London**, 18. Okt. Lord Curzon empfing gestern nachmittag den deutschen Botschafter Dr. Sthamer im Auswärtigen Amt und hatte mit ihm eine längere Unterredung.

Kabinettssitzung in Berlin

tu. **Berlin**, 18. Okt. Die gestrige Kabinettssitzung findet heute ihre Fortsetzung. Es sollen heute die vorliegenden wichtigen Fragen möglichst bis zur Beschlußfassung gefördert werden. Außenpolitisch steht das Ergebnis der gestrigen Unterredung des deutschen Geschäftsträgers mit Poincaré zur Erörterung. Die zweite dem Kabinett vorliegende Frage ist der Konflikt in Sachsen zwischen der Regierung und dem Militärbefehlshaber General Müller. Die Erörterung des innerpolitischen Fragenkomplexes dürfte längere Verhandlungen erfordern.

Bedenken in Italien

tu. **Mailand**, 18. Okt. Die Meldung über eine eventuelle Aufnahme der Reparationsverhandlungen auf der Grundlage der belgischen Vorschläge wird in Italien mit großer Skepsis aufgenommen.

Englischer Boykott deutscher Waren

tu. **London**, 18. Okt. Das Warenhandelskomitee fordert seine Mitglieder auf, den Verkauf englischer Produkte auf jede Art zu begünstigen und keine deutschen Waren zu kaufen, solange Deutschland nicht die Reparationen bezahlt. Und da hoffen immer noch deutsche Einfaltspinsel auf englische Hilfe.

„Deutsches" Reich

Kommunistischer Aufruhr

Hamburg, 18. Okt. Wie die Abendblätter berichten, kam es gestern in der Heide (Holstein) infolge der Verhaftung eines Führers der dortigen Kommunisten zu Unruhen. Gegen 11 Uhr wurde versucht, den Verhafteten gewaltsam aus dem Amtsgerichtsgefängnis zu befreien. Zwei mit Karabinern bewaffnete Trupps Kommunisten drangen in die innere Stadt ein und forderten die Freilassung des Führers. Auf Ablehnung des Ansinnens feuerten die Kommunisten eine Salve ab. Darauf zogen sich die Beamten in den Hof des Gefängnisses zurück. Von dort wurde das fortgesetzte Feuer der Kommunisten mit Revolverschüssen erwidert. Als die Kommunisten den Mißerfolg der beabsichtigten Überrumpelung einsahen, stellten sie das Schießen nach Eintreffen eines Zuges Schupo ein. Bei der Vornahme einer Haussuchung erfolgten mehrere Verhaftungen.

Die blutigen Ausschreitungen in Mannheim

tu. **Mannheim**, 18. Okt. Die Unruhen in Mannheim haben am gestrigen Mittwoch nicht nur angedauert, es ist vielmehr eine Verschärfung der Lage festzustellen. In der Nähe des Marktplatzes dauerten die Krawalle den ganzen Vormittag über an, wobei der Hauptmann der Bereitschaftspolizei verwundet und vier bis fünf Personen getötet wurden. Insgesamt sind am gestrigen Tage 50 bis 60 Personen verhaftet worden. Die französische Besatzungsbehörde beteiligte sich an der Verfolgung der Demonstranten, wobei ein Teil der Unruhestifter Revolver und Messer wegwarfen. Der Proklamation zum 24stündigen Generalstreik, den die

Bezugspreis im Inland durch die Post im Monat Oktober 43,5 Millionen Mark und unter Streifband 60 Millionen Mark. Streifbandbezugsgebühr im Ausland für Oktober: Österreich 30 000 Kr., Ungarn 12 000 Kr., Jugoslawien 50 Dinare, Polen 200 000 Mark p., Italien 14 Lire, Holland 1½ Gulden, England und bisherige deutsche Kolonien 3 sh, Vereinigte Staaten von Amerika ¾ Dollar, Schweiz und die übrigen dem Weltpostverein angeschlossenen Staaten 3½ schweizerische Franken.

Kommunisten verkündeten, wurde zum großen Teil unter dem Druck der Straße von den großen Industriewerken gefolgt. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Die Zeitungen sind erschienen.

Die badische Regierung hat für das Gebiet der Stadt Mannheim einschließlich der Vororte den verschärften Ausnahmezustand verhängt und jeglichen Straßenverkehr in der Zeit von 11 Uhr nachts bis 4 Uhr morgens verboten. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt worden. Die Verbreitung von Flugblättern und der Verkauf von Zeitungen auf den Straßen ist verboten.

Die Arbeitslosenkrawalle in Berlin

tu. **Berlin**, 18. Okt. Wie halbamtlich mitgeteilt wird, sind im Verfolg der Arbeitslosenkrawalle am Dienstag in Berlin 84 Personen verhaftet worden. Nach der Vernehmung durch die Politische Polizei sind 77 der verhafteten Personen wegen Landesfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Verstoß gegen das Versammlungsverbot dem Richter vorgeführt worden.

Neue Skandale im sächsischen Landtag

tu. **Dresden**, 18. Okt. Der sächsische Landtag war auch gestern der Schauplatz aufgeregter Szenen. Der deutschnationale Abgeordnete Berger eröffnete gegen den Ministerpräsidenten und seine kommunistischen Freunde einen Feldzug, fand dabei bei den Kommunisten und Sozialisten lauten Widerspruch und wurde mit Zurufen wie „Lausejunge! Strolch!" usw. bedacht. Der Abg. Bünger (Deutsche Vp.) wandte sich gegen die Angriffe Zeigners auf das Reich und den Reichswehrminister und forderte die Vorlegung des Vereidigungsprotokolls, damit man endlich erfahre, auf welche Verfassung die beiden neuen kommunistischen Minister eigentlich vereidigt worden sind. Zeigner legte das Protokoll vor und verlas das Schreiben des Wehrkreiskommandos. Anschließend verlas er eine längere Regierungserklärung (vermutlich ein Schreiben an die Reichsregierung), worin er auf das Schreiben des Wehrkreiskommandos zurückkommt, und erklärt: Wir sind dem Wehrkreiskommando keine Rechenschaft schuldig. Noch ist Sachsen ein parlamentarisch regierter Staat. Gegenüber den rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Generals Müller lehnen wir überhaupt ab, eine Antwort zu geben.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache fand gegen die bürgerliche Rechte Annahme. Für den deutschnationalen Mißtrauensantrag stimmten die 48 Abgeordneten der Linken gegen 45 Stimmen der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, so daß er abgelehnt wurde. Gegen den Mißtrauensantrag stimmten auch Ministerpräsident Dr. Zeigner und die Minister Fleißner und Böttcher, die während der Abstimmung schnell von ihren Ministerplätzen ihre Abgeordnetenplätze aufgesucht hatten.

Minister Sollmanns Rede in Köln

tu. **Köln**, 18. Okt. Der Reichsminister des Innern Sollmann hat vor den Kölner Parteifunktionären eine Ansprache gehalten, in der er sagte, das gegenwärtige Kabinett wisse, daß es als Letztes und Äußerstes zum Bruch mit Frankreich kommen könne. „Aber wir versuchen, die letzte Verhandlungsmöglichkeit zu erschöpfen, und wenn auch der Versuch aussichtslos bleiben sollte, lassen wir uns auf militärische Abenteuer nicht ein." Innerpolitisch biete die Reaktion alles auf, um die augenblickliche Schwäche der Lohn- und Gehaltsempfänger auszunutzen, um den Arbeitnehmern den Achtstundentag zu nehmen. Man habe versucht, Bedingungen zu stellen, die für die Sozialdemokratie unannehmbar waren, um sie aus der Regierung auszuscheiden und dann mit dem Mittel einer Militärdiktatur den Widerstand der arbeitenden Massen zu brechen. In der Stunde einer Regierungskrise die Gefahr einer Reichstagsauflösung heraufzubeschwören, sei ungeheuerlich gewesen. Die kommende, an Entbehrungen reiche Periode könne man keinem Deutschen ersparen. Es werde schon viel erreicht sein, wenn es gelinge, die Hungersnot zu bannen, die jetzt ihren Todeszug anzutreten drohe. Die Sozialdemokratie sei zur redlichen Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Schichten bereit, so sehr sie dafür auch beschimpft werden möge. Die Sozialdemokratie müsse aber die stärkste Partei im Lande und in der Regierung bleiben, wenn die Kleinen nicht die Beute der Großen werden sollen.

*

Herr Sollmann war es bekanntlich, der es voll Stolz in die Welt hinaus posaunen ließ, daß das Kabinett Stresemann von „jedem Nationalismus frei" sei. Darum wird sich niemand über die obige Rede wundern. Die Angst vor einem möglichen „Bruch mit Frankreich" und die Ablehnung aller — — „militärischen Abenteuer", wie Herr Sollmann eine Erhebung gegen die Versklavung nennt, sich selbst damit kennzeichnend nennt, weisen im voraus den Weg, den das Kabinett Stresemann gehen wird: den der bedingungslosen Unterwerfung. Dieser Weg hätte durch eine Reichstagsauflösung nicht mehr beschritten werden können, denn dann hätte das erbitterte Volk die Diätenschlucker ein für allemal zum Teufel geschickt. Darum hat aber auch Herr Sollmann so großes Interesse an der Erhaltung dieser sogenannten Volksvertretung, der wir es danken, daß uns Stresemann-Sollmann einer an Entbehrung reichen Periode entgegenführen können. Wer von Erfüllung und Unterwerfung lebt, kann gar nicht anders reden, als Herr Sollmann, aber durch seine ganze Rede zittert die Angst vor dem Volkserwachen, verbunden mit einem schlechten Gewissen, hindurch. Sicher nicht mit Unrecht!

Fortwährende Lebensmittelunruhen in Sowjetsachsen

tu. **Leipzig**, 18. Okt. Der Mittwoch ist in Leipzig ruhig verlaufen. Kleine Ansammlungen lösten sich in den Vormittagsstunden bald auf. In Plauen ist es zu Ausschreitungen gekommen. Die Polizei mußte eingreifen und eine Anzahl Personen verhaften. Zahlreiche Plünderungen werden gemeldet. Die Bäckerinnung hat mitgeteilt, daß sie bei Fortdauer der Plünderungen die Backwarenherstellung einstellen werden.

Spende des Papstes

Rom, 18. Okt. Der Papst übersandte den Kardinalerzbischöfen von Köln und Breslau je 150 000 Lire zur Verteilung an die Bedürftigen ihrer Diözesen. Zu dem gleichen Zweck wurden dem Bischof von Münster 50 000 Lire gesandt.

An unsere Streifbandbezieher!

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir Abbestellungen nur entgegennehmen können, wenn dieselben

bis 20. des noch zu beliefernden Monats beim Verlag Thierschstr. 15

einlaufen. Später, oder gar in dem Monat, in welchem Zustellung nicht mehr gewünscht wird, zugesandte Abbestellungen können wir nicht berücksichtigen. Die Bezugsgebühr ist in diesem Falle für das begonnene Monat ganz zu leisten.

Mit deutschem Gruß!

„Völkischer Beobachter"

Verlag F. Eher Nachf., G. m. b. H.

Das nationale Ziel und Bayern

Wir erhalten vom Deutschen Hochschulring folgende Zuschrift:

„Jeder deutsche Student stellt sich unverzüglich der vaterländischen Kampfbewegung zur Verfügung!" So verlangt der Deutsche Hochschulring in seinem letzten Aufruf und bekennt sich damit eindeutig zu den vaterländischen Wehr- und Kampfverbänden; gibt ihre Arbeit doch die Möglichkeiten zur Tat, welche nationale Gesinnung im Streben nach einem freien Deutschen Reich erheischt.

Das einmütige Streben wird nur scheinbar verdunkelt durch den deutschen Hang zur Uneinigkeit in unwesentlichen Dingen und der Wahrheit zuwider bestritten durch die Hetze der internationalen unvölkischen Presse Deutschlands. Demgegenüber kann nicht oft genug die große gemeinsame Linie im Streben der gesamten vaterländischen Bewegung aufgezeigt werden: Die Freiheit ist das oberste Ziel! Wir brauchen ein starkes Deutsches Reich, das heute nicht mehr vorhanden ist. Die wichtigsten Teile sind völlig in Feindeshand. Der Rest ist nach der Mißwirtschaft der letzten Jahre in Auflösung begriffen. Die Weimarer Verfassung ist selbst von ihren Urhebern bereits preisgegeben worden, während sie im Herzen der nationalen Mehrheit niemals Wurzel gefaßt hat. Das nationale Deutschland lehnt es ab, trotz aller Versuche des regierenden Parteiklüngels das Reich durch den Marxismus völlig vernichten zu lassen, nachdem heute alle Völker von nationalem Ehrgefühl den Marxismus preisgegeben haben und bekämpfen. Der Tag wird kommen, an dem dieses Reich wieder fest gefügt und der Marxismus samt seinen bürgerlichen Helfershelfern für immer niedergeworfen werden muß. Kommt dieser Tag nicht bald, dann fällt das Reich, wie einmal so plastisch gesagt wurde, leise weinend, aber sicher auseinander, mag der tatsächliche Eintritt dieses Ereignisses auch noch lange durch das scheinbare Inkraftsein einer gemeinsamen Reichsverfassung und durch die Reden einer Reichsregierung ohne wirklichen Einfluß verschleiert werden können. Ist es aber einmal soweit, so wird für Deutschland Freiheit und Rheinland auf Generationen verloren sein. Darum muß, und wenn es nötig ist, mit Blut und Eisen ein Reich Bismarckscher Prägung wieder zusammengeschweißt werden:

„Nach außen eins und schwertgewaltig,
„Nach innen reich und vielgestaltig."

Der vornehmste Rückhalt für dieses Streben ist heute in Deutschland Bayerns Staat und Volk.

Über den Versuchen unserer inneren Feinde, die in Bayern augenblicklich besprochenen Unstimmigkeiten zwischen den Gruppen um Kahr und Hitler zu einem grundsätzlichen und das Handeln ausschließenden Zwist aufzubauschen, muß immer wieder festgestellt werden, daß in der oben gezeichneten Grundauffassung der Lage auf beiden Seiten völlige Einmütigkeit besteht.

Die planmäßig vorbereitete Unterstellung, daß Exz. von Kahr separatistische Neigungen nicht fremd seien, wird von Hitler selbst zurückgewiesen. Gegenüber den Verdächtigungen, daß einflußreiche Kreise durch Aufrollen der monarchistischen Frage die Reichseinheit zu zerschlagen drohen, kann ebenfalls auf das Entschiedenste erklärt werden, daß keine maßgebende Stelle Bayerns daran denkt, den monarchischen Gedanken durch Verquickung mit unserem wirtschaftlichen Elend herabzuwürdigen.

Der über seine wirkliche Bedeutung besprochene Gegensatz zwischen den Gruppen Kahr und Hitler ist in allem Wesentlichen darauf zurückzuführen, daß ein verantwortlicher Staatsmann sich in seinen Handlungen und Äußerungen eine Beschränkung auferlegen muß, welche für den Führer eines freien Verbandes nicht besteht. Im Augenblick der Tat wird dieser Gegensatz verschwunden sein. Wir Bayern hoffen, daß besonders auch die nationale Studentenschaft der außerbayerischen Hochschulen sich durch die aus Übereifer oder Feindschaft verbreiteten und übertriebenen Nachrichten den Glauben an uns nicht nehmen läßt.

gez. Karl Ludwig Freiherr zu Guttenburg,
Mitglied des Führerausschusses des Deutschen Hochschulringes.

*

Wir geben dieser Zuschrift des Führerausschußmitgliedes des Deutschen Hochschulringes gerne Raum, da sie offensichtlich bemüht ist, die große Linie der vaterländischen Kampfbewegung zu betonen. Uns scheint aber, daß am Schluß einige starke Mißverständnisse unterlaufen sind, dieselben nämlich, die auch „höheren Ortes" vorhanden waren, bzw. noch vorhanden sind. Die großdeutsche Gesinnung von Kahrs steht außer Zweifel, aber sehr zweifelhaft ist es, ob er die Kraft besitzt, diese durchzusetzen. Ein Versagen hier aber bedeutet das ungehinderte Anwachsen der roten Flut im Norden des Reiches, wobei sehr leicht eine Lage geschaffen werden könnte, daß ein Bürgerkrieg sich auf bayerischem Boden unter für Bayern dann schon verzweifelten Aussichten abspielen würde. Dann würde ein bayerischer Staatsmann sich entweder dem Bolschewismus ergeben oder eine auswärtige Macht um Hilfe ersuchen müssen. Das erste ist ausgeschlossen im zweiten Fall kommt nur Frankreich in Betracht, mit dem ja Dr. Heim schon 1919 gerade für einen solchen Fall bereits Zwiesprache gepflogen hat. Daß nun gerade eben wieder in Kreisen der Bayer. Volkspartei und durch hinter dieser stehende einflußreiche Persönlichkeiten in gleicher Richtung gearbeitet wird, darüber gibt sich kein Unterrichteter einer Täuschung hin.

Was die Tat betrifft, so drängen wir ja, daß Exzellenz von Kahr sie wirklich unternimmt, für welchen Fall wir ihm ja mehrfach unsere aktivste Unterstützung zugesagt haben.

Ein neues Bekenntnis

Die „Deutschen Akademischen Stimmen", das Organ der völkischen Akademikerbewegung, veröffentlichen in ihrer letzten Nummer den Aufruf des „Deutschen Hochschulrings", mit welchem dieser seinen Eintritt in die vaterländische Kampfbewegung vollführt, und anschließend daran an die Kundgebung des „Deutschen Kampfbundes" vom Deutschen Tag zu Nürnberg.

Weiter schreibt die Zeitung:

„Herr von Kahr ist in den letzten Tagen zwar dem marxistischen Unwesen an den Leib gerückt, doch vermissen wir bislang noch die von einem Diktator zu erwartende Rücksichtslosigkeit, mit der auch den geheimen deutschfeindlichen Umtrieben ein für allemal der Garaus gemacht werden müßte. Wir erwarten vom bayerischen Generalstaatskommissar bisher vergebens eine bindende Erklärung, daß er nicht nur „mit schwarzweißrot gegen links" vorgehen werde, sondern auch gegen alle separatistischen und kleindeutsch (d. i. vorkriegsdeutsch) eingestellten Mächte, die in Bayern mehr oder weniger heimlich am Werke sind. Die völkische Akademikerbewegung, der allein im Hochschulring rund 100 000 studentische Freiheitssoldaten angehören, wird sich nur für das große Deutschland in die Schanzen werfen."

Der Staatsgerichtshof vor der Probe

Leipzig, 15. Oktober.

Die Auffassung, daß des Staatsgerichtshofes alleinige Aufgabe ist, die Republik, also den Staat und die Verfassung zu schützen, wird sich in einer der nächsten Sitzungen des Staatsgerichtshofes als zutreffend erweisen können. Mehrfach ist dem sächsischen Ministerium der Vorwurf gemacht worden, daß es sich Verfassungsverletzungen zuschulden kommen lasse. Insbesondere ist dem früheren Justizminister, jetzigen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner, nachgewiesen worden, daß seine Taten keineswegs eine sorgfältige Beachtung der Reichs- und Landesverfassung darstellen. Nur einige Beispiele: Obwohl die auswärtigen Angelegenheiten nach der Reichsverfassung ausschließlich Sache der Reichsregierung sind, mischte sich Dr. Zeigner wiederholt in die auswärtige Politik ein. Nach Artikel 31, Absatz 4 der Verfassung des „Freistaates" Sachsen bedürfen allgemeine Begnadigungen eines Gesetzes. Justizminister Zeigner hat aber ohne ein solches Gesetz allgemeine einseitige Begnadigungen derjenigen, die sich an Linksputschen beteiligten, vorgenommen. Der Artikel 128 der Reichsverfassung bestimmt, daß Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen sind. Herr Dr. Zeigner ist aber bei der Besetzung von Ämtern von anderen Grundsätzen ausgegangen. Nicht die Befähigung, sondern das Mitgliedsbuch zur S.P.D. war ausschlaggebend. Die Annahme, daß sich der sächsische Ministerpräsident deshalb vor dem Staatsgerichtshofe zum Schutze der Republik zu verantworten habe, ist indessen irrig. Im Gegenteil. Die „Leipziger Abendpost" hat dem sächsischen Ministerium Verfassungsverletzung vorgeworfen, und deshalb stehen am 25. Oktober d. J. der Hauptschriftleiter Adolf Lindemann und der Rechtsanwalt Hermann Cunio wegen „Beleidigung" vor dem Staatsgerichtshofe. Das sächsische Ministerium hat Strafantrag gestellt, und Herr Dr. Zeigner wird vor dem Staatsgerichtshofe als Zeuge und Nebenkläger erscheinen. Obwohl die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshofe nicht mehr wie am Anfang allgemeines Interesse erwecken, so dürfte dieser Prozeß grundlegend für die Stellung des Staatsgerichtshofes sein. Hier ist ihm Gelegenheit geboten, festzustellen, wer die Republik, zu deren Schutze dieses Ausnahmegericht bestellt ist, gefährdet. Der gesunde Menschenverstand sagt, daß vor allem der die Republik gefährdet, der an ihren Fundamenten, an ihrer Verfassung rüttelt, und daß niemand mehr die Republik schützt als der, der diese Verfassungsverletzungen feststellt. Diejenigen, die über diese Verfassung wachten und scharfe Kritik an der Nichtrespektierung der Verfassung durch die sächsische Regierung übten, sitzen auf der Anklagebank, und die Verfassungsverletzer treten als Kläger auf.

Alles, wie es sich für die auf Verrat und Meineid aufgebaute Novemberrepublik gehört.

Der Köhler

Es ward ein hoher Baum gefällt,
Im schönen, deutschen Walde,
Entlaubt, zersplittert und zerspellt,
Liegt er auf öder Halde.

So sinkt die alte Herrlichkeit
Wohl in der Zeiten Wandel,
Ich schichte sorgsam Scheit auf Scheit
Zum Meiler um die Quandel.

Die Erde, die den Toten leicht,
Ist Decke ihm und Grube,
Der Wind, der von den Gräbern streicht,
Geselle mir und Bube.

Das ist ein seltsam Werken wohl,
Wenn dessen Bälge blasen,
Das riecht nach Pulver und Karbol,
Nach Eisen, Blut und Gasen.

Ihm blieb wohl in dem Mantelsack
Solch schlimmer Odem hangen,
Als er dereinst vom Skagerak
Bis nach Versailles gegangen.

Nur frag' ihn nicht und laß ihn stumm
Sein schweigend Handwerk treiben,
Er wird sein Kommentarium
Schon selber einmal schreiben.

So schwele denn und glimme du
In roter Glut und Asche,
Ich schaue meinem Buben zu,
Die Fäuste in der Tasche.

Doch ist es einmal an der Zeit,
Sie himmelwärts zu recken,
Dann flamme auf du glühend' Scheit
Den Herrgott aufzuwecken.

Friedrich Volland.

Houston Stewart Chamberlain über die Persönlichkeit

Es dürfte gerade in unserer Bewegung, welche die Bedeutung der Persönlichkeit wieder allem anderen voranstellt, besondere Aufmerksamkeit nachstehender Brief von Houston Stewart Chamberlain finden. Der große Germane, der dem deutschen Volke so viele hervorragende Werke von bahnbrechendem Werte in rassischer, kultureller und politischer Beziehung geschenkt hat, hat von jeher die Macht der Persönlichkeit und der Ideen in der Geschichte vertreten und überzeugend begründet, steht also im schroffsten Gegensatz zu der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung, wie sie der Marxismus verkündet.

Dieser Brief, der uns in liebenswürdigster Weise für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wird, stammt bereits aus dem Jahre 1896, wurde also noch vor dem Erscheinen der „Grundlagen des 19. Jahrhunderts" geschrieben. Er betrifft das unerwartet rasche Ende eines prächtigen jungen Mannes, der, ein begeisterter Vorkämpfer der völkischen Bewegung, in der Blüte seiner Jahre starb. Das Schreiben lautet:

„Es drängt mich bei dieser Gelegenheit, Ihnen mein Beileid auszusprechen über den unersetzlichen Verlust, den der Jugendbund durch den jähen Tod seines Obmannes erlitten hat. Dieser Verlust bedeutet für den Bund eine schwere Prüfung — je nachdem er sie besteht, möge er zeigen, ob er eines solchen Mannes wie Appel würdig war oder nicht.

Wirkliche Männer, ich meine eigenartige, tatenfrohe, sind immer unersetzlich: Sie erinnern sich wie Goethe behauptet: ‚Höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit'; eine echte Persönlichkeit kehrt niemals in einem zweiten Exemplar wieder... Diejenigen, welche weinen und jeden Trost von sich weisen, haben recht. Gerade solche echte Persönlichkeiten, wie Appel eine war, lehren uns aber durch ihr ganzes Leben und Wirken, daß wir uns Ideen und Idealen, nicht Personen widmen sollen und daß darin das Geheimnis der Kraft liege. Der deutsche Stamm ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, eine höhere Wesenheit als irgendein einzelner Deutscher und sei dieser auch ein Bismarck oder ein Richard Wagner. Wer das weiß, wer diesem Bewußtsein das Opfer jedes selbstsüchtigen Bestrebens bringt und von der heiligen Sache seines Volkes lebt, wird immer das Richtige treffen, auch dort, wo er plötzlich des bewährten Führers beraubt wird. Möge der Jugendbund durch die Art, wie er diese Prüfung besteht, beweisen, daß er nicht die Schöpfung eines sterblichen Mannes war, sondern die Schöpfung einer unsterblichen Idee; und so wird er das Andenken Appels ehren.

Mit germanische Gruß
Ihr treu ergebener
gez. Houston S. Chamberlain."

Sport und Wehrhaftigkeit

Der in der Sonntagsnummer der „M. N. N." veröffentlichte Artikel von Dr. Ernst Müller-Meiningen „Gefahr für die Gesundung" ist wohl jedem Sportler aus dem Herzen gesprochen, doch scheint es mir, als ob in verschiedenen Punkten nicht ganz das Ursächlichste der darin erwähnten Dinge behandelt worden ist.

Das eine sei ohne weiteres zugegeben, daß der alte Drill, der die Äußerlichkeit nur nachahmt, für die Wehrhaftmachung eines Volkes keinen Gewinn bedeutet. Aber die turnerische und sportliche Erziehung, welche die Jugend zur Befreiung des Vaterlandes vorbereiten soll, liegt bei vielen Turn- und Sportvereinen jeder Art noch sehr im argen.

Als alter Sportler muß ich mit großem Bedauern feststellen, daß gerade die Vereine, die einen Großteil zur Befreiungsarmee aufstellen sollten, bis jetzt eigentlich noch verflucht wenig getan haben, jenen Gedanken bei ihren Leuten großzuziehen, daß alles, was sie durch ihren Sport an Körperkraft und Willensstärke erzielen, letzten Endes nur dazu dienen muß, beides für den Kampf um die Freiheit des deutschen Vaterlandes auszuwerten. Im Gegenteil, in vielen Vereinen sieht man ödeste Vereinsmeierei, Parlamentarismus und Parteiwirtschaft im übelsten Sinne. Die Vereine denken in erster Linie daran, möglichst viel Rekordmänner und Rekordmannschaften herauszubringen. Für die Farben ihres Vereins Siege zu erringen, ist meist ihr höchstes Ziel!

Denkt heute ein Leichtathlet daran, daß er die Energie, welche zum Siege führt, ihm auch den Sieg über Deutschlands Feinde verschaffen soll! Den Bergsteiger kann man heute suchen, der nach harter Kletterei im Fels, oben am Gipfel, sich den Schwur ablegt: „Und wenn es noch so hart geht, ebenso will ich auch meine ganze Kraft dafür einsetzen, daß unsere Berge wieder frei werden! Und der Skiläufer, der trunkenen Auges die weiß überschneite Landschaft durcheilt, denkt er neben dem Genuß auch an die Pflicht, diese Herrlichkeit zu schützen und für sie zu kämpfen?

Der Sportler soll keine Politik treiben, hört man oft sagen. Da muß man sich doch an den Ausspruch Friedrichs des Großen erinnern, der sagte, Politik heißt, mit allen Mitteln seinem Vaterland dienen. Dieser Satz, meine ich, gilt auch für jeden Sportler, um in ihm die glühende Vaterlandsliebe hervorzurufen, auch einige Tage der Woche für seine militärische Ausbildung und Weiterbildung aufzubringen.

Selbstverständlich ist jeder Sport eine gute Vorschule für die Wehrhaftigkeit eines Volkes, aber die Disziplin, die Selbstzucht, die freiwillige Unterordnung unter den Führer, das kann kein Verein beibringen. Dazu muß er in Reih' und Glied mit jenen Leuten stehen, mit denen er später in Not- und Todgemeinschaft leben soll. In der Zeit der alten Wehrmacht mag wohl der Satz hervorragender Heerführer gegolten haben: „Wir brauchen nur die turnerische Vorbildung unserer Jugend, das speziell Militärische wird ein gewandter Turner rasch lernen." Um das Militärische rasch zu lernen, standen aber dem Sportler damals zwei oder auch drei Jahre zur Verfügung. Heute jedoch muß zwangsläufig Sport- und militärische Erziehung nebeneinander herlaufen, denn wenn der Sportler gegenwärtig wartet, bis er zur Ausbildung herangeholt wird, dann vergeudet er noch weitere kostbare Jahre, ohne je ein Soldat zu werden.

Die Kriegführung von heute wird eine ganz andere sein, als vor dem Kriege oder kurz nach dem Krieg. Mit dem Erlernen der notwendigen Griffe und dem Abfeuern eines Gewehres oder eines Geschützes ist die Ausbildung heutzutage nicht erschöpft. Und wenn nicht an den Erfahrungen und Neuerungen geübt wird, andauernd und ununterbrochen, dann rostet Leib und Seele ein.

Beim alten Vater Jahn war der deutsche Gedanke, der Gedanke an die kommende Befreiung des Volkes aus tiefster Schmach, innig verwachsen mit der edlen Turnerei. Heute dagegen kann kein Mensch behaupten, daß der Feuergeist eines Jahn noch in den Vereinen genährt wird. Es wäre in unseren Tagen, in der Zeit der allertiefsten Erniedrigung, am Platze, die heranwachsende Jugend durch Vorträge in die Geschichte der Befreiungskriege einzuführen, ihnen den Geist zu vermitteln, der damals das gesamte deutsche Volk erfüllte. Die Gestalten eines York, Schill, Körner, Gneisenau, Scharnhorst, Jahn, Arndt und anderer mehr müßten das Vorbild unserer gesamten deutschen Jugend sein. Aber nichts dergleichen geschieht.

Wer erzieht heute die Jugend dazu, die geschichtlichen Zusammenhänge im Völkerschicksal erkennen zu lassen? Wer erweckt den Sportler aus seinem einseitigen Ehrgeiz, daß er billige Vereinslorbeeren hinter die heilige Sache des Vaterlandes zurückstellt? Wo sind die Führer in den Vereinen, die hier eine nationale und geschichtliche Aufgabe erfüllen könnten? Einen Streit zwischen Turner und Sportler könnte es überhaupt nicht geben, wenn alle Sportler nur das eine Ziel vor Augen hätten, ihre Kräfte zu stählen, um Deutschlands Fesseln zu sprengen.

Daß aber der Gedanke der Wehrhaftigkeit in der breiten Masse des Volkes zu wachsen beginnt, das zeigen wohl am besten die Deutschen Tage, die überall eine glühende Begeisterung ausgelöst haben, wohingegen der Turnerfestzug in München lediglich ein Schaustück war, das nicht zu den Herzen der Menschen gesprochen hat. Von Reich und Parlament ist hier in keiner Hinsicht eine Hilfe zu erwarten, denn sie wollen ja nicht, daß die Masse wieder erkennt, daß nach uraltem germanischen Brauch ein berufener Führer da sein muß, der auch die Verantwortung seiner Taten trägt für eine Menge, die ihm als Führer gehorcht.

Der Turner war einmal 1813 mit einer der Hauptträger des nationalen Gedankens, vielleicht könnte es heute wieder so werden! Darum bremst man die Turnbewegung im Sinne Jahns von oben herunter. Jeder Verein könnte doch selbst Turnerkompanien und dergleichen aufstellen und die Wehrhaftmachung seiner Leute in die Hand nehmen. Warum geschieht das nicht? Es ist tatsächlich die zwölfte Stunde! Aber jeder Warnungsruf ist bis jetzt bei den Vereinsmeiern ungehört verhallt.

Turner und Sportler denkt daran, daß eure Altvorderen Germanen waren, die wohl auch Jagd und Spiel liebten, die sich aber auch im Waffenhandwerk übten, um den Körper für den Kampf ums Vaterland zu stählen. Ein Diktator müßte alle jene Vereine verbieten, die nicht als ersten Grundsatz die Wehrhaftmachung der deutschen Jugend und der deutschen Männer aufstellen.

Alle aber, die ihr bis jetzt abseits der nationalen Sache standet, macht Euch Schlageters Wort zu eigen „Alles fürs Vaterland!"

Brückner.

Offenes Wort und Kunst

Haben diese zwei Dinge etwas Gemeinsames? Unter den Gründen, die den Tiefstand unserer Kunst herbeiführten, ist dieser einer der ersten: das offene Wort, die eigene Meinung über Kunstwerke wurde in der Gesellschaft so lange zurückgehalten, bis sie verkümmerten und endlich spurlos verschwanden. Die Folge: die Leere, die an die Stelle der eigenen Meinung trat, konnte leicht von allem Plunder unserer kunstkritischen Weisen angefüllt werden und von giftigen Geschmacksrichtungen, die jene Herren vom Fach gemeinsam mit dem jüdischen Kunsthandel erzeugten. Dem Diktat der Kunstschriftsteller jüdischen oder undeutschen Wesens und der entsprechenden Kunstkritik wagte das Publikum seine Meinung nicht entgegenzusetzen, um nicht zu den Banausen und Dummköpfen gezählt zu werden und die „Zurückhaltung" der Gesellschaft, wie die allem Anscheine nach zielbewußte, auf Entdeutschung gerichtete Arbeit der Presse, dürfte so alt sein wie das Deutsche Reich oder wie das Ringen des deutschen Gedankens nach Freiheit.

Bald wurde — und das war recht bequem — die eigene Meinung ganz aufgegeben und nur

Sogar Stinnes rührt sich

Bekanntlich geht augenblicklich wieder ein scharfer Kampf zwischen der hebräischen Börse und Stinnes vor sich. Unsere Leser kennen unsere Stellungnahme zu Stinnes: sie ist gekennzeichnet durch die Kritik, die wir an seiner jüdischen Verfilzung geübt haben und durch die Kennzeichnung seiner skrupellosen rein wirtschaftlichen Arbeitsmethoden. Das Gebaren der Bernhards ist aber selbst Herrn Stinnes zu bunt geworden. Nach einem durchaus unangebrachten „alteingesessenen" „Berliner Tageblatt"-Hebräer schreibt die „D.A.Z.":

„Im charakteristischen Gegensatz zu ihm steht die Ullstein-Presse. Sie repräsentiert ausgesprochen das jüdische Kleinbürgertum von meist noch junger östlicher Herkunft. International, überall zu Hause, schnodderig und unernst, mit höchst mangelhafter Bildung, hat es den inneren Anschluß an das Geistesleben seiner deutschen Umwelt noch nicht vollzogen. Noch vor 10 oder 20 Jahren in einem der freundlichen Balkanstaaten ansässig, ist ihm Deutschland im besten Falle ein Land, wo man durch Handel schnell reich werden kann. Das jüdische Rassenbewußtsein ist hier stark, und gern fällt es für die Zwecke unverfälschter Blutmischung in die großen europäischen Vorratskammern für orthodoxe Juden, nach Polen und Galizien, zurück. Die jüdische Solidarität, die hier großgezogen ist, empfindet es als eine unerträgliche Anmaßung, wenn ein Außenstehender Gebiete betritt, die sie als ihre Domänen betrachtet. Die geschlossene, international organisierte Eifersucht tritt dem Fremden fanatisiert entgegen."

Wir möchten unsererseits hinzusetzen, daß zu den „Gebieten", die von der „jüdischen Solidarität" als ihre Domänen betrachtet werden, seit Jahren das ganze Deutsche Reich gehört. Nicht etwa bloß sein Wirtschaftsleben, wie die „D.A.Z." anzunehmen scheint.

Die Konzession für den russischen Kaiserthron

Die Konzession für den russ. Kaiserthron. 1

In letzter Zeit widmen die „Münchener Neuesten Nachrichten" der russischen monarchistischen Frage viel Aufmerksamkeit.

Von dem Standpunkt einer weitsichtigen Politik aus ist dieses Verhalten nur zu begrüßen; denn es dient als bester Beweis dafür, daß eine so verbreitete Zeitung, wie die „M. N. N.", eine glückliche Ausnahme unter den deutschen bürgerlichen Presseorganen bildet, die es nicht begreifen, daß die Tage der Bolschewisten in Rußland gezählt sind, und daß an ihre Stelle die Monarchie treten wird.

Wenn man indessen aufmerksam die Tendenz der Artikel in den „M. N. N." über die russische monarchistische Bewegung verfolgt, so drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf: Welcher Hintergedanke leitet die Autoren dieser Artikel, und erscheinen nicht alle diese journalistischen Schöpfungen als das Resultat der einzigen Absicht, die russische monarchistische Sache in Deutschland zu diskreditieren?

Die Stellung der Zeitung selbst zu dieser Frage stimmt einen gleichfalls nachdenklich. Warum schöpft diese Zeitung ihre „Sensationen" über die russische monarchistische Bewegung aus völlig unbekannten und stets anonymen Quellen und nimmt in ihren Spalten nie eine Zeile von kompetenten verantwortlichen Leuten auf, die unablässig bemüht waren, die „M. N. N." über die Frage der russischen nationalen monarchistischen Bewegung zu orientieren?

Um dieses zu begründen, genügt der Hinweis auf die Komplimente, die den bolschewistischen Diplomaten in Rapallo von dieser Zeitung sogleich nach der Unterzeichnung des verhängnisvollen deutsch-bolschewistischen Vertrages gemacht wurden. Dafür werden die russischen monarchistischen Emigranten vor einem Jahre in derselben Zeitung in dem Artikel „Das russische Vacuum" (Nr. 101 vom 15. April 1922) mit Schmutz beworfen.

Wenn man dem anonymen Kritiker der Sitten der russischen Emigranten glauben darf, so gibt es unter letzteren überhaupt keine zuverlässigen Elemente, sondern nur absolute Streber und Abenteurer. Im besonderen aber hätten sich die negativen Elemente im Lager Lager der Legitimisten konzentriert; für die der Legitimisten konzentriert, für die letzteres nur ein Mittel ist zur Erlangung persönlicher Vorteile, Ehrungen und einträglicher Posten.

Aber den Rekord der Böswilligkeit, Unkenntnis und des Leichtsinns stellt unbedingt der — wiederum anonyme — Verfasser des Artikels „Neue Ideen im russischen Monarchismus" auf, der in den „M. N. N." abgedruckt ist.

In diesem in jeder Beziehung bemerkenswerten Artikel wird erstens ein vertrauliches Zirkular aus der Kanzlei des Großfürsten Kyrill Wladimirowitsch zitiert, und zweitens mit verschiedenen Vorbehalten folgendes einfache Rezept für die Wiederherstellung der gesetzlichen Monarchie in Rußland empfohlen: Der Großfürst Kyrill soll zugunsten seines Sohnes Wladimir auf seine Rechte verzichten, aber zum Vormund und Regenten des künftigen gesetzlichen russischen Zaren soll — augenscheinlich wegen der in Deutschland grassierenden „Dollarmanie" — ein Amerikaner bestellt werden!!

Die Tatsache, daß das betreffende Zirkular abgedruckt wurde, führt zu betrüblichen Erwägungen — nicht zugunsten der Zeitung. Sie zwingt einen anzunehmen, daß dieses Zirkular entweder zu dem Zweck zitiert wurde, um der russischen monarchistischen Bewegung einen moralischen Schaden zuzufügen, oder daß die Redaktion der verehrlichen Zeitung von Russen informiert wird, die jeglicher ethischen Gesinnung bar sind.

Zweitens würde es den „M. N. N." nicht schaden, wenn ihnen die einfachste Wahrheit des römischen Rechts bekannt wäre, wonach „keiner mehr Rechte übertragen kann, als er selbst hat". Wenn folglich das Anrecht des Großfürsten Kyrill auf den russischen Thron zweifelhaft ist, so ist auch dasjenige seines Sohnes Wladimir strittig. Wenn wiederum die Rechte seines Sohnes Wladimir keinem Zweifel unterliegen, um so mehr gesetzliche Rechte hat der Großfürst Kyrill, und damit muß der ganze Plan der Errichtung einer Regentschaft ins Wasser fallen.

Aber selbst wenn man die Rechte des Großfürsten Kyrill anstreiten könnte, welches Urteil müßte man über einen Vater fällen, der seinen Sohn einem Konzern ausländischer und natürlich jüdischer Kapitalisten in Konzession gibt? In wessen Gestalt zeigt sich dem Autor des Artikels dieser eigentümliche Konzessionär? Etwa in derjenigen des Völkerbund-Kommissars Zimmermann? Oder Van der Lipps? Oder gar in Gestalt des „Imperators der Börse", Morgans selbst?

Bemerkenswert wäre aber auch das Volk, das einen derartigen Regenten auf seinem Territorium empfangen und anerkennen würde! Wir zweifeln nicht daran, daß das russische Volk — im Gegensatz zu den Verfassern solcher politischer Kombinationen — einen derartigen „Regenten" aufhängen würde, ohne abzuwarten, bis sein Extrazug von der russischen Grenze bis zur Hauptstadt gelangt ist.

Wäre es nicht einfacher, statt einen so komplizierten Plan der Wiederherstellung Rußlands zur Ausführung zu bringen, gleich von vorneherein einen so vornehmen Ausländer zu wählen, wie es der jetzige Diktator Leo Bronstein ist?

Wenn man auf dem Standpunkt des Verfassers der „Neuen Ideen im russischen Monarchismus" steht, so muß man anerkennen, daß Bronstein aus folgenden Erwägungen als der beste Regentschaftskandidat erscheint:

Erstens verfügt er über unbegrenzte Möglichkeiten, die Aktionäre des ganzen ersonnenen Unternehmens aus Mitteln, die dem russischen Volk gestohlen worden sind, zu belohnen; zweitens bedarf es für die Bestätigung der Regentschaft Bronsteins keines Blutvergießens und keiner angreifenden Feldzüge nach Rußland.

Aber da in solchen wahrhaft tragischen Momenten der russischen Geschichte Ironie nicht am Platze ist, so gestatten wir uns, den verehrlichen „M. N. N." einen ernsten Rat zu erteilen:

Wenn die Deutschen wirklich (woran wir nicht zweifeln) dem russischen Volke das Beste wünschen und — eines Sinnes mit dessen besten Vertretern — die Wiederherstellung der nationalen russischen Macht für erstrebenswert halten, so würden wir sie bitten, an die russischen Verhältnisse den gleichen Maßstab anzulegen, mit dem sie an ihre eigenen Angelegenheiten herantreten. Und wenn die deutschen Monarchisten denjenigen für irrsinnig ansehen würden, der es wagte, ihnen die Regentschaft Rothschilds oder Sassoons für einen minderjährigen Hohenzollern oder Wittelsbacher vorzuschlagen, so werden die „M. N. N." wohl mit unserer Annahme übereinstimmen, daß die „Neuen Ideen im russischen Monarchismus" mit der Umwandlung des russischen Thrones in eine einträgliche Konzession für internationale Kapitalisten entweder im Kopfe eines Irrenhauskandidaten oder einfach eines Provokators entstanden sind, der beschlossen hat, die Unkenntnis der „M. N. N." in der russischen Frage auszunutzen, und ihnen einen bösen Streich zu spielen.

G. v. Nemirowitsch-Dantschenko.

Brief aus Mailand

Am 12. Oktober abends hat der große Fascistenrat in einer Vollsitzung, an welcher sämtliche Führer der Partei teilnahmen, den Fall Rocca zur Entscheidung gebracht, welcher zum Rücktritt des Vollzugsausschusses geführt hatte. In der Sitzung ergriff Mussolini selbst das Wort, desgleichen drei fascistische Minister. Es wurde beschlossen, daß Rocca drei Monate lang seine Ämter in der Partei nicht ausüben dürfe, dieser aber weiter angehöre. Sodann trug Mussolini die von ihm selbst ausgearbeiteten neuen Statuten der Parteiorganisation vor, nach welchen eine gleichzeitige Ausübung militärischer und politischer Ämter durch Fascisten nur noch in Ausnahmefällen gestattet werden kann. Mussolini hatte im Falle von Widersetzlichkeiten mit der Auflösung der Partei in ganzen Provinzen gedroht. Seine Vorschläge wurden mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Für das Gesetz über die Einschränkung des Alkoholverbrauchs, das jetzt zur Annahme gelangt ist, hat in letzter Zeit das „Popolo d'Italia" lebhaft Stimmung gemacht. Das Gesetz sieht ab 1. Januar 1924 eine Verminderung der Verkaufsstunden für alkoholische Getränke, eine hohe Steuer für die Erteilung der Ausschankerlaubnis und eine Einschränkung dieser, sowie hohe Strafen für die Übertretung der Bestimmung des Gesetzes vor. Die Steuer soll für den Wein z. B. 10—20% betragen, für Likör 30—50%. Das „Popolo d'Italia" ist über die Annahme des Gesetzes aus Gründen der Volkserziehung sehr erfreut. Ferner wurde die in einzelnen Gemeinden Italiens bereits bestehende Aufenthaltssteuer nunmehr auf das ganze Land ausgedehnt.

Der Statthalter von Fiume, General Giardono, hat vor einigen Tagen die Zollschranken zwischen Fiume und Italien aufgehoben, ferner die Überführung von Strafgefangenen nach Italien angeordnet. Damit ist wieder eine engere Verbindung Fiumes mit Italien hergestellt, und die südslawische Presse ist darüber nicht wenig erbost. Die italienische Presse rechnet damit, daß bei der bevorstehenden Wiedereröffnung der Kammer in Belgrad die Opposition gegen Pasitsch so stark sein wird, daß sie zu einem Sturze seines Kabinetts führt. Mit größter Aufmerksamkeit verfolgen die italienischen Blätter den Gang der britischen Reichskonferenz in London, auf welcher betont wurde, daß Englands Stellung im Mittelmeer in unverminderter Stärke beibehalten werden müsse. Seitdem England sich im italienisch-griechischen Streitfall für den Völkerbund gegen Italiens selbständiges Vorgehen eingesetzt hat, ist eine merkliche Abkühlung in der noch jungen italienisch-englischen Freundschaft eingetreten, und mehrere italienische Blätter haben sogar geschrieben, diese sei bereits so gut wie in die Brüche gegangen.

In ganz Italien werden z. Z. die Vorbereitungen für die Feier des Jahrestages des Marsches auf Rom und der Übernahme der Regierung der Fascisten getroffen. Ein besonderer Ausschuß der Partei hat die Feierlichkeiten bis ins einzelne festgesetzt, und seine Vorschläge sind von Mussolini gutgeheißen worden. Mussolini selbst wird sich zunächst nach Mailand begeben und dann nach kurzem Besuch mehrerer Städte am 28. Oktober in Rom eintreffen. Er will auf dieser Reise mehrfach das Wort ergreifen. In Rom soll ein großes Bankett stattfinden, an welchem auch der König mit Angehörigen seiner Familie teilzunehmen gedenkt. Die Ausgabe von 20- und 100-Lire-Gedenkmünzen in Gold und von besonderen Briefmarken zur Erinnerung an den Jahrestag des „Marsches auf Rom" ist geplant.

Französische Frechheit

Die hochangesehenen Kemptener Präzisionsmechanischen Werkstätten Georg Kösel in Kempten i. Algäu stellen uns folgenden Briefwechsel zur Verfügung.

Präzisions-Werkstätten H. Morin.

Zu beantworten unmittelbar, dem Werk
.... 12, Rue Saint Amand.

Kemptener Präzisionsmechan. Werkstätten
Gg. Kösel, Kempten.

Ich würde Ihnen verbunden sein, wenn Sie mir einen Vorschlag über Ihren Gravierapparat zur Herstellung mikroskopischer Zahlen und Buchstaben machen, von der ich eine Notiz besitze. Im Falle Sie einen Agenten in Frankreich hätten, ersuche ich Sie, ihn mir gütigst wissen lassen zu wollen. Ihrer Antwort entgegensehend, belieben Sie, mein Herr, meine aufrichtigen Grüße zu genehmigen. gez. Unleserlich.

Darauf erfolgte folgende deutsche Antwort:

Ateliers de Precision H. Morin
Paris, Rue Saint Amand 12.

5 d. M.
Gravierapparate.

So sehr wir im allgemeinen darauf bedacht sind, unserer geschätzten Kundschaft in weitestgehender Weise zu dienen, müssen wir doch erklären, nicht in der Lage zu sein, an Kunden französischer oder belgischer Nationalität Angebote abzugeben oder Lieferungen zu bewerkstelligen, solange ein Fußbreit deutschen Bodens widerrechtlich besetzt gehalten wird. Wir bitten, davon Kenntnis zu nehmen und zeichnen,

Die Präzisionswerkstätten H. Morin antworteten:

Paris, 16. April 1923.

Ihr Brief vom 11. April bestätigt uns den bedauerlichen Geisteszustand, nach welchem Sie sich von dem allgemeinen Gesetze ausgenommen glaubten.

Wenn Sie nicht widerrechtlich vier Jahre lang die industriellen Gebiete Frankreichs und Belgiens verheert hätten, bräuchten wir von Ihnen jetzt nicht eine sehr geringe Entschädigung zu fordern, für den Schaden, den Sie uns zugefügt haben.

Wenn sich ein Schuldner weigert, das zu zahlen, was er schuldig ist, packt man ihn am Kragen. Das tun wir heute nach den ältesten Grundsätzen des Rechtes.

Um Ihnen Urkunden anzugeben, erlaube ich mir, Ihnen Auszüge aus Zeitungen zu schicken, die am Tage erschienen sind, an dem wir Ihren Brief erhielten und von denen der eine darlegt, welche Unterweisungen Bismarck im Jahre 1872 gab, und der andere den offiziellen Bericht der Brüsseler Konferenz, welche am 13. April stattgefunden hat.

Es scheint mir, daß das beste Mittel, das Sie zur Befreiung Deutschlands haben, darin besteht, daß Sie zahlen, was Sie schulden.

Georg Kösel in Kempten schloß den Briefwechsel mit folgender kernigen Abfuhr:

Ateliers de Precision H. Morin

Paris.

In dem Ton, in welchem Ihr Schreiben gehalten ist, können und wollen wir Ihnen als Deutsche nicht antworten.

Wegen unseres Geisteszustandes jedoch brauchen Sie sich nicht zu beunruhigen, denn er war nie so klar, wie gerade jetzt.

Auf den Inhalt der angezogenen Zeitungsnotizen ließe sich sehr viel antworten, aber, da wir es als vergebliche Liebesmühe ansehen müssen, wollen wir damit keine Zeit versäumen. Nur soviel sei gesagt, daß wenn die große Masse unseres Volkes nur zur Hälfte unseren Geisteszustand vor Kriegsende besessen hätte, daß Sie dann heute nicht im Ruhrgebiet sitzen würden und in einigen Jahren nicht soviel an Achtung eingebüßt hätten, als es die logische Folge Ihres seit Jahren beliebten Vorgehens gegen ein auf unehrliche Weise wehrlos gemachtes, gutgläubiges Volk sein muß.

Dieser Briefwechsel sei allen Pazifisten zum gründlichen Nachdenken empfohlen.

Letzte Nachrichten

„Einigung" in den Unterwerfungsverhandlungen.

tu. **Essen**, 18. Okt. Nachdem am Sonntag und Montag zwischen den Spitzenleitern der Eisenbahner und der französischen Regie in Düsseldorf Verhandlungen stattgefunden hatten, die zu keinem Ergebnis führten, ist es am Mittwoch zu einer Einigung gekommen. Es wurde genehmigt, daß die deutschen Dienststellenvorsteher sämtliche Listen in doppelter Ausfertigung mit den Personalien der zur Arbeit bereiten deutschen Eisenbahner aufstellen. In den Verhandlungen kam zum Ausdruck, daß die französischen Bahndienstkommandos alles weitere veranlassen bezüglich der Wiedereinstellung der Eisenbahner überhaupt sowie bezüglich der Leistung und der Frage, wer wieder eingestellt wird und in welcher Dienststelle. Mehrfach wurde betont, daß nur ein kleiner Teil der deutschen Eisenbahner mit der Wiedereinstellung rechnen dürfe, da beabsichtigt sei, zunächst nur wenige Strecken dem Güterverkehr zuzuführen. Mit einer restlosen Einstellung sei unter gar keinen Umständen zu rechnen. Die Frage der ausgewiesenen und der in den Gefängnissen untergebrachten Eisenbahner wurde deshalb nicht mehr berührt, weil die Franzosen von vornherein jegliche Aussprache darüber ablehnten, weil diese Frage von den oberen französischen Stellen gelöst werden solle.

tu. **Essen**, 18. Okt. Wie die Telegraphen-Union hört, sollen die Verhandlungen von Post und Telegraph mit den Besatzungsbehörden soweit gediehen sein, daß bereits heute die Einzelheiten der Wiederherstellung des alten Zustandes zur Beratung stehen. Angeblich soll das militärische Fernsprechnetz bestehen bleiben. Soweit die Wiederaufnahme erfolgt, ist in verhältnismäßig kurzer Zeit mit der zeitweisen Inbetriebsetzung zu rechnen.

Die schweizerisch-französischen Streitigkeiten.

Bern, 17. Okt. Der Bundesrat ließ am Mittwoch durch seinen Gesandten in Paris Poincaré seine Antwort auf die französische Note in der Zonenfrage erteilen. Die Note des schweizerischen Bundesrats bestreitet, daß die Schweiz sich den Verpflichtungen des Artikels 435 des Versailler Vertrages entziehen wolle. Sie stellt aber andererseits fest, daß der Artikel nur in dem Sinne geltend gemacht werden könne, dem die Schweiz zustimme. Solange seine Tragweite nicht geklärt sei, könnten die Verhandlungen kein befriedigendes Ergebnis haben. Unter den durch Frankreichs einseitiges Vorgehen geschaffenen Umständen könne der Bundesrat nicht weiterverhandeln. Der Bundesrat weist den Vorwurf einer dilatorischen Behandlung der Angelegenheit zurück. Er teilt Frankreich nochmals mit, daß die Genfer Handelskammer mit der Ausarbeitung eines neuen Konventionsentwurfes beschäftigt sei, der Mitte Oktober vorliegen werde. Schließlich schlägt der Bundesrat vor, die Streitfrage dem internationalen ständigen Gerichtshof im Haag oder irgendeiner anderen Schiedsinstanz zu unterbreiten, die der französischen Regierung genehm wäre, und zwar schlägt sie vor, die wesentlichen Streitpunkte folgendermaßen zu fassen: 1. Bestehen die Rechte, welche die schweizerische Eidgenossenschaft nach den Verträgen von 1815 und 1816 bis jetzt besaß, noch in Kraft? 2. Kann der letzte Absatz des Artikels 435 des Versailler Vertrages anders als in dem Sinne innerhalb der Grenzen eingehalten werden, wie sie vom Bundesrat in der Note vom 5. Mai 1919 umschrieben wurden? Die Note schließt: Frankreich und die Schweiz sind in gleicher Weise Mitglieder des Völkerbundes, zu dessen erhabensten Zielen es gehört, Streitigkeiten zwischen den Staaten unter Ausschluß von Gewalt einer gütlichen Lösung zuzuführen. Der Bundesrat gibt sich gern der Hoffnung hin, die Regierung werde bestrebt sein, die guten Beziehungen, die beide Staaten seit Jahrhunderten verbinden, aufrechtzuerhalten.

Die Besprechungen Dr. v. Hoeschs mit Poincaré.

tu. **Berlin**, 18. Okt. Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu behandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im einzelnen dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande sei, diese Finanzierung seinerseits vorzunehmen und hat im Zusammenhang damit auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzechen die Arbeit zwar zunächst wieder aufnehmen, aber schon nach wenigen Tagen infolge mangelnder Zahlungsmittel wieder aufgeben müßten. Nachdem die Unterstützungszahlungen des Reiches eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Subsistenzmittel dem Verhungern gegenüberstünden und daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angestellter anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betriebe der Kohlenzechen abhänge. Die deutsche Regierung sehe diese zwangsläufige Entwicklung klar vor Augen, stehe ihr aber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehne, machtlos gegenüber.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet kategorisch abgelehnt. Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Länderregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Weisungen gleichgültig seien und daß es ihm nur auf Tatsachen ankomme. Das allein Ausschlaggebende sei für ihn die erfolgte Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen. Er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. In welchem Maße die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig brächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zulassen, als bis der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

Die sächsischen Banken verweigern die Übernahme einer sächsischen Staatsanleihe.

tu. **Dresden**, 18. Okt. Die sächsische Regierung beschloß, dem Landtag den Entwurf des neuen Anleiheentwurfes zugeben zu lassen. Die Auflegung der Anleihe dürfte ein voller Mißerfolg des kommunistischen Finanzministers werden. Selbstverständlich wird kein Bürgerlicher zeichnen und sein Geld den Kommunisten anvertrauen. Die sächsischen Banken haben bereits die Übernahme der Anleihe rundweg abgelehnt.

Zum Konflikt mit Sachsen.

tu. **Berlin**, 18. Okt. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß das Vorgehen des Generals Müller vom Wehrkommando IV im vollen Einvernehmen mit der Reichsregierung und insbesondere dem Wehrminister erfolgt ist. Falls der General bis heute mittag eine Antwort auf das Schreiben von der sächsischen Regierung nicht erhalten wird, ist er angewiesen, sich weitere Weisungen von der Reichsregierung einzuholen.

Zeigner antwortet nicht.

tu. **Berlin**, 18. Okt. Ministerpräsident Dr. Zeigner hat auf das am 17. Oktober an ihn gerichtete Schreiben des Militärbefehlshabers des Wehrkreises IV, Generalleutnant Müller, in dem um eine unzweideutige Stellungnahme des Gesamtministeriums zu den Ausführungen des Ministers Böttcher gebeten wurde, innerhalb der gestellten Frist keine Antwort erteilt. Der Befehlshaber des Wehrkreises IV hat darauf am 18. Oktober mittags an den Ministerpräsidenten nachstehendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben vom 17. Oktober nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichswehrminister unterbreitet habe. Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung, gez. Müller, Generalleutnant.

Eine Unwahrheit des sächsischen Bolschewistenhäuptlings.

tu. **Berlin**, 18. Okt. Die von dem sächsischen Ministerpräsidenten in seiner gestrigen Rede aufgestellte Behauptung, daß Bayern wegen des Betriebsrätekongresses eine Note nach Berlin gesandt habe, wird von zuständiger Stelle als unrichtig bezeichnet. In maßgebenden Kreisen der Reichsregierung bedauert man, daß eine solche Nachricht von verantwortlicher Stelle ohne vorherige Prüfung weitergegeben worden ist. Das Reichskabinett hat sich gestern mit der sächsischen Lage befaßt und wird auch heute die Verhältnisse erörtern. Die Reichsregierung sieht der Entwicklung mit großer Ruhe entgegen.

Neue Gewaltakte der Franzosen.

tu. **Ludwigshafen**, 18. Okt. Die Zeche König Ludwig wurde von den Franzosen für die französische Regie beschlagnahmt. Von den Direktoren, Beamten und Arbeitern wurde eine Erklärung verlangt, daß sie mit der französischen Regie im besten Einvernehmen zusammenarbeiten wollen. Gegen diese widerrechtliche Besetzung der Zeche wurde vom Grubenverband und dem Bergbaulichen Verein, Einspruch erhoben. — Was natürlich nichts nützen wird.

Aus München

Ein Schlag ins Wasser.

München, 18. Okt. Der Generalstaatskommissar hat in einer Anordnung vom 18. Oktober 1923 die Vorsitzenden der Handelserlaubnisstellen ermächtigt, im Rahmen der bestehenden Vorschriften durch vorläufige Entscheidungen ohne Zuziehung von Beisitzern die Handels- und Ausfuhrerlaubnis zurückzunehmen und den Handel zu untersagen.

Eine Krautspende.

Vom Gemeinderat Ismaning wurde mitgeteilt, daß die Krauterzeuger Ismanings bereit seien, von jedem Tagwerk Kraut, das sie bauen, 2—3 Zentner dem Wohlfahrtsamt München für die bedürftige Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Es dürften bei 700—800 Tagwerk Kraut etwa 1875 Zentner in Frage kommen. Die Stadt nimmt von der hochherzigen Zuwendung Kenntnis unter dem Ausdrucke des herzlichsten Dankes.

Die „Kohlenpreissenkung".

Zu den Pressemeldungen über die Ermäßigung der Kohlenpreise schreibt die städtische Preisprüfungsstelle München: Es ist richtig, daß eine Werkspreisermäßigung, in Goldmark ausgedrückt, eingetreten ist. Nachdem hierdurch in weiten Verbraucherkreisen der Eindruck erweckt wurde, daß damit auch die Kleinverkaufspreise eine wesentliche Senkung erfahren würden, muß darauf hingewiesen werden, daß sich diese Annahme leider insofern als irrig erweist, als sich die Werkspreisermäßigung in Goldmark bei dem jetzigen hohen Dollarstand papiermarkmäßig ins Gegenteil verkehrt und die gleichzeitig eingetretenen ungeheuren Frachtsteigerungen nicht nur keine Ermäßigung der Kleinverkaufspreise gestatten, sondern bei steigendem Kurs noch eine wesentliche Verteuerung der Preise bewirken.

FAHNEN ✦ ARMBINDEN
aller Verbände, dauerhaft, schnellstens und billig
FAHNENFABRIK ARNOLD, COBURG (BAYERN)
Gegr. 1857 — Postfach 38 — Gegr. 1857

---

noch nachgeplappert, was die Kunstdiktatoren befahlen.

Die Schuld dieser Vergifter unseres Geschmacks und unserer Kunst soll nicht in Abrede gestellt werden, aber nicht geringer ist die Schuld der Gesellschaft, unserer „Gebildeten", die dem Feinde nichts entgegensetzen konnten und wollten: Jene haben bewußt oder unbewußt einem Ziele gedient — der Zermürbung des deutschen Geistes und dem Triumphe des jüdischen Imperialismus, diese aber haben nichts gefühlt, nichts erkannt, nichts gewollt und haben sich hier treiben lassen, genau wie sie sich dem Marxismus zutreiben ließen. Sie sind damit aus Armut an Willen und Ziel zum Werkzeuge feindlicher Zerstörung geworden.

Einmal freilich ist offen protestiert worden: es war während der glorreichen Eisnerschen Ära, als die von den Revolutionshelden beschlagnahmten „Münchner Neuesten Nachrichten" auf der ersten Seite die erstaunlichen „befreiten" expressionistischen Holzschnitte brachten. Da haben die Arbeiter auf der Straße über den Wahnsinn geschimpft und gelacht und sich den Humbug verboten. (Es ist mir nicht erinnerlich, daß unsere „kunstliebenden Kreise" je mit ähnlichem Erfolge aufgetreten wären.) Unterdessen ist unser Leben wieder „bürgerlicher" geworden und — der Schwindel mit der Kunst geht weiter.

Es wird künstlich eine entartete Künstlerschaft großgezogen, die volksfeindlichen Zielen dient, und künstlich wird der ehrlich Schaffende in wirtschaftliche und seelische Not gedrängt — zu Kompromissen oder zum Ausharren und Verhungern.

Es ist richtig: es darf vom Künstler erwartet werden, daß er, trotz aller Zwangslagen, sich treu bleibe. Wenige wissen aber, wie ernst die Gefahr namentlich für den jüngeren Künstler ist, wenn er sich vor die Wahl gestellt sieht, ausgestellt, belobt und verkauft zu werden oder zu darben!

Die Gesellschaft ist nicht in dieser Zwangslage: sie kann den Betrug ablehnen, das Wesensverwandte durch offenes Bekenntnis stützen und braucht dazu nichts weiter als den Entschluß zum offenen Bekenntnis ihrer Meinung. Dieses braucht weder etwas zu kosten, noch zieht es so unangeneme Folgen nach sich, wie es etwa wäre, wollte man einem hohen Minister oder gar einem Reichspräsidenten unlautere Absichten nachsagen. Es hat niemand, der sich Deutscher nennen will und irgendwie in Beziehung zur Kunst steht, das Recht, auch hier die Dinge gehen zu lassen, wie sie wollen: vom Künstler allein wird die Gesundung nicht kommen — die Gesellschaft muß das Gute anerkennen und den Betrug ablehnen, sei es durch die Presse, durch entsprechendes Verhalten zu guten oder schlechten künstlerischen Veranstaltungen oder auf jede andere Weise. Die Meinung setzt sich schon durch, wenn sie erst ausgesprochen wird. Das ist wahrlich nicht zu viel verlangt und es ist an der Zeit, daß wir uns endlich als mündig ansehen, selbst uns die Meinung bilden, den Mut fassen, diese auszusprechen und es uns verbitten, daß uns Steine statt Brot gegeben werden.

Eine aufrichtige Freude aber wird uns auch der Futurismus und der Dadaismus schenken: das ist der Augenblick, da es dem genasführten Schieber und Spießer aufgehen wird, daß er mit seiner „Kapitalsanlage" in Kunstwerken südöstlicher Richtung gewaltig begaunert wurde! Möchte dieser Augenblick bald kommen.

Otto von Kursel.

*

Die Graphische Sammlung setzt in einer zweiten Serie die Ausstellung von Neuerwerbungen des letzten Jahres fort. Ausgestellt sind zumeist Werke aus dem Münchener Künstlerkreise, die der Sammlung durch Ankauf oder Pflichtablieferung zugingen.

Musikrundschau

Das Eröffnungskonzert der Münchener Konzertgesellschaft für Chorgesang war ganz J. S. Bach gewidmet. Um es vorweg zu nehmen: ein glänzender Erfolg, und nicht nur von Publikums Gnaden. Das Streben der Konzertgesellschaft innerhalb der Spielzeit nur deutsche Werke aufzuführen, verdient volle Anerkennung. Und so begrüßen wir auch den Erfolg, welchen die Vereinigung mit ihrem ersten Konzert errang und wünschen nur, er möge ihr Ansporn und Aufmunterung sein, die Pflege deutscher Kunst mit ähnlichem Einsatz von Energie und Ernst fortzusetzen, wie sie es jetzt unter der Leitung Dr. Hans Rohrs begonnen hat.

Die auf der Vortragsfolge stehenden Werke Bachs sind wohl mit Rücksicht auf die Schwere der Gegenwart gewählt worden. Der Kampfgeist und hohe religiöse Idealismus der Choralkantaten „Gott der Herr ist Sonn' und Schild" und „Ein' feste Burg ist unser Gott" können gerade für unsere Tage wieder die nationale Kraft jener Zeit heraufbeschwören, wo ein Zweiter Friedrich gegen eine Welt von Feinden im Felde stand.

Die Tragkraft und Ausdrucksweise der Bachschen Kunst (als Symbol des streitenden und siegenden Preußentums im Geiste Luthers und damit des damals kleinen völkischen Deutschlands) zeigte sich gerade in diesen beiden Choralkantaten auch für unser im schwersten völkischen Kampf ringendes Vaterland mit prophetischer Gewalt. Wer hätte bei dem Schlußchoral der Festkantate Nr. 80 nicht jenes Geistes einen Hauch verspürt, der damals sang: „Das Wort sie sollen lassen stah'n und keinen Dank dazu haben / Er ist bei uns wohl auf dem Plan mit seinem Geist und Gaben / Nehmen sie uns den Leib, Gut, Ehr', Kind und Weib / Laß fahren dahin / Sie haben kein' Gewinn / Das Reich muß uns doch bleiben."

Man kann der Konzertgesellschaft für das Bekenntnis zu dieser Kunstwelt zu Beginn ihrer diesjährigen Konzertzeit nur dankbar sein. Sie stellte damit ihre Kraft in den Dienst zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes im Geiste Bachs und seiner Zeit. Der große Erfolg, den sie mit diesem ersten Konzert erzielte, mag für sie die Gewähr sein, daß sie mit ihren Bestrebungen auf dem rechten Weg ist.

Das Hauptverdienst am Gelingen des ersten Konzertes gebührt wohl größtenteils dem neuen Leiter der Konzertgesellschaft, Dr. Hans Rohr. Seine unbestritten hohen künstlerischen Fähigkeiten werden von einer gediegenen technischen Durchbildung unterstützt, die ihm eine mühelose Beherrschung auch eines so großen Apparates wie er diesmal aufgeboten war, gewährleistete. Der Chor der Konzertgesellschaft hat unter seiner Leitung die gute alte Tradition sorgfältig gepflegt und weiter ausgebaut. Seine Leistungen verdienen, besonders was die fugierten und durchimitierten Einleitungssätze der Choralkantaten anlangt, alles Lob. Der Knabenchor des Theresien-Gymnasiums (unter Professor Weinzierl) löste seine Aufgabe als Ripienchor im Rahmen der zweiten Kantate gleichfalls ausgezeichnet.

Die Solisten des Abends: Margarethe Burkard-Rohr, Kammersängerin Anna Erler-Schnaudt, Julius Glaß und Joseph Kleinböhl sicherten den Arien und Duetten der Choralkantaten ihre ganze tiefe Wirkung bis zum letzten Ausdruck.

Zwischen den Kantaten stand das Violinkonzert E mit Streichern und das berühmte Brandenburgische Konzert Nr. 5 für Klavier und Orchester. Der Violinpart besorgte Joseph Peischer, der Konzertmeister des Kölner Gürzenichorchesters, mit seiner bekannten außerordentlichen technischen Sicherheit und hochmusikalischen Auffassung. Walter Braunfels am Flügel, Paul Stammann (Flöte), Herbert Erlenwein (Continuo), das Konzertvereinsorchester, alle gaben ihr Letztes, um den zahlreichen, begeisterten Zuhörern (unter denen man auch den Generalstaatskommissar v. Kahr bemerkte) die Bedeutung und innere Meinung der Vortragsfolge zu beweisen.

Vom Klavierabend des uns wohlbekannten Schweizers Professor Emil Frey konnte ich leider nur das modernisierte Orgelkonzert D von Friedemann Bach und Beethovens Hammerklaviersonate hören. Beide mit überragender Technik, vielleicht nicht ganz nach „Münchener Tradition" gespielt. Aber das ist ja kein Fehler.

Dr. B.

Die Pflanzenbegleiter des Menschen. Man weiß, daß, wo Buchen und Kiefern wachsen, auch bestimmte Pflanzen zu finden sind. Was aber weniger bekannt ist, das ist, daß auch der Mensch seine Pflanzenbegleiter hat. Darauf weist R. H. Francé in dem neuesten Kosmosbändchen „Die Entdeckung der Heimat" hin. Die gemeine Wegbreite, die man in Süddeutschland Wegerich nennt, ist in den nordamerikanischen Prärien so betraulich den Europäern gefolgt, daß die Indianer sie die „Fußspur des weißen Mannes" nennen und überall, wo sie sie finden, mit Sicherheit darauf schließen, daß dort, und wenn auch vor vielen Jahren, einmal Fremdlinge aus dem Osten hausten. Die lieblich blühende Wegbreite und die duftende Kamille sind nun eigentlich die schönsten unter den Menschenbegleiterinnen; die übrigen sind alle Auswürflinge, oft giftig, stets verdächtig und gemein. Die Brennessel gehört dazu und der übelriechende Gänsefuß, Mäusegerste, Glaskräuter, Vogelknöterich, auch der abscheuliche Schierling, das stinkende Bilsenkraut und der abenteuerliche Stechapfel, der sich, vielleicht nicht ganz freiwillig, an die Zelte der Zigeuner auf der ganzen Welt, von China bis Deutschland, heftet.

Wohnungsbau durch Arbeitsschuldbriefe. In Gildenhall bei Altruppin ist der Versuch gemacht, die Siedlungskosten durch Arbeitsleistungen zu decken und den Siedler durch Tilgungsarbeit in den Besitz des Heims zu setzen. Jeder Siedler muß sich verpflichten, während der ersten fünf Jahre jährlich 250 Arbeitsstunden in den zur Siedlung gehörigen Betrieben unentgeltlich zu leisten, um die gemeinsamen Kosten für Straßenbau, Schulbau, Gartenanlagen u. dgl. zu decken. Der Kaufpreis des Heims ist auf 4000 Arbeitsstunden festgesetzt. In den ersten zehn Jahren sollen im ganzen mindestens je 400 Arbeitsstunden geleistet werden, von denen in den ersten fünf Jahren 150 zur Tilgung der Kosten des Heims dienen; in den zweiten fünf Jahren 400.

Buchbesprechung

Mutterland. Nationalsozialistische Zeitschrift zur Festigung des Zusammenhangs aller deutschen Stämme. Herausgegeben von Prof. Dr. Richard Suchenwirth. 3. Jahrgang, Folge 9, August 1923. Verlag Dr. Richard Suchenwirth, Wien 17, Hernalser Gürtel 45. Das vorliegende Heft unserer Parteifreunde aus Österreich befaßt sich mit der Entwicklung unserer Partei seit der Augusttagung in Salzburg und enthält einen Aufsatz „Der Glaube an Hitler", der folgendermaßen schließt: „**Der Glaube an Hitler ist nicht als Byzantinismus gegenüber einer Person aufzufassen. Er ist der urhafte Trieb eines zerschlagenen Volkes nach neuer Ehre, deren Möglichkeit es immer mehr in der Gestalt des bayerischen Führers erahnt.**"

Der Skalde. 1. Jahrgang, Nr. 4. Diese neue deutsch-völkische Zeitschrift, herausgegeben von Kurt Kerlen, für die Schriftleitung verantwortlich Wulf Bley, Verlag Skaldenverlag, G. m. b. H., Berlin S.W. 11, Bernburgerstraße 13, bringt mit ihrer vorliegenden Nummer einen beachtenswerten Aufsatz eines Frauenarztes über Fruchtabtreibung. — Volksverderb! Auch zwei andere Aufsätze: „Der Tod Kircherers", von Knut Flemming und „Jüdische Germanistik und Kritik", von Richard Albert sind äußerst lesenswert.

Die Schönheit (Verlag Richard A. Giesecke, Dresden-A. 24) geht im 9. Heft ihres 19. Jahrganges bildhauerischem Schaffen nach, indem sie das Werk August M. Schreitmüllers würdigt. Schreitmüllers Plastiken stellen den Menschen in seiner Dreigestaltigkeit dar, in seiner Beziehung zum Menschen, zur Natur, zum Göttlichen. C. Höfer-Abekings Aufsatz dem eine Anzahl prächtiger Abbildungen beigegeben sind und der ein tiefes Einfühlen in die Art Schreitmüllers zeigt, gewährt einen guten Einblick in sein Leben und Schaffen. Eine Novelle von Adele Naumann-Benedix, „Feiertag des Lebens", leitet über zu einer kurzen Abhandlung Joh. Guttzeits, eines bekannten Vorkämpfers für natürliche Lebensweise. Von seiner Seelenbeobachtung zeugt Dr. F. Wallischs bebilderter Aufsatz „Lola Ehre", der darlegt, wie die Künstlerin durch die Art der Bekleidung der Entwicklung ihrer Wesensart Ausdruck verleiht. Eine Anzahl künstlerischer Aufnahmen menschlicher Körperschönheit vervollkommnen das Heft, das durch Gedichte und kleinere Prosabeiträge angenehm unterbrochen wird.

Eberhard König, „Wehe mein Vaterland Dir!" Verlag Erich Matthes, Leipzig, 1923. — Eberhard König gehört zu denjenigen vaterländischen Dichtern, die schon vor und während des Krieges es unternahmen, unserem Volke ins Gewissen zu reden. Aus der vorliegenden Sammlung wollen wir die Gedichte „Quousque tandem", „Letzte Hoffnung", „In letzter Not", „Was unser war", und „Wetter nochmal!" nennen, welch letztes die Herrschaft des Judentums in Deutschland mit den rechten Worten angreift. Eberhard König ist einer der wenigen heutigen Dichter, die wissen, was sie ihrem Vaterlande schuldig sind und die nicht müde werden, durch ihre Kunst zu einem Wiederaufstieg Deutschlands mitbeizutragen.

Dr. Hermann Walsemann, „Das ABC und das LMR der Bildung", Heft 9 der Reihe „Deutsche Erziehung". Deutscher Erziehungsverlag, Plön i. Holstein, G.Z. 30 Pf. — Dr. Walsemann bekämpft in seiner Schrift mit Recht die vierjährige Grundschule. Er möchte ein viertes Schuljahr nur eingerichtet wissen für Kinder, welche noch nicht schulreif sind und diese Reife in einem Jahre durch den Besuch einer Spielschule erlangen sollen. Dabei setzt sich der Verfasser mit den Erziehungsgedanken Lockes, Rousseaus, der Herbart-Zillerschen Schule und neuerer Pädagogen auseinander. Bei dem Elend und der Verwahrlosung unseres gegenwärtigen Schulwesens freut man sich über die gesunden und praktischen Anschauungen des Verfassers. Nur seine Abteilung des Wortes Element von den drei Buchstaben LMR geht daneben, sonst aber kann seinen Ausführungen fast durchwegs zugestimmt werden.

Münchener Beobachter

Stimmen aus dem Volke

In einer Zuschrift heißt es: Man muß sich heute fragen, was eigentlich aus Deutschland werden soll. Die Vernichtungspolitik von Berlin kann doch so auf keinen Fall weiter gehen, denn der kleine Geschäftsmann ist bereits zum großen Teil zugrunde gerichtet, und jetzt soll ihm auch noch das letzte Hemd vom Leibe geholt werden. Alle paar Tage, selbst wenn der Dollar sinkt, geben die Preise für Lebensmittel in die Höhe. Bahn und Post treiben dieselbe Vernichtungspolitik, denn die Fracht ist vielfach höher als der ganze Wert der Sendung.

Außerhalb Münchens stehen Villen hundertweise mit bis zu 20 Zimmern, die unbenützt sind. Erst hieß es: Zieht aufs Land, damit in der Stadt Platz wird. Wer jetzt draußen wohnt, kann die hohen Preise nicht zahlen für die Bahnfahrt. Ich kann überhaupt nicht verstehen, weshalb man die Gauner, Schieber und das landfremde Gesindel nicht dahin schafft, wohin sie gehören. Die neuen eisernen Leitungsmasten der Überlandzentrale in der Umgebung von München wären ganz vorzüglich für den gedachten Zweck geeignet; hoch, luftig und würden gleich einem halben Dutzend auf einmal Platz bieten.

Wie lange soll dieser Schwindel und diese Ausbeuterei noch dauern? Rafft der Deutsche sich nicht bald auf und sagt, bis hierher und nicht weiter, dann hat er es verdient, den Börsenbanditen, Schiebern, Gaunern, Vaterlandsverrätern und Volksausbeutern ausgeliefert zu sein."

Eine andere Zuschrift besagt:

„Die Biersieder sind sogar in ihrer Ehre gekränkt, wenn man sie an der Volksausbeutung hindert, und da hat Herr von Kahr natürlich das „große Unrecht", das er diesen Herren angetan hat, eingesehen. Das arme Volk muß dieses Unrecht mit 300—450 Millionen per Liter wieder gut machen. Warum beschlagnahmt man die Lagerhäuser der Biersieder nicht? Getreide von 1921 und 1922 liegt noch unverbraucht da. Auch auf den Getreideböden der Bauern ist das der Fall. Die Bauern geben das selbst zu. Solche haben zu mir schon oft gesagt: „Hängt eure Lumpen auf, droben in München. Ihr werdet dann sehen, zu essen habt ihr genug." Ein anderer, der fragt mich wieder: Sag mir nur, warum diese Teuerung? Es ist ja alles da, wie früher auch." Die Bauern können diesen Schwindel nicht begreifen. Die Juden und Dr. Heim sind bei den Bauern heute zwei untrennbare Dinge; denn sobald sie über die Juden schimpfen, geht es über Heim ebenso los. Ebenso wollen sie auch von Wutzlhofer nichts wissen.

Ein Bündel Holz kostet jetzt viele Millionen und das arme Volk ist zum Frieren verurteilt, dem Gesindel aber geht es gut. Fort mit dieser Verbrecherbande, entweder an den Galgen oder Köpfe weg! Ist das deutsche Volk wirklich so versumpft und so verblödet, daß es sich seiner Peiniger nicht entledigt?

*

Die barbarische Grausamkeit des jüdischen Schächtens

Gerade in der gegenwärtigen schweren Zeit, wo sich wegen Unerschwinglichkeit der Preise die allerwenigsten Menschen noch ein Stückchen Fleisch leisten können, dürfte die Feststellung nicht uninteressant sein, daß die Zahl der sogenannten jüdisch rituellen — „koscheren" — Schlachtungen nicht nur in keiner Weise abgenommen, sondern im Gegenteil verhältnismäßig sogar zugenommen hat. Es bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger als einen vermehrten Zustrom des jüdischen Elements. Wenn aber nun schon der Strom der orthodoxen oder „strenggläubigen" Juden, welche auf „koschere" Nahrung Wert legen, ein immer breiterer wird, um wieviel größer muß der Zustrom der Juden „freier Richtung" sein, denen die Nahrung „trefe", Nebensache, der Rebbach aber Hauptsache ist.

Wie bekannt, genießt der orthodoxe Jude, wenn anders möglich, nur koscheres Fleisch, das ist solches Fleisch, welches von solchen Tieren stammt, welche von einem unter Aufsicht des jüdischen Seelsorgers (Rabbiners) stehenden Schächter getötet und von demselben für koscher befunden wurde.

Dieses Schächten ist eine Grausamkeit, gegen welche sich jedes Menschlichkeitsgefühl sträuben muß.

Die zur Schächtung bestimmten Rinder werden an den Hörnern an ein Aufzugsseil gebunden und mit der Winde so weit in die Höhe gezogen, bis sie mit ihren Füßen den Boden fast nicht mehr berühren. Hierauf werden die Vorderfüße unter dem Kniegelenk mit einem kurzen Strick fest und knapp zusammengebunden. Das gleiche geschieht hierauf mit einem längeren Strick an den Hinterfüßen. Das Ende des letzteren Strickes wird dann durch die zusammengebundenen Vorderfüße gezogen, so daß alle vier Füße ganz nahe zusammenkommen. Dies hat zur Folge, daß dann das Tier zusammenstürzt. Hierauf werden die Hörner vom Aufzugseil losgebunden. Liegt dann das Tier auf dem Boden, so wird ihm der Kopf mit einer hierzu eigens konstruierten Gabel niedergedrückt. Der Schächter schneidet nun mit einem etwa 60—70 Zentimeter langen, haarscharf geschliffenen Messer, jedoch ohne Spitze, ungefähr unter den Ohren den Hals mit einem Schnitt bis zur Wirbelsäule durch. Das Tier bleibt dann sich selbst überlassen, bis es verblutet ist. Dies dauert oft ziemlich lange Zeit, besonders bei beängstigten Tieren, bei denen sich die durchschnittenen Venen konvulsivisch zusammenziehen, wodurch der Austritt des Blutes verzögert wird. Bei manchen Tieren hört man fortgesetzt, oft noch geraume Zeit nach Vollzug des Schächtschnittes, ein nachgerade herzzerreißendes gurgelndes Röcheln. Zudem tun manche Schächter, wodurch das Tier noch mehr gequält wird, ihr übriges dadurch, daß sie unmittelbar nach dem Schächtschnitt, also wenn das Tier noch bei vollem Bewußtsein ist, mit der Hand in der Wunde herumwühlen, wahrscheinlich um zu untersuchen, ob die Kehle vollständig durchtrennt ist.

Man muß sich immer wieder von neuem fragen, warum, was im vormaligen Königreich Sachsen und auch in der Schweiz möglich war, nicht auch bei uns in Bayern durchführbar sein sollte, nämlich die Erlassung eines allgemeinen Schächtverbotes, das ist der Aufhebung einer Einrichtung, welche nicht bloß allen Gefühlen der Menschlichkeit und Gesittung widerspricht, sondern auch ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr erfüllt.

Der Durchbruch des Prinzips des Schächtens erhellt am besten daraus, daß nach jüdischem Ritus für Schächtzwecke ausschließlich nur unbeschädigte, also auch nur nichtkastrierte Tiere verwendet werden sollten. Nun lehrt aber die Tatsache unwiderleglich, daß für diese Zwecke zum weit überwiegenden Teile nur Ochsen Verwendung finden. Wo bleibt also da die Konsequenz?

Im übrigen haben bisher wohl sämtliche Kulturstaaten der Welt nie gezögert, selbst gegen religiöse Gebräuche, falls sie gegen die allgemeinen Verkehrssitte und Moral verstießen, energisch Front zu machen. Um so mehr muß gegen eine unter dem Deckmantel religiöser Einrichtung geübte, allen Menschlichkeitsgefühlen Hohn sprechende Grausamkeit eingeschritten werden.

*

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Gegen Island dringt ein umfangreiches Sturmfeld vor, das einen tiefen Ausläufer bis nach der Biscaya-See entwickelt. Es ist anzunehmen, daß derselbe eine Drehung um das Depressionszentrum ausführen und dabei auch unser Gebiet noch in Mitleidenschaft ziehen wird.

Wettervorhersage für Freitag, den 19. Okt.: Pfalz, Nordbayern zunehmende Trübung, auffrischende Winde aus Süd, Niederschläge in Aussicht, Südbayern zunächst Föhnlage.

*

Neue Brotpreise. Die Bäcker-Zwangsinnung schreibt: „Wir geben hiermit bekannt, daß infolge der fortgesetzt steigenden Mehlpreise, von 25,5 Milliarden auf 38 Milliarden, ist gleich 67%, und der sonstigen Preissteigerungen ab Donnerstag, den 18. Oktober 1923, kosten: eine Semmel 18 Millionen, ein Pfund Brot 160 Millionen.

Gesperrte Kartoffellieferung nach Bayern. Aus den Mitteilungen des St.R. Würz im Stadtrat erfuhr man, daß Ostpreußen und Schlesien die Ausfuhr von Kartoffeln nach Bayern gesperrt haben, daß anderseits aber das Reichsernährungsministerium den Antrag der Stadt München, die Viehtransporte über die bayerischen Zentralmärkte zu leiten, um das auswärtige Händlertum in Bayern einzudämmen, zum wiederholten Male abgelehnt hat. — Wir meinen, wenn die lieben Landsleute in Ostpreußen und Schlesien auf dem Standpunkt stehen, daß sie ihre Kartoffeln selber verzehren wollen, dann müssen sie uns Bayern auch zubilligen, daß wir unser Vieh im eigenen Lande behalten und nicht von jüdischen Schmusern aus allen Teilen des Reiches zu ihrer eigenen Bereicherung wegtransportieren lassen wollen.

Warenzurückhaltung? Die Fraktion der N.S.P. brachte im Stadtrat folgende Dringlichkeitsanfrage ein: Eine starke Erregung bemächtigte sich gestern (am 17. Oktober) der Einwohnerschaft über das Verhalten der hiesigen Metzger und anderer Geschäftsinhaber, die in Erwartung einer weiteren ungeheuren Preissteigerung ihre Waren absichtlich zurückhielten. Wie wir erfahren, sollen die Räume der Gefrierhalle mit Fleischvorräten überfüllt sein. Was gedenkt der Stadtrat gegen solche Geschäfte zu unternehmen, die zum Zwecke der wucherischen Ausbeutung der Einwohnerschaft Waren zurückhalten.

Die kochende Volksseele. Am Mittwoch nachmittag hatten zwei Metzgermeister am Viktualienmarkt die neuen, sehr erheblichen Fleischpreise ausgehängt, was Anlaß gab zu einer Ansammlung von etwa 200 Personen, die in allen Tonarten über den Wucher, über die Regierung usw. schimpften. Die Polizei zerstreute schließlich die erregte Volksmenge.

Milderung der Winternot. Mit diesem Thema beschäftigte sich der Stadtrat in seiner Hauptausschußsitzung. Der Referent, R.R. Dilble, hält die Einrichtung von Wärmestuben nicht für notwendig, da sich bereits früher ihre Notwendigkeit nicht erwiesen habe, und die damals bestehenden drei Wärmestuben wegen zu geringer Inanspruchnahme geschlossen werden mußten. (Der Herr Rechtsrat vergißt, daß die Nöte des kommenden Winters mit den vorausgegangenen nicht verglichen werden können.) Sollte sich die Einrichtung von Wärmestuben wirklich als notwendig erweisen, könnten im Benehmen mit der Wirtevereinigung sicherlich Wirtschaften zu diesem Zwecke bereitgestellt werden.

Auch ein Ausbau der Suppenanstalten sei nicht notwendig, da die bestehenden Anstalten (gegenwärtig 25) noch lange nicht die Besucherzahl aufweisen, die befriedigt werden könnte. In den vorhandenen Anstalten könnten im Notfalle bis an 25 000 Personen gespeist werden. Die Hauptsache sei, für diese Anstalten die Vorräte zu beschaffen, da sie gegenwärtig nur für kurze Zeit eingedeckt sind. Der Referent beantragte zu diesem Zwecke die Bereitstellung von 3 Billionen aus Mitteln der Stadt, was auch genehmigt wurde. Woher man allerdings die 3 Billionen nehmen soll, darüber wußte niemand Bescheid. Beim Landwirtschaftsministerium ist Vorstellung dahin erhoben worden, an die Suppenanstalten Naturalien zu liefern. Die im Besitze des Komitees für Wärmestuben befindliche Wärmestube auf der Kohleninsel soll wieder eröffnet werden, in Verbindung mit einer Suppenanstalt, in der etwa 1000 Personen werden gespeist werden können.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze. Die Erwerbslosenunterstützung für München wird rückwirkend ab 10. Oktober wie folgt erhöht: Männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 165 000 000 M.; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 130 000 000 Mark; c) unter 21 Jahren 100 000 000 M. Weibliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 130 000 000 M.; b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 110 000 000 Mark; c) unter 21 Jahren 75 000 000 M. Familienzuschläge für: a) den Ehegatten 60 000 000 M.; b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 50 000 000 Mark. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums wird an sämtliche in Unterstützung stehende Erwerbslose eine Vorschußzahlung in der Höhe der Wochenunterstützung geleistet, wie sie sich nach den ab 10. Oktober 1923 gültigen Unterstützungssätzen errechnet. Der Vorschuß wird ab 17. Okt. d. J. auch außerhalb des gewöhnlichen Zahltags ausbezahlt.

Zwecklose Anmeldungen zur türkischen Armee. Das Schweizerische Generalkonsulat in München gibt bekannt: Seitdem für deutsche Staatsangehörige wieder die Möglichkeit besteht, ohne Einschränkungen in die Türkei zu reisen, laufen bei den türkischen Vertretungen massenhaft Anfragen von deutschen Staatsangehörigen wegen Eintritt in die türkische Armee ein. Die türkische Abteilung des schweizerischen Generalkonsulates München weist deshalb darauf hin, daß nach den hier aus der Türkei vorliegenden Mitteilungen die Aufnahme von Ausländern in die türkische Armee gegenwärtig nicht in Frage kommt. Alle diesbezüglichen Anfragen können zukünftig nicht beantwortet werden.

Massenkündigungen. Der Verband bayerischer Kleiderfabriken hat den sämtlichen Angestellten zum 31. Oktober gekündigt. Als Grund wird angegeben, daß infolge der hohen Steuern, Arbeitslöhne und Absatzstockung eine Fortführung der Betriebe unmöglich sei.

Zurückhaltung von Rauchwaren. Der Zigarrengeschäftsinhaber Johann Ernst an der Bayerstraße in München deckte sich im Jahre 1922 mit Rauchwaren aller Art weit über Bedarf ein, hielt große Mengen Zigarren und Zigaretten in preistreiberischer Absicht zurück und verkaufte diese Waren, deren Preis inzwischen gewaltig gestiegen war, zu Überpreisen an seine Kunden. Die Steuerzeichen (Banderole) fälschte Ernst, um einen erlaubten Verkaufspreis vorzutäuschen. Zur Anzeige gebracht, wurde er vom Wuchergericht zu 3 Monaten Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die beschlagnahmten Waren im Werte von vielen hundert Milliarden Mark wurden eingezogen.

Auch ein Zeichen der Zeit. Man schreibt uns: Wie herrlich weit wir es gebracht haben, ergibt sich auch aus folgender Tatsache: Der Bayer. Industriellenverband verleiht seit Jahren an langjährige Angestellte und Arbeiter in industriellen und kaufmännischen Betrieben in Anerkennung ihrer Verdienste je nach der Dienstzeit die goldene und silberne Medaille des Verbandes. Diese Auszeichnungen wurden bisher in einer gedruckten Liste namentlich aufgeführt und im Interesse sowohl der Angestellten als auch der Firmen, in deren Diensten sie standen, in Tages- und Fachzeitschriften veröffentlicht. In diesem Jahre hat nun der Industriellenverband von der druckmäßigen Herstellung und Veröffentlichung einer solchen Liste mit Rücksicht auf die hohen Kosten Abstand genommen. Das ist umso bedauerlicher, als die Bekanntgabe solcher Auszeichnungen einerseits die Tatsache beweisen würde, daß trotz aller Hetzereien in zahlreichen Betrieben ein langjähriges Dienstverhältnis und zwischen Angestellten und Prinzipal ein gutes Einvernehmen besteht. Anderseits würden dadurch Arbeitgeber und Angestellter in gleicher Weise geehrt.

Schmiergelderunwesen. Ein hiesiger Kommerzienrat bekundete dieser Tage in einer landgerichtlichen Verhandlung als Zeuge, daß, wenn man bei den Berliner Behörden etwas haben wolle, man dort mit Schmiergeldern arbeiten müsse. — So tief sind wir also im neuen Deutschland gesunken. — Germania, verhülle dein Angesicht!

Amtliche Bekanntmachungen im „Staatsanzeiger" über Grundsätze für die Anstellung der Inhaber eines Versorgungsscheines, über Verwendung von vergälltem Branntwein zu Heilzwecken, über Gebühren für Untersuchungen u. Gutachten der bakteriologischen Untersuchungsanstalten, über die Entschädigung der Beamten bei auswärtigen Dienstgeschäften und für getrennte Haushaltführung, über die Vergütung von Umzugskosten an Staatsbeamte, über den Preis der Katasterpläne und Übersichtskarten, über Stellennachweis für bayerische geprüfte Lehrerinnen im Staatsministerium fr Unterricht und Kultus in München.

Geldstrafen nach der Goldmarkberechnung. Wie wir vernehmen, ist ein Gesetz in Vorbereitung, wonach Geldstrafen in Zukunft nach dem Kursstand des Tages der Urteilsverkündung bzl. des Vollzuges bemessen werden. Aus diesem Grunde wird auch der Vollzug von Urteilen, in denen auf Geldstrafe erkannt wurde, vorerst eingestellt, bis das neue Gesetz in Kraft ist.

Ausschüsse beim Wohlfahrtsamt. Der Christl.-Nat. Vereinigung für Sozialrentner Bayerns wurden auf Antrag vom Stadtrat 3 Sitze in den Ausschüssen beim Wohlfahrtsamt eingeräumt.

Zum Kapitel „Politische Überzeugung". Herr Stadtrat Niedermeier schickt uns namens der Stadtratsfraktion der U.S.P. folgende Zuschrift: „Sie bringen unter der Überschrift „Der billige Rathaus-Jakob in der Schrannenhalle" wiederholt zum Ausdruck, daß Stadtrat Preis zur U.S.P. hinübergewechselt sei. Wir stellen fest, daß Stadtrat Preis nicht Mitglied der Partei oder Fraktion der U.S.P. ist, sondern Ende vorigen Jahres zu den Mehrheitssozialdemokraten übergetreten ist."

Wir nehmen von dieser Mitteilung um so lieber Kenntnis, als sie das „Wechseltalent" des Stadtrats Preis in einem noch eigentümlicheren Lichte erscheinen läßt.

Der jüdische Bankenunfug auch auf dem Lande. Die Chiemgauer Volksbank, A.-G., Traunstein, beabsichtigt auf dem ihr gehörigen Anwesen in der Marienstraße in Traunstein eine drahtlose Funkenstation einzurichten. Durch diese Station ist die Bank in der Lage, ihrer Kundschaft jeweils die allerneuesten Devisennotierungen zur Verfügung zu stellen. Die drahtlose telephonische Übermittlung erfolgt so schnell, daß bereits 15 Minuten nach Notierung des Kurses in Neuyork der Dollarkurs in Traunstein bekannt sein wird.

Dazu schreibt uns ein Leser: „Traunstein scheint sich zu einem Börsenplatz entwickeln zu wollen, und bald wird es sich mit London, Neuyork usw. messen können. Nur eines macht mir Kopfzerbrechen, wer denn in Traunstein die Kundschaft sein könnte, der zuliebe man solche Einrichtungen schafft. Allerdings ist der Ort ein gewisser Durchgangspunkt nach den bekannten Kurorten Bad Reichenhall und Salzburg, und letzten Endes ist Traunstein ja selbst solch ein Kurort. Aber meines Wissens ist die Saison längst zu Ende. Für wen dann nachher diese drahtlose Funkenstation? Ein Pfund Brot kostet 160 Millionen, und die hiesige Arbeiterschaft studiert, wie sie die Mittel zur Anschaffung dieses lebenswichtigen Produktes aufbringt, nachdem ein Hilfsarbeiter z. B. in der vergangenen Woche zirka 3,2 Milliarden, wovon er aber nur 2½ Milliarden in die Hand bekam, verdiente. Aus Arbeiterkreisen wird also niemand zu der Kundschaft der Chiemgauer Volksbank zählen.

Die Schaffung der Institution eines Generalkommissariats ist meines Erachtens sehr zweifelhafter Natur. Wenn Dr. v. Kahr eine Politik im Interesse des werktätigen Volkes führen wollte, dann müßte er Maßnahmen ergreifen, die in ihren Wirkungen den Intentionen der gegenwärtigen Regierungsära zuwiderlaufen. Wenn man einen Raum gründlich reinigen will, geht es nie ohne Umstellung der darin befindlichen Möbelstücke ab. Auch wird es sich dabei als notwendig erweisen, manches davon überhaupt ganz zu entfernen, wenn der Zweck der Reinigung erreicht werden und die Wirkung derselben eine anhaltende bleiben soll."

Diese „Umstellung der Möbelstücke" in dem hier angedeuteten Sinne wird aber Herr Dr. v. Kahr nicht vornehmen — dessen sind wir gewiß.

Die Herbstdult, die am 20. Oktober beginnt und gewöhnlich 8 Tage dauert, wird heuer um 8 Tage verlängert. Die Schausteller haben beim Stadtrat ein darauf abzielendes Gesuch eingereicht mit der Begründung, daß ihnen bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen der Besuch entfernt liegender Volksfeste nicht mehr möglich sei. Der Stadtrat hat dem Gesuch entsprochen.

Ein Familien-Kompagniegeschäft. Eine Schuhmacherswitwe, eine bekannte Taschendiebin, war ihrer „ehrlichen" Arbeit müde geworden und hielt deshalb Ausschau nach einem Teilhaber. Durch eine Eingebung fiel ihr Blick auf ihren 6 Jahre alten Sohn, der für sie im Alter eine würdige Nachfolge werden sollte. Sie nahm den Knaben, den sie zuvor richtig belehrt hatte, mit auf das Feld ihrer Tätigkeit, wo er Proben seiner Leistungsfähigkeit zeigen sollte. Die Erstlingsarbeit war dort das Stehlen einer leeren Margarinekiste. Nachdem die erste Probe gelungen, das Lampenfieber beseitigt war, mußte er Spezialarbeit, den Taschendiebstahl, leisten. Der erste solche Versuch mißlang. Beim zweiten Versuch hatte der Junge durchschlagenden Erfolg — es war eine wohlgefüllte Brieftasche. Nur hatte der Junge bei der Arbeit das Pech, daß ein Kriminalbeamter stiller Zuschauer war. Mit rauher Hand zerstörte dieser den ersten Erfolg und nahm Mutter und Kind fest. Bei der Einvernahme gestand die Frau selbst mehrere Diebstähle zu, darunter einen einer braunen Brieftasche mit 46 Millionen Mark am Viktualienmarkt vor 4 Wochen. Mitteilungen dieser Bestohlenen Fundamt Polizeidirektion.

Kommunistisches Werbematerial. Die Polizei läßt den Kommunisten keine Ruhe und vergönnt ihnen nicht, wenn Genossen aus Berlin zur Linderung der Not ihren Genossen in München Altpapier schicken zum „Weitervertrieb". In einem Anwesen beschlagnahmte die Polizei eine Menge frisch eingetroffener Plakate, Broschüren und Flugblätter.

Kleine Chronik. Im Bahnhof Wolnzach wurden 3 Säcke grüner Hopfen gestohlen. — In Markhof bei Schleißheim wurde ein Magnet, Nr. 8500, Wert 500 Milliarden, gestohlen. — Aus der Pfarrkirche Kirchtal bei Seeg wurde eine Heiligenfigur, darstellend den heiligen Rochus, Wert 30 Milliarden, gestohlen. — Aus einer Kapelle bei Wasserburg wurde eine Gruppenstatue: Muttergottes, hl. Elisabeth und Jesukind, Wert 300 Milliarden, gestohlen. — In der Wittmannstraße (Berg am Laim) stürzte ein 35 Jahre alter Maurer von einem Gerüst ab und erlitt Rückenverletzungen und einen Unterschenkelbruch.

Vaterländischer Familienabend. Die bayer. Unteroffiziersvereinigung aller Waffengattungen des früheren Heeres hielt am Mittwoch, den 17. Oktober, im Veteranensaal des Mathäserbräu einen wohlgelungenen Familienabend ab. Außer vielen ehemaligen Unteroffizieren mit ihren Angehörigen waren anwesend der Vorsitzende der Deutschamerikanischen Gesellschaft, Rebhan, mit Mitgliedern seiner Vereinigung, mehrere Ostafrikaner und Vertreter der Auslandstruppen so wie des Frontkriegerbundes, ferner Admiral Vollerthun. Der Hauptteil des Abends sah einen vorzüglichen Lichtbildervortrag von Hauptmann d. R. von Scherbening vor, welcher das Leben unserer größten und zukunftsreichsten Kolonie Deutsch-Ostafrika und seine wirtschaftliche Bedeutung vor Augen führte. Bilder aus den schweren Kriegsjahren machten mit den fast unglaublichen Leiden und Kämpfen unserer weißen und schwarzen Schutztruppler bekannt, deren Leistungen bei weitem den berühmten Zug der zehntausend Griechen übertreffen, welchen Xenophon uns überliefert hat. Die Höchstzahl der Ostafrikakämpfer betrug 16 000, die Zahl der Feinde war höher denn 350 000. Und trotzdem hat sich die Heldenschar siegreich bis zum schmählichen Waffenstillstand behauptet. Es ist ein erhebendes Gefühl, zwischen diesen Pflanzern und Soldaten einige Stunden zu verbringen, die all ihr Hab und Gut draußen verloren haben, und die trotzdem mit mehr Mut an Deutschlands Wiederauferstehung glauben als mancher, der noch keine Opfer gebracht hat.

Im zweiten Teil des Abends trug Herr Spielleiter Basil mit markiger Stimme Fichtes „14. Rede an die deutsche Nation" und einige Worte von Görres aus dem „Rheinischen Merkur" vor, welche einen tiefen Eindruck hinterließen. Zum Schluß sprach Kamerad Hütter zwei wirkungsvolle Gedichte, „Der Droschkengaul" und „Der tote Grenadier", welche die ganze Ehrlosigkeit unserer Zeit mit scharfen Worten bloßstellte.

*

Beerdigungen

am 19. Oktober.

Südfriedhof: Anna Zink, Kaufmannswitwe, 67 J., 10½ Uhr.

Ostfriedhof: Maria Metzger, Straßenbahnführerstochter, 17 J., 2½ Uhr; Therese Schwanburg, Zeitungsträgerin, 55 J., 2 Uhr; Therese Wagner, Taglöhnerswitwe, 77 J., 2 Uhr; Kath. Wünschl, Sägerswitwe, 65 J., 2¼ Uhr; Maria Stumpf, Sicherheitskommissärsgattin, 42 J., 2¼ Uhr; Emilie Birngruber, Pfarrerswitwe, 80 J., 3¼ Uhr; Therese Aigner (M. Ansolga), Barmherz. Schwester, 21 J., 2¼ Uhr; Wilhelm Schönert, Lithograph, 92 J., 10 Uhr, Feuerb.; Georg Schwindt, Privatier, 82 J., 10½ Uhr, Feuerb.; Franz Nürnberger, 2 J. 10 Mt., 1¾ Uhr.

Nordfriedhof (Schwabing): Viktoria Legl, Privatiere, 79 J., 3 Uhr; Franz Holzmann, Dienstmann, 64 J., 2¾ Uhr.

—

Hausbesitzer, Mieter und Untermieter

Aus Hausbesitzerkreisen wird uns geschrieben: Sosehr die Bekanntmachung des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 28. September 1923 im Interesse der durch die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen schwer geschädigten Hauseigentümer zu begrüßen ist — wenn sie früher gekommen wäre, hätte sie diese die Allgemeinheit erregende Wirkung nicht in dem Umfange haben können —, so sehr gibt die allgemeine Fassung der Ziffer 5, Abs. 2, welche von der Pflicht des Mieters spricht, die „Restschuld", welche sich be ider Abrechnung und Gegenüberstellung der Instandsetzungsleistungen

Abteilung „Roßbach" München

der S.A. der N.S.D.A.P.

Roßbach endlich frei!

Anläßlich der Freilassung unseres Roßbach aus 32wöchiger, schmachvoller Haft in Leipzig findet

Freitag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, im Löwenbräukeller

eine Feier für Angehörige des Deutschen Kampfbundes statt. Es sprechen:

Herr Adolf Hitler und

Herr Oberleutn. Roßbach

Anschließend:

Vaterländische Darbietungen

unter anderem der Deutsche Tag in Nürnberg im Film, Schlageterfilm. Musik: Kapelle des Nat.-soz. Regiments München, Musikmeister Demmel.

(Infolge des Verbots öffentlicher Kundgebungen ist der Zutritt nur gegen Vorweis von Einladungskarten oder Ausweisen der Kampfbundorganisationen und der N.S.D.A.P. gestattet.)

Der Abteilungsführer: Heines.

Opfer des Wahnsinns

von J. A. Rodionoff.

7

Die Männer und Weiber plötzlich stumm geworden, packten eilig ihre Sachen und drängten zum Ausgang.

„Wir geh'n schon von selbst — wir geh'n ja schon — was schleppt Ihr uns? Haben wir nicht selbst Beine? Was? Wir sind nicht ohne Beine..." sagte schon in anderm, versöhnlicherem Ton das Weib: „Ech, wie sie hier..."

„Maul halten!" schrie der Offizier nochmals.

„Ich bin ja schon still! Warum denn nich..." murmelte dasselbe Weib nur noch halblaut und verließ hinter ihren Gefährten das Abteil.

„Ach Gottchen, ach Gott-Väterchen! So ist das hier. So sind die hier! Da hat man mit Recht gesagt: — Kosaken! Kosakenland! Ach Gottchen!"

„Nun, nun, red' du man da noch viel. Ich werde dir schon kommen... 'raus mit dir! Wie lange soll ich noch warten?... schrie der Offizier sie wieder an.

„Ja, ich schweige ja schon. Was soll ich hier noch reden? Ach du lieber Herr Jesus..." sagte das zungenfertige Weib, welches einsah, daß ihr nichts anderes übrigblieb, als zu gehorchen, schon ganz bescheiden, und verließ seufzend mit ihren Körben und Bündeln den Wagen.

Diese Passagiere wurden mit einem Häufchen anderer Leute, die aus den anderen Wagen herausgesetzt worden waren, unter Kosakenbedeckung weggeführt.

Erst jetzt erriet Jurik, warum die keifende, verwahrloste Menge, die niemanden gehorchte und alle bedrohte, so eilig und rechtzeitig an der vorhergehenden Station den Zug verlassen hatte.

Nur die Unerfahrenen, die noch nicht wußten, daß am Don noch Gesetz und Ordnung herrschten, waren sitzen geblieben.

Und Jurik sowie den drei anderen Passagieren wurde plötzlich fröhlich zumute. Sie atmeten erleichtert auf, als ob ein schwerer Druck, der bisher nicht nur ihr Tun und ihre Bewegungen, sondern sogar ihre Gedanken gehemmt hatte, mit einemmal von ihnen genommen wäre.

„Das gefällt ihnen nicht", stieß einer der Mitreisenden zwischen den Zähnen hervor und wies, halb spöttisch, halb traurig, mit dem Kopfe nach den Bauern und Weibern, die von den Kosaken eben vom Bahnsteig getrieben wurden.

„Ech, ... das ist ja das Traurige, daß niemand mehr da ist, der sie durchprügelt. Ohne Peitsche wissen sie nicht, wo sie hingehören ... sind doch nichts anderes als gedankenloses Vieh." Vieh."

Er seufzte schwer und versank, ohne den Blick vom Fenster zu lassen, in tiefes Nachdenken.

Schon lange hatte dieser Passagier Juriks Aufmerksamkeit erregt.

Es war ein Unteroffizier, etwas über Mittelgröße, sauber und akkurat im Uniformmantel, mit zwei St. Georgius-Kreuzen auf der Brust.

Schon von Moskau an hatte er während der ganzen Reise mißbilligend auf das Geschwätz um ihn herum gehört, sich aber selber mit keinem Worte eingemischt und nur ab und zu mit seinem Kameraden, der fast unbeweglich in einer Ecke des Abteils lag, geflüstert.

Anscheinend war der letztere ein als Soldat verkleideter Offizier, der, gleich tausend anderen, in dieser Maske nach weniger gefährdeten Gebieten Rußlands floh, um sein armseliges Leben zu retten.

„Wohin geht die Reise? Dienstlich?" fragte den Unteroffizier ein gesprächiger älterer Militär, der schlagfertig und gutmütig schon die ganze Zeit über die Bolschewisten spottet hatte.

„Nun ja — — wir wollen zu unserem Kommandeur, mein Regimentskam'rad un ich. Unsern Kommandeur suchen wir."

„Wo ist er denn?"

„An der kaukas'schen Front."

„Ach, du liebe Zeit! Was reden Sie da? Kaukas'sche Front, die hat's 'mal gegeben. Ist längst futsch, vollständig futsch."

Der Unteroffizier schwieg, und seine hellen, blaugrauen Augen starrten trübselig zum Fenster hinaus. Er hatte ein schmales, blasses Gesicht, gerade Nase, ein lockiges, blondes Bärtchen und helle wellige Haare.

„Mütterchen Rußland ist futsch, nich' bloß die Front", murmelte er leise, ohne den Blick vom Fenster zu wenden. Eine wehe Klage lag in seiner Stimme.

„Von wo kommen Sie denn?"

„Von der Nordfront. Wir standen vor Riga."

„Ja, warum sind Sie denn fort von dort?"

„Wir waren bei der Maschinengewehrabteilung, so an die neunzig Mann, in unserem Regiment. Wir also — wir kämpften ehrlich gegen die Germanen. Aber im Regiment — diese Komitate und Versammlungen, und natürlich nichts als Unordnung kam da 'raus. Krieg führen wollten sie nicht mehr, und uns ließen sie auch nicht. Wir schliefen sogar bei unseren Maschinengewehren. Unser eigenes Regiment hat uns beschossen. Die meisten haben sie tot gemacht, manche sind ausgerissen. Höchstens dreißig Mann sind davongekommen. Ach, auch soviel werden's nicht mal sein."

Der Unteroffizier sprach in ruhigem, einförmigem Ton, so wie man eine Geschichte erzählt oder ein gleichgültiges Gespräch führt. Doch hinter dieser Maske spürte man ein tiefes, verhaltenes Leid.

„Und Euer Kommandeur, wo ist er? War er gut?"

„Zum schlechten würden wir nicht fahren. Streng war er, ein richtiger, echter Kommandeur, wollte kämpfen, wie sich's gehört. Na, unser Geschmeiß hat ihn denn auch 'rausgegrault. Er hat im Kaukasus ein anderes Regiment übernommen."

Der ältere Militärbeamte schüttelte seinen runden, kurzgeschorenen Kopf.

„Na, im Kaukasus ist's auch nicht besser."

Der Unteroffizier seufzte leise.

„Wo ist es denn jetzt gut? Nirgends. Wir aber von der Maschinengewehrabteilung, wir fahren alle zu ihm. Wir fürchten, daß sie ihm noch was zu leide tun. Na, und wenn Gott wirklich ihm den Tod bestimmt hat, dann haben wir's untereinander ausgemacht — dann sterben wir mit ihm! ... Was sollen wir sonst?"

„Ihr findet ihn nicht, Euren Kommandeur."

„Wir finden ihn schon," antwortete der Unteroffizier nach einer Weile leise, aber überzeugt — „tot oder lebendig, ganz gleich, aber finden werden wir ihn schon."

„Was ist denn jetzt überhaupt noch für Dienst? Gibt's gar nicht mehr. Die Bolschewisten haben alles abgeschafft. Jetzt muß man sehen, daß man nach Hause kommt. Sie haben doch Familie?"

„Wieso denn nicht? Natürlich!" antwortete der andere wortkarg und unlustig. „Was heißt jetzt Familie, wo Rußland verloren geht!"

Man fühlte dem ruhigen, stillen Mann die Würde an. Wie vorher saß er in sich gekehrt auf seinem Platz und wünschte anscheinend nicht, das doch nutzlose Gespräch weiterzuführen.

Je weiter Jurik fuhr, um so deutlicher und klarer fühlte er, daß er dort irgendwo da hinten im Norden die russische Hölle zurückgelassen hatte, daß dort die ungewaschenen, flegelhaften, unglaublich unverschämten, frechschnäuzigen, zweibeinigen Wesen zurückgeblieben waren, diese vom Hochmutsteufel besessenen, gemeinen, niederträchtigen, unduldsamen Wesen, die alle göttlichen und menschlichen Gesetze umwarfen. — Daß er all ihren Schmutz und Gestank hinter sich gelassen hatte und ihre scheußlichen, unflätigen Redensarten nicht mehr zu hören brauchte und heraus war aus dem undurchdringlichen Wirrwarr, den sie überall, wo sie hinkamen, verbreiteten, denn sie lechzen nur nur nach Blut, Gewalttätigkeiten und fremdem Hab und Gut. —

Jetzt saß er auch russisch-rechtgläubigen Leuten gegenüber, die hatten aber keine Spur von Ähnlichkeit mit jenen, die dort im Norden, hinter der verhängnisvollen Grenze, zurückgeblieben waren.

Schon die Gesichter sahen bei diesen sauberer aus, sie blickten einen offen an, waren reinlich, schlank gewachsene Gestalten, ruhig, höflich, besonnen, gut gekleidet, nicht verwahrlost, benahmen sich mit Anstand und fluchten nicht.

„Also so sind sie, die freiheitsliebenden Kosaken", dachte Jurik voll Entzücken und Dankbarkeit.

Er kam sich wie ein Mensch vor, der aus einem fürchterlichen Kerker entronnen, wo man ihn jede Stunde, jede Minute beleidigt und gequält, ihm unerträgliche, geistige Martern bereitet hatte, und der nun, nachdem er all dies Entsetzen hinter sich gelassen, vor Rührung und Dankbarkeit hätte weinen mögen und Gott danken, daß er wieder frei atmen und sich bewegen und denken und sprechen konnte und die Sonne, den Himmel und die Erde und alles Schöne, das sie barg, begrüßen durfte.

In Nowotscherkask quartierte sich Jurik in dem ersten besten, ziemlich schmierigen, aber billigen „möblierten Zimmer" ein, das er auftreiben konnte.

Er besah sich in den ersten Tagen das nicht sehr große Städtchen, brachte dann aber fast seine ganze Zeit auf dem Bahnhof zu, um die Ankunft der Seinigen zu erwarten.

Die Züge aus dem Norden kamen überfüllt mit flüchtender Bourgeoisie. Das proletarische Rußland verfolgte diese voller Wut und Grausamkeit. Sie kamen ermattet, abgestumpt, eingeschüchtert und ausgeraubt an. Doch seine Mutter und seine Schwesterchen waren nicht darunter. Die Flüchtlinge erzählten erschütternde Dinge von Strapazen, Demütigungen und Verspottungen, die sie von den neuen Herrschern Rußlands hatten erdulden müssen.

VIII.

Das kleine Kosakenstädtchen machte auf Jurik einen eigentümlichen Eindruck.

Noch auf der Fahrt nach Nowotscherkask hatte er aus den Fenstern des Zuges in der Ferne über den Hügeln der Steppe, die Giebel und die goldene Kuppel, der von der untergehenden Sonne rosig angehauchten, prächtigen und majestätischen weißen Kathedrale gesehen.

Wie ein stolzer Schwan schien sie da am blauen Himmelsgewölbe zu schwimmen.

Man hatte den Eindruck, als ob dieser wunderbare Dom ganz einsam inmitten der Steppe stand.

Und auch jetzt noch kam es Jurik vor, als ob die kleine, gemütliche Stadt, die sich auf steilen Hügeln ausbreitete und fast nur aus Villen, Gärten und Alleen bestand, ihres wunderbaren Gotteshauses wegen erbaut worden war, und nicht das Gotteshaus für die Stadt.

Alles, was mit der blutigen Räuber- und Mörder-Regierung nicht einverstanden war, alles, was beleidigt, beraubt und verfolgt wurde, rettete, wenn es noch die Möglichkeit zu fliehen fand, sein Leben hierher. Sie kamen aus allen Teilen des großen, seines Hauptes beraubten, dem Tode geweihten Rußland.

Hierher flohen Gutsbesitzer, Fabrikherren, Kaufleute und Beamte, hierher flohen von den zusammenbrechenden Fronten die unglücklichen Opfer des Verrates, den Gutschkow und Kerenski begangen hatten, — die armen, gemarterten Offiziere, Generale, Junker, Kadetten, Professoren, Leute aus allen möglichen Berufen und viel studierende Jugend.

Weit öffnete der Don den russischen Flüchtlingen seine gastfreien Tore und gewährte allen Zuflucht.

Diese unglücklichen Leute, die mit fanatischer Grausamkeit von fremden Eindringlingen aus ihrer ererbten Heimat vertrieben worden waren, setzten ihr ganzes Hoffen, ihr ganzes Vertrauen einzig und allein auf den Ataman Kaledin und seine Don-Kosaken, erhofften von deren Patriotismus, Tapferkeit, Standhaftigkeit und Opferwilligkeit die Rettung und Auferstehung Rußlands, das sie sich selbst aus der Hand hatten gleiten lassen, und es der teuflischen Nachgier der abscheulichen, fremdblütigen Eindringlinge überlassen, die es ausplünderten und vollständig zerstörten.

Als Jurik ankam, lebte Nowotscherkask noch beinahe in seiner alten russischen patriarchalischen Art und Weise.

Die Straßen waren fast leer, die Vorübergehenden manierlich, sauber, ja sogar elegant gekleidet, unterhielten sich leise und würdevoll, man hörte kein pöbelhaftes Gekreische und keine Schimpfworte, und des Abends saß alles ruhig zu Hause. Jurik kam das sehr erstaunlich vor. Aber diese innere Würde, dies manierliche Benehmen gefiel ihm, hauptsächlich deswegen, weil er hier nicht einen der widerlichen Flüche hörte, die im gesetzlosen, verwahrlosten Rußland beständig und ohne jegliches Schamgefühl in den Mund genommen wurden, die ganze Luft verpesteten, einem in den Ohren gellten und durch ihre Unflätigkeit ihm das ganze Leben beschmutzten und verekelten.

Jurik, der in seinen intimsten Gefühlen und Idealen verletzt, an allem irre geworden und von den schauerlichen Wirrwarr-Ereignissen der letzten Tage ganz ermattet war, kam hier wieder zur Besinnung, erholte sich und stärkte sein erschüttertes Gemüt. (Fortsetzung folgt.)

ergibt, dem Vermieter in jedem Falle sofort zu begleichen", zu Bedenken Anlaß.

Denn diese, dem alten Hausbesitzerstande gegenüber als gerecht anzusprechende Lösung wird ungerecht, wenn sie auch den neuen Miethauseigentümern zuteil wird, so viel letztere, durch Zeitumstände begünstigt, unter dem Wert solche Gebäude erworben haben.

Sie führt in solchen Fällen geradezu zu einem unberechtigten Vermögensvorteil dieser einzelnen Eigentümer auf Kosten der Allgemeinheit oder wenigstens eines großen Teiles derselben.

Auch die Formulierung der Zuschläge für Untervermietung von Räumen in der vorliegenden Fassung der Ziffer 7 kann nicht als glückliche Lösung angesprochen werden.

Ich möchte den weiteren Ausführungen den nachfolgenden Gedanken als grundlegend voranstellen:

Zunächst ein mir bekanntes Beispiel: Einer nur auf Grund seiner „Geschäftstüchtigkeit" die Lage eines bisher vermögenslosen Menschen [illegible] durch einen Zufall Eigentümer eines aus großem Vor- und Rückgebäude bestehenden Rentenhauskomplexes geschenktweise geworden ist und damit bis dahin nichts recht etwas anzufangen weiß. Der geschäftstüchtige deutsche Staatsbürger bringt es fertig, daß jener unerfahrene Mensch diesen Gebäudekomplex im Schätzungswert von mindestens 275 000 Goldmark für etwa 275 000 Papiermark im Frühjahr 1922 verkauft. Er läßt nun nur wenig zugunsten der Mieter richten, und das Wenige nur gezwungen. Ein Teil der Mieter ist deshalb gezwungen, das Geld aus eigenen Mitteln in die verwahrlosten Wohnungen zu stecken. Aber selbst da, wo der neue Hauseigentümer machen lassen muß, verschiebt er zum Teil — trotzdem er recht vermögend ist — immer wieder, so daß die schließlich zum Teil im September durchgeführte Reparatur erheblich höhere Kosten erfordert. Also durch seine Schuld!

Ich möchte die Frage offen lassen, ob ihm vielleicht auf irgendeinem Wege davon Kenntnis zukam, daß eine Regelung, wie sie in der Bekanntgabe des Sozialministeriums getroffen wurde, bevorstand und er deshalb sich schnell entschloß, gewisse Reparaturen vornehmen zu lassen. Diese Möglichkeit liegt sehr wohl im Bereiche der Wahrscheinlichkeit.

Sollen alle Mieter des Vor- und Rückgebäudes, die meist den minderbemittelten Schichten angehören, ihm auch diese Reparatur-Mehrkosten außer den selbst aufgewandten Ausgaben schenken — eine andere Bezeichnung dürfte im vorliegenden Falle nicht am Platze sein —, so [illegible] Parteien zu leisten schließlich sich gezwungen sah, weil sie sich zu wehren verstanden.

Teile des deutschen Volkes, und noch dazu der durch den Krieg verarmten, sollen nun also mit ihren knapp zum Leben ausreichenden Mitteln einem Spekulanten den mit Papiermark erworbenen Goldwert zu einem vollwertigen Vermögens-Goldwert machen? War das der Zweck der Bekanntgabe des Ministeriums für soziale Fürsorge? Wohl kaum! Und darum bedarf jene Ziffer 5 dringend der Abänderung. Es ist nicht zu leugnen, daß dem Hauseigentümer durch die jetzige Wohnungswirtschaft und den Untermieterzwang dadurch Schaden zugefügt wird, daß ein erheblicher Mehrverbrauch an Wasser, Mehrabnützung von Öfen, ja, ganzer Wohnungen, Mehrkosten an Kaminkehrergebühren usw. entstehen. Diese dem Hauseigentümer zu vergüten, ist nicht mehr als recht und billig.

Die Friedensmieten sind auf dem Grundsatz der Einfamilienwohnung aufgebaut.

Durchaus falsch und nach den Grundsätzen von Treu und Billigkeit meines Erachtens nicht gestattet wäre es aber, wollte ein Hauseigentümer an den eventuellen Wuchermietpreisen, wie sie heutzutage leider teilweise für möblierte Zimmer verlangt werden, mit teilhaben.

Dagegen erscheint es als gerecht, wenn er einen bestimmten prozentual zur Gesamtmiete der Leerwohnung auszudrückenden Zuschlag erhält für jede Person, die nicht zur engeren Familie (Frau und Kinder) des Hauptmieters gehört.

Und wie sollte gerechterweise die Reparaturkostenfrage für die Zeit vom 1. Januar 1923 bis 30. September 1923 geregelt werden?

Hier sollte grundsätzlich der gemeine Friedenswert und der Ankaufswert (bei Ausländern der Friedensmietwert der Valuta) maßgebend sein.

Nur diejenigen Hausbesitzer, welche ihr Anwesen zum Friedensvollwert erworben haben bzw. die Lasten der Kriegs- und Nachkriegszeit zu spüren bekamen, sollten auch das Recht haben, die Mehrkosten von den Mietern ersetzt zu verlangen, die anderen nur dann, wenn der Erwerbspreis und die Reparaturmehrkosten den Friedenswert übersteigen, und dann nur in Höhe des übersteigenden Restmehrbetrages.

In Frage kommen nur Erwerbungen von Miethäusern bzw. vermieteten Objekten nach der Zeit des Beginns des Verfalls unserer Währung, also nach der Revolution. Man könnte den Rahmen vielleicht noch enger ziehen.

Die Entscheidung, ob ein Hausbesitzer im Streitfalle berechtigt ist, den Mehrbetrag an Instandsetzungskosten aus der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1923 von den Mietern vergütet zu erhalten, wäre den Mieteinigungsämtern oder den Amtsgerichten zuzuweisen.

Zwecks Herbeiführung dieser Entscheidung hätte der Hauseigentümer der entscheidenden Instanz vorzulegen:

1. den notariellen Kaufvertrag,
2. Rechnungsaufstellung nebst Belegen über die ausgeführten Reparaturen und angefallenen Instandsetzungszahlungen (soweit schon in den Mieten enthalten gewesen),
3. Liste der Friedensmieten.

Die Entscheidungsinstanz wird auf solche Weise in der Lage sein, den Anspruch des Hauseigentümers auf Ersatz zu prüfen, und ein großer Teil der Bevölkerung wird mit Befriedigung feststellen, daß die Regierung bestrebt ist, in sozial gerechter Weise die Lasten zu verteilen.

Aus dem Gerichtssaal

Ein Warenhausschwindler. Der Versicherungsangestellte Johann Koch wollte einen seiner [illegible] durch einen Schwindel. Er begab sich im August ins Kaufhaus Tietz, suchte sich einen feinen Haarhut zum Preise von 9,5 Mill. Mark aus, fälschte den Kassenzettel und bezahlte an der Kasse 500 000 Mark. Da ihm dies so gut gelang, ging er vom Kaufhaus Tietz direkt zum Kaufhaus Oberpollinger und führte dort ein gleiches Manöver, indem er einen Schal zum Preise von 8 375 000 Mark kaufte, wiederum die Millionenzahl 8 auf dem Kassenzettel entfernte und nur 375 000 Mark bezahlte. Diesmal entdeckte man aber den Schwindel noch rechtzeitig bei der Kontrolle an der Warenabgabestelle, worauf er festgenommen wurde. In der am Landgericht München I stattgefundenen Verhandlung mußte der Angeklagte [illegible] 2 Monat Gefängnis verurteilt, wobei er für 2 Monat Bewährungsfrist zugebilligt erhielt.

Der falsche Rechtsanwalt. Am 30. September, anläßlich des Jägerfestes, lernte der schon wegen Betrugs vorbestrafte verheiratete Repetitor Dr. Otto Sentpaul von Hildesheim im Gasthause zum Spöckmeier [illegible] Oberammergau kennen. Er stellte sich diesem als Rechtsanwalt vor. Vertrauensvoll erzählte nun die Ehefrau dem Herrn Doktor, daß gegen sie in Passau eine Beleidigungsklage anhängig sei, die [illegible] mit einer Freiheitsstrafe geendet habe [illegible]. Der Herr Doktor erklärte sich hierauf, daß er in Passau den Vorsitzenden wie den Staatsanwalt sehr gut kenne, und er werde deshalb für sie ein gutes Wort einlegen. Behufs Übernahme der Verteidigung fuhr er nun nach Oberammergau, um dort angeblich nähere Erkundigungen einzuholen. Bei dieser Gelegenheit ließ er sich sofort einen Vorschuß von 3000 M., ließ sich Fahrt, Zeche und Übernachten bezahlen. Am Tage der Verhandlung fuhr der Herr Doktor mit der Ehefrau nach Passau, wurde dort aber nicht als Rechtsanwalt, sondern nur als Zuhörer in den Verhandlungsraum [illegible] seine Tätigkeit entfaltete. Durch den vorgemachten Schwindel schädigte er die Eheleute um den Geldbetrag von insgesamt 8000 M. In der schöffengerichtlichen Verhandlung betitelte der Staatsanwalt den Angeklagten als einen Hochstapler und Schwindler und beantragte [illegible] Gemeinheit der Tat eine Gefängnisstrafe von drei Monaten, welchem Antrag das Gericht stattgab. Nicht uninteressant dürfte sein, daß der Angeklagte seine Konferenzen während der Fahrt im Speisewagen des Schnellzuges und in hiesigen Weinhäusern auf Kosten seiner Partei abgehalten hatte.

Ein gemeiner Kerl. Der 54 Jahre alte Schlosser Jakob Schuster begegnete am 4. Februar, nachts, einem unbescholtenen Dienstmädchen, welches erst seit einigen Wochen in München war und keine Lokalkenntnisse besaß. Er schloß sich dem Mädchen gegen ihren Willen an und stellte an dasselbe unsittliche Zumutungen. Als er abgewiesen wurde, ließ Schuster nicht ab [illegible]. Als ihn nun das Mädchen neuerdings [illegible] das Mädchen einen des Weges kommenden Herrn um Schutz. Als dieser den Schuster zur Rede stellte, bedrohte ihn dieser mit dem Messer. Einem dazukommenden Schutzmann erklärte Schuster, das Mädchen habe ihm einen Tausendmarkschein gestohlen und wiederholte auf der Polizeiwache seine Anschuldigung. Die Behauptung stellte sich als völlig aus der Luft gegriffen heraus. Wegen falscher Anschuldigung verurteilte ihn das Schöffengericht [illegible]. Auf die Berufung des Amtsanwaltes erhöhte das Landgericht die Strafe auf sechs Monate und eine Woche Gefängnis.

Ein Kommunistenzug. Am 9. August, [illegible] Führung des ledigen Schlossers Eduard Wolf von Tennesberg, Bezirksamt Vohenstrauß, ein aus etwa 30 jugendlichen Kommunisten bestehender Zug in Marschordnung durch die Pestalozzistraße gegen den Sendlinger-Tor-Platz. Als der Zug bei der Einmündung der [illegible] von Polizeibeamten aufgehalten wurde, rief Wolf den Zugsteilnehmern zu, sie sollten nicht auseinanderlaufen, sondern geschlossen nach Hause gehen. Als Wolf [illegible] festgenommen werden sollte, [illegible] Begleiter zu [illegible] Widerstand, [illegible] dem Beamten der Helm vom Kopf geschlagen. Das Volksgericht München I verurteilte den Angeklagten zur Gefängnisstrafe von drei Wochen.

Bayern

Am Siechenbette der Bayerischen Volkspartei

Der Schlag ins Wasser, als welcher sich der Versuch, die völkischen Kampfgemeinschaften zu spalten, erwiesen hat, ist der Bayer. Volkspartei natürlich sehr peinlich geworden, und der „Bayerische Kurier" setzt deshalb seine Verhetzungspropaganda im alten Stile weiter fort. Zwar entspricht dieses Blatt immer weniger dem [illegible] der verständigen Öffentlichkeit, [illegible] neuesten Stilblüten dieses famosen Blattes [illegible]. Zunächst glaubt der „B. K." feststellen zu können, daß die Opposition zu Kahr nur [illegible] der „Reichsflagge", [illegible] des Bundes „Oberland" im Ernstfalle [illegible]. Dieses schreibt der „B. K." am Montag. Am Tage vorher aber hatte in Nürnberg die Vertretertagung des „Bundes Oberland" stattgefunden unter Beteiligung von Bevollmächtigten aus dem gesamten Deutschen Reiche. Hier wurde einstimmig Herrn Hitler das unerschütterliche Vertrauen ausgesprochen und ihm erneut die politische Führung [illegible] des „Bundes Oberland" übertragen. Der fromme Wunsch des „Bayerischen Kuriers" [illegible]. Köstlich [illegible] der „B. K." sagt nämlich: „Die Entwicklung Hitlers und seiner Partei sollten eine Warnung für die gesamte nationale Bewegung [illegible] Innerpolitik im Stile der bisherigen politischen Parteien zu treiben. Dazu braucht man keine vaterländischen Verbände, man kann dies ruhig den politischen Parteien überlassen. Die vaterländischen Verbände [illegible] Parteigeiste [illegible] größeren [illegible] noch eine [illegible] ist als die schlechteste Politik der politischen Parteien."

Am Sonntag, den 21. Oktober 1923, vormittags 10 Uhr

Wiederholung

der Morgenaufführung im Gärtnerplatztheater des nationalsozialistischen Dramas

„Heilig' Land"

(Ein Schicksal der Zeit)

in drei Akten und zwei Zwischenszenen, veranstaltet von der Gruppe „Bühne und Film" in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Spielleitung und Darstellung von den Mitgliedern der Gruppe „Bühne und Film". Der Ertrag fließt der Bewegung zu. Vorverkauf ab Dienstag, den 16. ds., täglich zwischen 12 und 2 Uhr nur in der Geschäftsstelle, Corneliusstraße 12.

An alle Parteiangehörigen sowie an die Vaterländischen Kampfverbände ergeht hiermit Einladung.

Man wird zugeben müssen, daß diese Sprüche ein klassisches Beispiel für die Bayer. Volkspartei-Taktik geben. Also: alle die nationale Begeisterung, alle die deutschen Tagungen und deutschen Feiern, welche unsere Bewegung seit 4 Jahren ermöglicht hat, sollen eine Warnung für das erwachende Deutschland sein. Um Politik zu treiben, soll man nur die alten bewährten Parteien walten lassen. Mit anderen Worten: vertraut euch wie bisher der Führung der Bayer. Volkspartei an und das Himmelreich wird euch sicher sein. Die Vaterländischen Verbände wollen aber gerade Deutschland von diesem parlamentarischen Parteisumpfe reinigen. Deshalb müssen sie allen diesen Parteien, die uns, sei es durch bewußten Verrat, sei es durch Feigheit, in den Schmutz gebracht haben, den Kampf erklären. Zugleich aber muß die vaterländische Freiheitsbewegung, will sie überhaupt von dauerndem Werte sein, nicht nur negativ das heutige politische System ablehnen, sondern sie muß durchdrungen sein von einem neuen politischen, dem Wesen der Gegenwart und dem Sehnen unserer Besten entsprechenden neuen Staatsgedanken. Wenn die Bayer. Volkspartei den Vaterländischen Kampfverbänden glaubt einreden zu müssen, daß sie unpolitisch sein sollten, so ist der Zweck natürlich durchsichtig: nämlich, sie dem völkischen Staatsgedanken abwendig zu machen, der selbstverständlich ein neues politisches Ideal aufstellt. Deshalb ist die Bayer. Volkspartei auch tief entrüstet, daß die Vaterländischen Verbände Münchens nochmals die Forderung nach dem Rücktritt Dr. Schweyers und Wutzlhofers erheben, weil dies eine politische Forderung sei und ein „Löken wider die Staatsautorität" bedeute. Zu diesem Punkt haben wir zu erklären: Den Rücktritt Schweyers haben wir von jeher aus allgemein völkischen Gesichtspunkten heraus als eine immer empfundene Notwendigkeit gehalten. Denn es ist wahrhaftig beschämend, einen Innenminister zu besitzen, welcher an einem Tage die Kommunisten zu den Hochverrätern zählt, am nächsten Tage aber ruhig zusieht, wie die rote Fahne von der Bavaria flattert, und der später erklärt, die Ruhe und Ordnung seien nirgends gestört worden. Wenn wir die Dinge nur vom Standpunkt der Partei betrachten würden, so könnten wir sagen, daß uns der Dr. Schweyer bis zu einem gewissen Grade nur angenehm gewesen ist; denn dank seiner in ihren Auswirkungen offenkundigen antinationalen Politik ist die nationalsozialistische Bewegung außerordentlich gestärkt worden, weil man ja bekanntlich vielfach das Wesen einer Sache erst durch ihren stärksten Kontrast in ihrer richtigen Perspektive erschaut. Vom parteipolitischen Standpunkt aus könnte also Dr. Schweyer noch längere Zeit Minister sein. Aber da er tatsächlich in unseren Augen ein entwürdigendes Beispiel eines parlamentarischen Regierungssystems bildet, so können wir von den Bezirksvereinen Münchens die Schärfe ihrer Forderung nur zu gut verstehen; daß die Bayer. Volkspartei sehr entsetzt ist, ist begreiflich und zeigt dadurch, als wie rein parteipolitisch die Stellung des Dr. Schweyer betrachtet wird.

Wucherbekämpfung durch die Post

Die Postverwaltung hat auf Veranlassung des Generalstaatskommissars strengste Weisung an das Postpersonal ergehen lassen, sich an der Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums durch dauernde Überwachung des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs tatkräftig zu beteiligen und namentlich auf die Fälle von Kettenhandel, Warenzurückhaltung, Schleichhandel, verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und wilden Handel ein scharfes Auge zu haben. — Nutzt's nichts, so schad't's nichts!

Die Dementierspritze

Wir hatten in Ausgabe 188 eine Anfrage, wohlgemerkt eine Anfrage an die bayerische Staatsregierung gerichtet und keine Behauptung aufgestellt, ob es wahr sei, was ein holländischer Viehhändler einem holländischen Freunde unserer Bewegung mitteilte, daß er allwöchentlich Schlachtvieh ausweise in das Ausland mit ausdrücklicher Genehmigung der Reichsregierung ausführe.

Daraufhin fuhr die Korr. Hoffmann die Dementierspritze auf, indem sie nachstehenden Wortschwall ausspritzte: „Die Angabe im „Völk. Beobachter" vom 14. September, ein holländischer Viehhändler führe regelmäßig mit ausdrücklicher Genehmigung der deutschen Regierung Schlachtvieh vom Berliner Markt über das besetzte Gebiet nach Holland aus, ist nach Feststellung der zuständigen Reichsstelle völlig unwahr."

Unterm 3. d. M. ging uns eine Zuschrift seitens des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft zu mit derselben „Berichtigung" und dem Nachsatz: „Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft legt Wert auf die Angabe der Gewährsmänner für die Nachricht, damit der Angelegenheit nachgegangen werden kann."

Berlin bestreitet also, daß ein solcher riesiger allwöchentlicher Viehexport stattfindet, bittet aber gleichzeitig um Angabe der Gewährsmänner, damit der Angelegenheit nachgegangen werden kann. Das verstehe, wer da will. Jedenfalls war das Dementi, auf das wir wegen des Verbotes unseres Blattes erst heute zurückkommen können, etwas voreilig.

Wir haben selbstverständlich unseren Gewährsmann, einen hochangesehenen Holländer, mit dessen Erlaubnis dem Staatsministerium zur Kenntnis gebracht, und möchten noch hinzufügen, daß es auch höchst zweckmäßig wäre, das Geschäftsgebaren des jüdischen Viehhändlers Julius Nebel in Harburg bei Donauwörth ein wenig unter die Lupe zu nehmen, dessen Bruder dicht an der holländischen Grenze sitzt und Transporte vermittelt.

Jüdische Anklage gegen Kellerbauer

Vor dem Schwurgericht Nürnberg hat sich am Freitag, den 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr, unser Parteigenosse Walter Kellerbauer (ehemal. Schriftleiter des Parteiblattes „Deutscher Volkswille") zu verantworten wegen eines Gedichts „Der Jud im Land", das mit den Versen schloß: „Wann endlich, Deutschland, kommt dir das Heil von Rutenbündel und Rächerbeil?" Vor dem Volksgericht Nürnberg wurde diese Veröffentlichung als Aufreizung zum Klassenhaß schon verhandelt, und zwar auf eine Anzeige des Vorstandes der Ortsgruppe Nürnberg des Zentralvereins daitscher Staatsbürger hin, des Rechtsanwalts Dr. Berlin, der von unserer „Weißen Fahne" kürzlich im Verband der Nürnberger jüdischen Geheimorganisation zur Bekämpfung des Deutschtums genannt wurde. Das Volksgericht kam damals weder zu einer Verurteilung noch zu einem Freispruch, und deshalb muß sich unser Parteigenosse noch einmal wegen derselben Sache vor dem Schwurgericht verantworten! Gegen den Juden Preuß, der im Hinblick auf das siegreiche Vorschreiten der Fascisten in Italien, die das Rutenbündel mit den Beilen (die altrömischen „fasces") als Wahrzeichen und Namen führen, hat sich kein Angeber und kein Staatsanwalt gefunden, als er in öffentlicher Versammlung sagte: er hoffe, daß bald die Zeit komme, wo man in Deutschland mit Ruten und Beilen gegen die Völkischen vorgehe! — (Bei dieser Gelegenheit teilen wir mit, daß Pg. Kellerbauer nach wie vor in Nürnberg, Adamstraße 66/II, wohnt.)

Die schlimme Lage der Krankenkassen und die noch viel schlimmere Lage der Kassenärzte

Ein Arzt, Pg., schreibt uns:

In Nr. 209 meines Beobachters lese ich wieder einmal das alte Klagelied von der schlechten finanziellen Lage der Krankenkassen.

Welches Unternehmen, das mit viel Personal arbeitet, ist heute finanziell nicht schlecht gestellt! Sonderbar an dem Artikel, der sonst eine alltägliche Erscheinung in unserem zusammenbrechenden Staatswesen wäre, berührt mich nur das eine, daß gerade den Ärzten, Zahnärzten, Apothekern „und so weiter" die Schuld an der finanziellen Misere der Kassen beigemessen wird. Die Behauptung nämlich, daß die Beiträge in entwertetem Gelde einbezahlt würden, die Ärzte „und so weiter" in möglichst wertbeständiger Form bezahlt werden müßten, ist eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen. Das Gegenteil dürfte eher richtig sein! Die Beiträge kommen, da sie wöchentlich und in gewohnter brüsker Form von den Kassen eingetrieben werden, verhältnismäßig unentwertet in die Hand der Kasse. Die Ärzte, die ihre Rechnungen gewöhnlich erst verspätet stellen können, müssen aber, obwohl seit kurzer Zeit wöchentliche Zahlung sauer erkämpft wurde, geduldig bis zu drei (!) Monaten warten, bis sie ihre Beträge, selbstverständlich in vollständig entwerteter Form, erhalten.

Da bei der Überprüfung der gestellten Rechnung durch die Kassen oft ganz unverständliche willkürliche Streichungen vorgenommen werden, so wird der schon zu Mindestsätzen tarifmäßig aufgestellte Betrag oft ganz bedeutend gedrückt.

Ein Beispiel als Beweis: Am 22. Mai (!) operierte ich einen jungen Mann, für den für Operation, Assistenzen, Einspritzungen, Verbände, 11 Tage Vollverpflegung, Bedienung, Wäsche usw. die Summe von 410 900 Mark in Rechnung gestellt wurde. Am 9. September (!) wurde mir durch Postscheck die Summe von 384 100 Mark = 0 ausgesandt.

Gegen die mir durch die Zahlungssäumigkeit zugefügte Schädigung habe ich Protest eingelegt, aber bis heute nichts weiter davon gehört.

Dieser Fall ist nicht vereinzelt. Ich allein kann mindestens zehn ähnliche Fälle anführen. Rechtsmittel stehen uns wohl zur Verfügung, aber praktisch sind sie wegen der sich so rapide steigernden Geldentwertung belanglos.

Mit dem Schlußpassus des angeführten Artikels allerdings sind auch wir Ärzte vollständig einverstanden. Er lautet:

„Die Versicherungsämter sollen auf möglichste Vereinfachung der Verwaltungsarbeit und möglichst weitgehende Einsparung an Verwaltungsausgaben drängen."

Soweit die Zuschrift des Arztes zu unserer Mitteilung, die wir einer Korrespondenz entnahmen. Wir möchten noch zur Beleuchtung der ganz unhaltbar gewordenen Zustände bei den Krankenkassen hinzufügen, daß ein Pg. für die Zeit vom 1. August bis 15. September d. J. rund 312 000 Mark Krankengeld erhielt, für welche Summe er sich nicht einmal eine Semmel kaufen konnte. Mitglied ist er seit 21 Jahren.

*

Bayerische Rundschau

Regensburg, 18. Oktober.

Gestern begann vor dem hiesigen Volksgericht die Verhandlung gegen 20 Arbeiter und zwei Arbeitersfrauen von Kelheim und Umgebung wegen der bekannten Vorfälle während des Gillamoosmarktes in Abensberg am 2. Sept. Zwei der als Raufbolde bekannten Angeklagten hatten schon vor einem Jahr wegen Raufereien Auseinandersetzungen mit Gendarmen und wollten heuer Rache nehmen. Sie inszenierten eine Rauferei, wurden von Polizeibeamten aus der Bierbude hinausgeschoben und widersetzten sich der Festnahme mit den unflätigsten Schimpfworten. Einer riß dem Stationskommandanten ein Achselstück von der Schulter. Ein sozialdemokratischer Stadtrat, der besänftigend wirken wollte, konnte sich nur mit Mühe vor der wütenden Menge retten. Es war ganz augenscheinlich, daß es sich um einen systematischen Angriff auf die Gendarmen handelte. Kurze Zeit darauf brach in einer anderen Bierbude eine erneute Rauferei aus, wobei die Polizei mit Maßkrügen, Steinen und teilweise mit Revolverschüssen empfangen wurde. Die Polizei mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen und konnte sich nur mit Mühe von dem inzwischen durch etwa 1000 Personen angefüllten Kampfplatz zurückziehen. Die Angeklagten bedrohten die Polizisten auch weiterhin und belagerten sie schließlich mehrere Stunden im Stationsgebäude. Am Abend ging ein in der Nähe stehendes landwirtschaftliches Anwesen in Flammen auf. Offenbar hatten die Angreifer den Brand entfacht, um die Polizei herauszulocken und zu überfallen. — Zu der Verhandlung waren insgesamt 38 Zeugen erschienen.

Passau. (Bäckerversammlung.) Am Sonntag fand hier eine gut besuchte Versammlung des Kreisverbandes niederbayerischer Bäckerinnungen statt, die sich mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft befaßte. Es wurde betont, daß sich die Vertreter des Bäckergewerbes ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wohl bewußt seien, daß es aber nicht tragbar sei, daß beispielsweise eine Semmel etwa einen Goldpfennig koste, während alle anderen Wirtschaftskreise längst zur Goldmarkberechnung übergegangen seien. Es wurde beschlossen, zeitweise in der Presse Brotkalkulationen zur Aufklärung zu veröffentlichen.

Dillingen. (Zeitungsabonnement in Kartoffeln.) Der Verlag der „Schwäbischen Donauzeitung" kommt einer vielfach von bäuerlichen Leserkreisen gemachten Anregung nach und gibt bekannt, daß er für die beiden Monate November und Dezember die Zeitung gegen Abgabe von zwei Zentnern Speisekartoffeln frei ins Haus liefern werde. Gleichzeitig macht der Verlag sich anheischig, im Interesse seiner aus 150 Köpfen bestehenden Belegschaft die Zeitung für den Rest des Monats Oktober bei Eingehen auf obige Bedingung zu liefern.

Augsburg. (Der Kampf um die neue Miete.) In einer großen Versammlung des Augsburger Mietervereins wurde zum Kampf gegen die neuen Bedrohungen der Mieterinteressen aufgerufen und das Eingreifen des Generalstaatskommissars zu Gunsten der Kriegsbeschädigten, Pensionisten usw. freudig begrüßt. In den „Augsburger Neuesten Nachrichten" wird mitgeteilt, daß das Sozialministerium in den nächsten Tagen schon eine Regelung treffen dürfte, die etwaigen Spekulationsabsichten mancher Vermieter begegnen werde.

Baierbrunn. (Zwei Kinder verbrannt.) Spielende Kinder hatten in einem Stadel Feuer verursacht. Dabei fand das 5jährige Kind des Arbeiters Fellermeier und 1 Kind des Maurers Ley in den Flammen den Tod. Zwei Knaben erlitten schwere Verletzungen, außerdem gingen große Heu- und Holzvorräte zugrunde.

Burgkundstadt. (Hungerlöhne.) „Der in Burgkundstadt bei der Firma Wolfgang Rothschild, Kurzwaren en gros, seit fast 20 Jahren beschäftigte Buchhalter erhielt einen Juligehalt von 1 Million. Mitte August eine Nachzahlung von einer weiteren Million, und ein Augustgehalt von, sage und schreibe, 15 Millionen. Diese Bezahlung geht, wie man uns schreibt, schon jahrelang. Was sich dieser Angestellte von seinem Riesengehalt leisten kann, reicht bei weitem nicht, um ein Paar Stiefelsohlen bezahlen zu können. Als Mittagessen kann sich dieser „gut"bezahlte Angestellte Kartoffelsuppe ohne Fett leisten, abends dasselbe, also das ganze Jahr Kartoffelsuppe! Fett, Wurst und Fleisch kennt dieser seit Jahren nicht mehr. Bier hat er bereits seit Jahren nicht mehr getrunken. Zu allen diesem hatte der Mann noch seine Mutter zu ernähren, die im Frühjahr starb. Woran, das läßt sich leicht denken. So macht es eine Sorte von Menschen, die sich durch den Schweiß und Fleiß anderer bereichern, während andere dabei einen langsamen und sicheren Tod entgegengehen. Wir wünschen nur Herren R. das eine, daß auch er solange einst darben und hungern muß, wie sein Angestellter."

*

Dienstesnachrichten

Justiz. Vom Staatsministerium der Justiz wurden mit Wirkung vom 1. November an der Kanzleiassistent bei dem Amtsgerichte München, Erh. Dorsch, auf sein Ansuchen auf die Stelle eines Kanzleiassistenten außer dem Stande der Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte Bamberg, der Kanzleiassistent außer dem Stande der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Bamberg, Joh. Gg. Stammler, auf die statusmäßige Stelle eines Kanzleiassistenten bei dem Landgerichte Bamberg, beide in etatmäßiger Weise, versetzt, der als Hilfswart zur Probedienstleistung an das Amtsgericht Schweinfurt einberufene Militäranwärter Herm. Pannicke und der als Hilfswart zur Probedienstleistung an das Amtsgericht Karlstadt einberufene Militäranwärter Ant. Hutzelmann zu Gerichtswarten bei diesen Gerichten in etatmäßiger Eigenschaft ernannt, der Gerichtsoffiziant bei dem Amtsgerichte Nürnberg, Gg. Weigert, an das Landgericht Nürnberg, der Hausmeister bei dem Landgerichte Nürnberg, Gerichtsoffiziant Adam Graber, an das Amtsgericht Nürnberg, der Wachtmeister bei dem Landgerichtsgefängnisse in Traunstein, Rich. Peuschel, auf sein Ansuchen an die Gerichtsgefängnisse in Nürnberg, sämtliche in gleicher Diensteseigenschaft in etatmäßiger Weise, versetzt. Im Namen der Regierung des Freistaates Bayern wurden mit Wirkung vom 1. Dezember an der Vollstreckungsobersekretär bei dem Amtsgerichte Schwabach, Phil. Ludw. Herzog, auf sein Ansuchen auf Grund des Art. 47 Ziff. 1 des Beamtengesetzes unter Anerkennung seiner Dienstleistung in den dauernden Ruhestand versetzt, der Vollstreckungssekretär bei dem Amtsgerichte Landsberg, Karl Riechers, zum Vollstreckungsobersekretär bei diesem Gerichte in etatmäßiger Weise befördert.

Kreisregierungsdienst. Vom 1. November an wird der zur Probedienstleistung als Hilfsdrucker bei der Regierung von Schwaben und Neuburg in Augsburg einberufene Steindrucker Ludwig Preiß zum Druckereioffizianten ernannt.

Gestütswesen. Mit Wirkung vom 1. November an wird der Gestütsaufseher Heinrich Dörr in Zweibrücken auf sein Ansuchen wegen nachgewiesener Dienstunfähigkeit in den dauernden Ruhestand versetzt.

Landesfinanzamt München. Obersteuersekretär Albert Krumm in Mindelheim wird an das Finanzamt in Greiz versetzt.

Landesfinanzamt Würzburg. Versetzt: die Zollassistenten Rohr aus Kaplaneihof und Winstel aus Frankenthal nach Kaiserslautern (Zollkontrollstelle), Petry aus Kaplaneihof und Kreuchauf aus Sanddorf nach Bruchmühlbach, Maeder aus Hof, Hörner aus Neuburg a. Rh., Spies aus Waldmohr und Hoffmann aus Kaplaneihof, sämtlich nach Ludwigshafen a. Rh. (Hauptzollamt), Brekow aus Kröppen und Jehnes aus Frohnhausen nach Berg-Wörth (Zollamt), Harz aus Schönau nach Haßloch, Söllner aus Eppenbrunn und Thöt aus Schaidt nach Herxheim (Zollkontrollstelle); ernannt: der Steuersekretär Gustav Burg in Lauterecken zum Obersteuersekretär beim Finanzamte Speyer.

Landesfinanzamt Würzburg. Mit Wirkung vom 1. Oktober wurden zu Obersteuersekretären ernannt die Steuersekretäre Otto Neubert beim Finanzamte Königshofen, Joseph Franz und Robert Döllner beim Finanzamte Lohr, Kilian Zwierlein beim Finanzamte Neustadt a. S., Friedrich Stange beim Finanzamt Dürkheim, Georg Nützel beim Finanzamte Ochsenfurt, Karl Hees beim Finanzamte Hammelburg, August Dörr beim Finanzamte Landstuhl, Friedrich Oheimer beim Finanzamte Ludwigshafen; Otto Feldmann beim Finanzamte Aschaffenburg II; der Steuerpraktikant Otto Sauer beim Finanzamte Geroldshofen; der Steuerassistent Franz Hund zum Steuersekretär beim Finanzamte Landau (Pfalz).

Reichseisenbahn. Vom 1. Oktober an wird der Regierungsbaurat der Bi München-Ost, Heinrich Hennch, zum Oberregierungsbaurat ernannt, der Eisenbahnoberingenieur der Reichsbahndirektion Würzburg, Johann Thaler, an die Reichsbahndirektion München versetzt.

Landesfinanzamt München. Der Vorsteher des Finanzamts Passau, Oberregierungsrat Alexander Ullrich, wurde seinem Ansuchen entsprechend unter Anerkennung und Dank für seine Dienste in den Ruhestand versetzt.

Reichseisenbahnen. Mit Wirkung vom 1. März 1924 an wird der Eisenbahnoberingenieur Leonhard Kreiselmeier in Fürth auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Landesfinanzamt Nürnberg. Der Stationskommandant Adam Pittroff, zur Zeit beim Finanzamt Kulmbach, wird vom 1. Okt. an zum Steuersekretär ernannt; der Stationskommandant Ludwig Meiller, zur Zeit beim Finanzamt Regensburg I, wird mit Wirkung vom 1. Okt. an zum Steuersekretär ernannt; vom 1. Okt. an wird der Gendarmerieoberwachtmeister Georg Weinberger zum Steuersekretär beim Finanzamt Weißenberg ernannt; vom 1. Okt. an der Gendarmeriewachtmeister Gg. Farnbacher zum Steuersekretär beim Finanzamt Gunzenhausen ernannt; der Gendarmerieoberwachtmeister Georg Gütl, zur Zeit beim Finanzamt Wunsiedel, wird vom 1. Okt. an zum Steuersekretär beim Finanzamt Schwabach ernannt. Mit Wirkung vom 1. Okt. an wird der Stationskommandant Jos. Schumm zum Steuersekretär beim Finanzamt Kronach ernannt; der Gendarmerieoberwachtmeister Georg Hartmann, zur Zeit beim Finanzamt Ansbach, wird mit Wirkung vom 1. Okt. an zum Steuersekretär ernannt; der Finanzamtmann Friedrich Baer beim Finanzamt Hersbruck wurde zum Regierungsrat ernannt und ihm unter Bestellung zum Vorsteher mit Wirkung vom 1. Okt. ab die Planstelle der Besoldungsgruppe X beim Finanzamt Stadtsteinach verliehen.

Landesfinanzamt Würzburg. Dem Regierungsrat Erich Kees beim FA. Aschaffenburg II ist mit Wirkung vom 1. Okt. an eine Planstelle der Bes.-Gr. XI beim FA. Schweinfurt verliehen, dem Steuerbetriebssekretär Rob. Haseidl in Hofheim die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienst erteilt worden.

Reichsfinanzhof. Der Ministerialkanzleisekretär Joseph Bux beim Reichsfinanzhof ist zum Ministerialkanzleiobersekretär befördert worden.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Roßbach endlich frei

Wem die Gründe für die achtmonatige Inhaftierung von Oberleutnant Roßbach noch immer nicht klar wurden, dem haben die Vorgänge nach seiner kürzlich erfolgten Freilassung ein Licht aufgesteckt. Durch die Aufhebung der Haft mußte der Senat des Leipziger Staatsgerichtshofes zugestehen, daß die gegen Oberleutnant Roßbach erhobene Anklage auf Hochverrat schmählich zusammengebrochen war.

Die Untersuchung ließ sich nicht mehr verschleppen. Die immer und immer wieder in allen deutschen Landen laut werdenden Proteste gegen die ungerechtfertigte schmachvolle Behandlung Roßbachs in strenger Einzelhaft konnten nicht überhört werden.

Einige Stunden bereits, nachdem Roßbach freigelassen, gaben das sächsische Wehrkreiskommando und die hohe Regierung Sowjetsachsens neue Haftbefehle heraus — „Schutzhaftbefehle".

Getreu ihrem immer noch nicht erfolgreichen Rezept, den völkischen Geist in Deutschland zu ersticken, durch Verbote der nationalen Organisationen, durch Unterdrückung ihrer Presse, Auflösung ihrer Versammlungen, vor allem aber durch die Einkerkerung ihrer Führer, wurde Roßbach mit manch anderem Kampfgenossen im März dieses Jahres nach Leipzig spediert.

Unsere norddeutsche Bewegung war damit wohl geschwächt, aber nicht vernichtet. Während der Haft Roßbachs haben seine Mitarbeiter sein Werk in zäher Arbeit fortgeführt. Die Herren von der Gilde Zeigners und Severings wissen, daß ihre Stunde bald geschlagen hat.

Wir werden großzügig sein, wenn wir heimzahlen! (Die Abteilung Roßbach München der N.S.D.A.P. veranstaltet Freitag, den 19. Oktober, im Löwenbräukeller eine Feier, in der Herr Oberleutnant Roßbach sprechen wird. Näheres in unserer Ankündigung.

Handel-, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Schwundgeld und Moral

Über die Bedeutung der steten Bildung von Kapital auf das Wirtschaftsleben viel Worte zu verlieren, hieße die Bedeutung der im Spartrieb wurzelnden Kapitalbildung (die selbst Karl Marx als die wichtigste Funktion bezeichnete, die der den Unternehmern zufließende Gewinn auszuüben habe), nur schmälern. Jeder einigermaßen wirtschaftlich Denkende ist sich vollkommen klar darüber, daß die Volkswirtschaft bei der Vermehrung und Verbesserung der Produktion in Hinblick auf die zunehmende Bevölkerung dem Untergange geweiht und der Verarmung preisgegeben ist, wenn die gesamte Produktion von den jeweils Produzierenden aufgebraucht würde.

Da als die Wurzel der Kapitalbildung das Sparen anzusehen ist, das wiederum von den den Spartrieb fördernden Einrichtungen abhängig und von den mannigfaltigsten wirtschaftlichen Überlegungen der Sparenden bestimmt ist, so zieht naturnotwendig die Erkrankung dieser Wurzel krankhafte Erscheinungen im Kapitalbildungsprozeß nach sich, die sich unvermeidlich in einem Niedergang der Beschäftigungsmöglichkeiten und der Konsumtion äußern müssen. Die Bildung neuen Kapitals steht in innigem Zusammenhang mit dem Wachstum der privaten Vermögen und der damit aus dem wachsenden Ertrage der im Erwerbe angelegten Vermögen oder auch aus dem der Arbeit resultierenden Gewinnung neuer Vermögensteile. **„Die Nichtverwendung von Einkommensteilen zu unmittelbaren Genußzwecken und ihre Übertragung in die Zukunft nennen wir Sparen."** Das als solches unproduktive Sparen, das lediglich eine Ansammlung des Produktionsfonds bedeutet, wird in dem Augenblick produktiv, wenn die Ersparnisse unmittelbar oder durch Übertragung in Form von Darlehen zur Produktion oder zum Erwerbe verwendet werden.

Da die Anlage der Ersparnisse nur in Form von Geld vor sich gehen kann, wenn ihnen kapitalbildende Bedeutung beigemessen werden soll, aus der sich dann die mannigfaltigsten Formen der Kapitalsanlage ergeben können, so hat die Wertbeständigkeit des Geldes einen ungeheuren, rückwirkenden Einfluß auf den Spartrieb, die Ansammlung des Produktionsfonds und die Kapitalbildung. Mag wohl das Wachsen der privaten Vermögen in der heutigen Zeit im Allgemeinen Hemmungen unterworfen sein, so hat aber das Schwundgeld zur Vernichtung des gesunden Spartriebes geführt und eine vollkommene Umwertung des oben angeführten Begriffes Sparen, der wohl Gültigkeit bei einem wertbeständigen Geld beansprucht, verursacht. **Sparen bei einem Schwundgeld heißt: „Die vollkommene Verwendung aller Einkommensteile zu unmittelbaren, möglichst wertvollen Genußzwecken und ihre Entziehung vor der unsicheren Zukunft."** Und das ist, wenn auch seitens des Sparenden, ein unfreiwilliger, aber durch das Schwundgeld bedingter Luxus. Das ist das unsittliche Moment des bewußt gemachten bolschewistischen Schwundgeldes.

Mag die marxistische Lehre des Genusses den Spartrieb des deutschen Volkes in die Bahn des Triebes zum Sinnenleben abgelenkt haben, so hat das bewußt gemachte bolschewistische Schwundgeld den Spartrieb auf rein mechanischem Wege in das Gegenteil, in einen zwangsläufigen Verschwendungstrieb, gekehrt. Ist das gesunde Sparen und die daraus resultierende Ansammlung des Produktionsfonds und dessen Überführung zum Erwerb oder zur Produktion bei einem wertbeständigen Geld als den wirtschaftlichen Bluterzeuger, der in steter Kapitalbildung immer neues Blut in den Kreislauf des Produktionsprozesses zuführt, so kommt das krankhafte Sparen bei dem Schwundgeld einem steten Aderlaß der Volkswirtschaft gleich. Die Erkrankung der Wurzel im Kapitalbildungsprozeß hat nach ebenso krankhaften Hochkonjunkturen in der Produktion letzten Endes den Verbrauch der gesamten Produktion durch die jeweils Produzierenden, den Niedergang der Beschäftigungsmöglichkeiten und der Konsumtion zur Folge. So schreitet durch die gegenteilige Umkehrung des Sparens durch das Schwundgeld in einem, wenn auch unfreiwilligen, so doch zwangsläufigen Luxus neben dem sittlichen Zerfall der wirtschaftliche Zerfall Hand in Hand auf gleichen Bahnen.

Daß natürlich bei der vollkommenen Umwertung des gesunden in ein krankhaftes Sparen die Kapitalbildung sich in eben solch ungesunden Formen vollzieht, ist gesetzmäßig damit verbunden, wenn sie nicht sogar die Ansammlung von Produktionsfonds, die als kapitalbildend zur Überführung zur Produktion oder zum Erwerb tauglich wären, unterbindet. In allen Wirtschaften, Familien- wie Privatwirtschaften, zeigt sich die Neigung, das der Entwertung unterworfene, umlaufende Betriebskapital in wertbeständiges, feststehendes Anlagekapital zu überführen. Die dadurch bedingte Vermehrung feststehenden Anlagekapitals, was wir hauptsächlich beim landwirtschaftlichen und industriellen Erwerbskapital feststellen können, ist lediglich eine

scheinbare, da die Vermehrung des Anlagekapitals nicht auf Grund von Überschüssen des Einkommens erfolgt, sondern nur eine Entnahme des der Entwertung unterworfenen umlaufenden Betriebskapitals bedeutet. Außerdem sind der Investierung durch die Größenausmaße der Unternehmen Grenzen gesetzt, so daß nach Übersättigung dieser die Bildung wertbeständigen Anlagekapitals unterbunden ist. Das wertunbeständige Umlaufkapital erheischt trotz der Übersättigung eine wertbeständige Anlage und bedingt somit eine Ansammlung von Produktionsfonds, dem keine kapitalbindende Bedeutung beigemessen werden kann. Das Sparen schlägt auch hier zum Luxus um.

Vollständig verloren für die Kapitalbildung sind infolge des ungesunden Sparens die Ersparnisse der breiten Masse, der Rentner, Beamten und Arbeiter, die durch das Effektenwesen oft unmittelbar zur Beteiligung an Unternehmen zugeführt wurden. Mochten diese Beträge auch in wirtschaftlicher Hinsicht von nicht so ausschlaggebender Bedeutung sein, so hat das ungesunde Sparen, der unfreiwillige, zwangsläufige Luxus, gerade in sittlicher Hinsicht die Demoralisierung des deutschen Volkes wesentlich beeinflußt und der Selbst-, Genuß- und Verschwendungssucht Tür und Tor geöffnet. H—r.

Also doch!

Im „Reichsanzeiger" vom 12. Oktober wird folgende vom Reichsfinanzminister Dr. Hilferding unterzeichnete Verordnung bekanntgegeben:

Auf Grund des § 7 des Gesetzes, betr. Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln, vom 15. März 1919 (RGBl. S. 321) wird verordnet:

Das Gesetz, betr. Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln, vom 15. März 1919 (RGBl. S. 321) tritt mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung außer Kraft.

Dazu schreibt die „D. Z.": Das Gesetz vom 15. März 1919 enthält ein von der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung erlassenes Verkehrsverbot über russische Zahlungsmittel und bestimmte, daß die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Geldzeichen, die auf Rubel russischer Währung lauten, verboten ist. Die vorhandenen Bestände waren bei der Reichsbank anzumelden und der Verkehr mit diesen Zahlungsmitteln durfte über die Reichsbank stattfinden. Das Verbot war kurz nach dem großen Aufstand 1919 ergangen, der offenbar mit russischem Golde inszeniert worden war. Auf das Drängen der Sowjets hin ist nun das Verbot aufgehoben worden. Der russische Rubel darf nunmehr wieder bei uns umgehen, mit welchem Erfolge, wird die Zeit lehren.

Wirtschaftsrundschau

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich in der Zeit vom 9.—16. Okt. nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes um 255,4 v. H. auf das 1093millionenfache des Friedensstandes gehoben. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs um 241,7 v. H. auf 4,1 Milliarden Mark, so daß das Goldniveau der Großhandelsinderziffer (1913: 100) eine Aufwertung von 107,6 Gold auf 111,9 Gold erfuhr. Dies wurde vorwiegend durch den Uebergang zur freien Brotwirtschaft herbeigeführt, wodurch die Herabsetzung der Kohlenpreise mehr als ausgeglichen wurde. Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 285,2 v. H. auf das 1525millionenfache, die Inlandswaren um 247,3 v. H. auf das 1006millionenfache und ferner Lebensmittel im Großhandel um 351,6 v. H. auf das 838millionenfache und Industriestoffe um 192,7 v. H. auf das 1570millionenfache des Friedensstandes.

Die Reichsinderziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) stellt sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 15. Oktober auf das 691,9millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (109,1 Millionen) beträgt demnach 534,2 Prozent.

Landesinderziffer. Der vom Bayerischen Statistischen Landesamt für amtliche und private Bedürfnisse neuerdings errechnete Landes-Wochen-Index der Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Kleidung) für das rechtsrheinische Bayern stellt sich am 15. Oktober auf das 558 895 652 fache der Vorkriegszeit (1913/14 : 1). Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (am 8. Oktober: 105 567 234) beträgt somit 429,4 Prozent.

Die Verschacherung der ungarischen Ernte. Die Warenabteilungen der ungarischen Banken sind derzeit von der Finanzierung der ungarischen Ernte stark in Anspruch genommen. Die Kreditbank und die Eskomptebank „widmen sich" dem inländischen Getreidegeschäft, die Kreditbank pflegt aber auch das Exportgeschäft. Auch die Hauptstädtische Bank ist stark beteiligt. Am Außenhandel haben hauptsächlich die ungarische Agrarbank, die Britisch-Ungarische Bank, die Ungarische Verkehrsbank und die Ungarisch-Tschechische Bank Bedeutung erlangt. Die letztere finanziert hauptsächlich die Ausfuhrgeschäfte der Produkten- und Samenhändler, die Ungarische Verkehrsbank ist am Zuckergeschäft interessiert. — Damit ist Ungarns Ernte radikal unter Dach und Fach gebracht. Man kann angesichts dieser umfassenden Kredittätigkeit der Banken Herrn Bethlens Politik gegen die ungarischen Rechtsradikalen wohl begreifen.

Die finanzielle Sanierung der Türkei. Aus Konstantinopel wird der „D. Z." berichtet: Die türkische Regierung ist bestrebt, unter allen Umständen den Kurs ihres Geldes zu stützen, der sich trotz der Kriegswirren verhältnismäßig recht gut gehalten hat. So hat sich die Regierung unter Garantie dazu verpflichtet, von den 158 Millionen Pfund Papiergeld, die im Kriege ausgegeben worden waren, jährlich 2 Millionen aus dem Verkehr zu nehmen. Die Türkei wird dadurch langsam wieder zur Goldwährung zurückkehren, die als einzige von den Bewohnern Inneranatoliens anerkannt wird. Die türkische Regierung ist ferner entschlossen, einen Fonds von 5 Millionen türkischen Pfund zur Regelung des öffentlichen Schuldendienstes zu errichten. Zusammenhängend mit diesen Währungsfragen ist in den letzten Tagen die Frage der Erneuerung des Privilegs der kaiserlich-ottomanischen Bank besprochen worden. Für den Fall der Erneuerung dieses Privilegs beabsichtigt die Regierung die Bank unter direkte Kontrolle zu nehmen und ihren Sitz von London nach Konstantinopel zu verlegen, oder aber dem Institut alle bisherigen Privilegien zu kündigen.

Das Auslandskapital. In Curhaven hat eine italienische Fischereigesellschaft für Baulichkeiten Terrain erworben und bei deutschen Werften 21 große Hochseefischereidampfer mit modernsten Einrichtungen in Auftrag gegeben. 18 der Dampfer sind bei der Deutschen Werft in Finkenwärder bei Hamburg und 3 bei der Reiherstieg-Schiffswerft in Auftrag gegeben. Die großen Bauaufträge lassen darauf schließen, daß das Unternehmen auf recht breiter Basis gedacht ist.

Goldmark. Am 18. Oktober betrug der Geldkurs einer Goldmark 1 938 000 000, Mittelkurs 1 942 857 143, Briefkurs 1 947 714 285.

Anzeigenschlüssel. Der Verein deutscher Zeitungsverleger hat die Schlüsselzahl für die Anzeigen für die Woche vom 20. bis 26. Oktober auf 2 Millionen festgesetzt.

Apotheker-Index. Der Ärzte-Index für die Privatpraxis wird von der Honorarkommission und dem Berliner Ärzteverband mit Wirkung vom 18. Okt. auf 800 Millionen festgesetzt.

Zur „Beschränkung" der Devisenbanken. Durch Verfügung des bayerischen Handelsministeriums wurde im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskommissar für Devisenerfassung der Münchener Bankverein A.G. als Devisenbank zugelassen.

Das Bankhaus Joseph Olbrich u. Co. in München wurde vom Reichskommissar für Devisenerfassung als Devisenbank zugelassen.

Londoner Goldpreis. Für die Zeit vom Inkrafttreten des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. Juni 1923 bis zum 25. Juli 1923 gelten folgende Goldpreise: a) für die Zeit bis zum 11. Juli: für 1 Unze Feingold 90 Schilling 2 Pence, für 1 Gramm Feingold demnach 34,7871 Pence; b) vom 12.—18. Juli: für 1 Unze Feingold 90 Schilling 2 Pence, für 1 Gramm Feingold demnach 34,7871 Pence; c) vom 19.—25. Juli: für 1 Unze Feingold 89 Schilling 10 Pence, für 1 Gramm Feingold demnach 34,6586 Pence. Der Londoner Goldpreis vom 16. Okt.: für 1 Unze Feingold 91 Schilling 1 Pence, für 1 Gramm Feingold also 35,1407 Pence.

Nur nicht übereilen. Von den Banken ist soeben Tausend Mark an Stelle 1 Mark im Rechnungsverkehr zur Einführung gekommen. Erst einige Wochen später soll zur Million übergegangen werden. — Der deutsche Industrie- und Handelstag befürwortete dringend, diese Zwischenstufe tunlichst abzukürzen und schleunigst mit der Rechnung in Million-Mark zu beginnen.

Die Reichseinnahmen an Kapitalverkehrssteuer im Juli betrugen nach den Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamtes 216,4 Milliarden Mark und in der Zeit vom April bis Juli insgesamt 364,83 Milliarden Mark. — In Anbetracht der heutigen Geldentwertung und ihrer späten Eingangszeit lächerliche Summen, mit denen man keine hundert Zentner Kartoffeln mehr kaufen kann.

Der Berliner Krach. Es handelt sich bei der Insolvenz einer Berliner Bankfirma, für die an der Börse umfangreiche Deckungen vorgenommen wurden, um das noch jüngere Bankhaus Kochmann, Zeidler u. Co. Die Glattstellungen, die für Rechnung der insolventen Firma an der Börse vorgenommen wurden, sollen über 1000 Billionen betragen.

An der Berliner Börse bildete sich ein Ausschuß für Versorgung minderbemittelter Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die Sammlung hat bisher 150 Millionen Mark erbracht. Außerdem hat sich die Produktenbörse durch Zeichnung von Lebensmitteln, wie z. B. Erbsen, Mehl, Graupen usw. beteiligt. (Das ist die Höhe!)

Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber. Mit Min.E. ist genehmigt worden, daß die Stadtgemeinde Würzburg nach dem jeweiligen Reichsbankdiskont abzügl. 2 v. H., jedoch nicht üb. 20 u. nicht unter 12 v. H. verzinsliche Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Gesamtbetrage von 300 Milliarden M., und zwar Stücke zu 1, 2, 5 und 10 Millionen Mark in den Verkehr bringt.

Der Bayerischen Vereinsbank in München wurde die Genehmigung erteilt, 52 250 Millionen Mark 4prozentige vom Ausstellungstage an, innerhalb 70 Jahren im Wege der Kündigung, Verlosung oder des freihändigen Rückkaufes einlösbare Hypothekenpfandbriefe (Reihen 272 bis 347) auszugeben. Die Verlosung und Kündigung ist für die Pfandbriefe der Reihen 277—286, 292—301 bis 1. Januar 1928, für die Reihen 302—318, 322—333, 337—342 bis 1. Januar 1930 ausgeschlossen.

Die begehrte Goldanleihe. Das Stickstoffsyndikat liefert an Düngerfabriken, Genossenschaften, Handel und Landwirte Stickstoffdünger in ganzen Wagenladungen gegen Goldanleihe zum Nennwert. Um dem Mangel an Goldanleihestücken zu begegnen, nehmen sämtliche Stellen der Reichsbank Beträge, die zur Bezahlung von Stickstoff bestimmt sind, an, wandeln sie zum Kurs des Zahlungstages um (gegen eine Provision von 1 v. H. zuzüglich ½ pro Mille Courtage) und schreiben die Goldanleihebeträge dem Stickstoffsyndikat gut. Das Stickstoffsyndikat wird über die ihm gutgeschriebenen Goldanleihebeträge erst verfügen nach Absendung des Stickstoffes, der wie bisher unmittelbar oder durch Düngerfabrik, Genossenschaften oder Handel zu bestellen ist. Hierdurch wird es ermöglicht, Papiermarkbeträge ohne Verlust sofort für Stickstoffbezug wertbeständig anzulegen.

Rückgang der deutschen Landwirtschaft. Deutschland hat nicht bloß große, rein landwirtschaftliche Gebiete verloren, sondern auch im Innern des ihm verbliebenen Gebietes hat die Landwirtschaft einen starken Rückgang aufzuweisen. Die vier Hauptgetreidearten Weizen, Roggen, Gerste und Hafer haben seit 1913 eine Anbaufläche von 2½ Millionen Hektar eingebüßt. Zugenommen haben dagegen Brache, Ackerweiden, Dauerweiden und Hutungen, auf die 1913 3 418 000, 1922 dagegen 3 906 000 Hektar entfielen. Das Brachland allein erweiterte sich von 588 000 auf 668 000 Hektar. Da nach der Statistik die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche um 1 244 000 Hektar zurückgegangen ist, so ist anzunehmen, daß große Flächen in den Zustand des Ödlandes zurückgefallen sind; gewisse Flächen mögen auch in die forstwirtschaftliche Nutzung übergegangen sein. Nach den Berechnungen von Dr. Otto Auhagen, Professor an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule, haben auch die Ernteerträge gewaltig abgenommen. Beim Vergleich der durchschnittlichen Zahlen von 1921 und 1922 mit den mittleren Ernteziffern der Jahre 1909 bis 1913, ergibt sich, daß die Ernte in Doppelzentnern auf den Hektar wie folgt gesunken ist:

	1909—13	1921—22
Weizen	21,5	17,35
Roggen	18,2	14,35
Sommergerste	20,8	15,55
Hafer	19,8	14,15
Kartoffeln	137,1	124,1
Zuckerrüben	282,8	231,8

Schon aus diesen Zahlen kann man ersehen, daß die Landwirtschaft noch weit davon entfernt ist, ausreichend für die Ernährung Deutschlands zu sorgen. kos.

[illegible]

Der Börsenverein Deutscher Buchhändler hat infolge der weiteren Verteuerung der Produktionskosten seine Schlüsselzahl mit Wirkung vom 17. Oktober ab auf 1300 Millionen festgesetzt.

München. Der Reichsverband des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels macht die Mitteilung, daß auch die Zuckerfabriken dazu übergegangen sind, sich auf Goldmarkberechnung umzustellen. Es ergeben sich Preise von 23 bis 24 Goldmark für den Zentner. Wenn der Dollarkurs sich auf dem jetzigen Stande hält, werden sich demnächst Verbraucherpreise von weit über 300 Millionen Mark das Pfund ergeben. Entschuldigend wird hinzugefügt, daß der Zucker ein hochwertiges Nahrungsmittel sei, und daß gegenüber anderen Lebensmitteln kein Mißverhältnis im Preise besteht.

Löhne und Tarife

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" hört, finden heute im Bergbau für die kommende Woche Lohnverhandlungen statt. Man rechnet gemäß der Indexsteigerung auf eine Lohnerhöhung von mindestens 500 Prozent.

Wie vom Deutschen Bankbeamtenverein mitgeteilt wird, ist in der am Mittwoch abgehaltenen Beratung der Tarifkommission der Gehaltsmultiplikator für die laufende Woche auf 231 festgesetzt worden. Hierbei gab der Vertreter des Reichsverbandes der Bankleitungen bekannt, daß die Kündigung des Gehaltsabkommens vom 20. September beschlossen worden sei. Wie hierzu weiter mitgeteilt wird, soll diese Kündigung zum 3. November ausgesprochen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt sei das Abkommen zunächst begrenzt worden.

Warenmarkt

München, 18. Oktober (Münchener Mittwoch-Produktenbörse.) Ab südbayerischen Stationen wurden nachstehende Großhandels-Einkaufspreise je nach Qualität und Frachtlage der Abgangsstation waggonweise in Milliarden festgesetzt, wobei die Erzeugerpreise gegenüber folgenden Preisen um die Vergütung an den Aufkäufer, die Umsatzsteuer, Bankprovision und Zinsen, Lagerhausspesen, teilweise Fuhrlohn, Zwischenfrachten, Gewichtsverluste, Spesen, Frachten und Abnützung des Sackmaterials, Nutzen und Risikoprämie des Provinzhändlers bzw. der Filiallagerhäuser der Genossenschaften niedriger sein müssen. Roggen 7—7,5, Weizen 8,5—8,8, Gerste 6,5—7, Hafer 5,5—6, Kleie ohne Sack 2, Rauhfutter: Heu gesund, gut, trocken 0,8—0,9, Heu gesund, trocken 0,7—0,8, Stroh gebündelt 0,7—0,8 M. Multiplikator: 1 313 000 000. Von den Mühlen wurden nachstehende Mehlpreise pro 100 Kilogramm in Milliarden übermittelt: Bayer. Mehle Bo. ohne Sack frei Haus München: Weizenmehl 70proz. 38, Roggenmehl 80proz. 32, Weizenbrotmehl Nr. 4 19, Weizenfuttermehl Nr. 6 9 M. Sämtliche Preise für bayerische Mehle gelten nur als Richtpreise. Rheinische Weizenmehle 65proz. 36,4—39,05, norddeutsche Weizenmehle 70proz. 24,3 bis 35,2, rheinische Roggenmehle 70proz. 34—34,4 M. Die Preise für außerbayerische Mehle verstehen sich Bo. mit Sack franko München unter Berücksichtigung der neuen Frachterhöhungen.

Nürnberg. (Hopfenmarkt.) Die Aufwärtsbewegung der Preise hat in der abgelaufenen Woche weitere Fortschritte gemacht und die Notierungen überholten sich von Stunde zu Stunde. Die Nachfrage war andauernd rege und vielseitig, während das Angebot fortgesetzt nur gering war. Da die Hopfenbesitzer große Zurückhaltung zeigten, und die Lagerbestände am Markt sehr zusammengeschmolzen sind, mußten bei den Abschlüssen meist die gestellten hohen Anforderungen erfüllt werden. Der Bedarf erstreckte sich fast ausnahmslos auf gutfarbige und prima Hopfen, deren Preise von ungefähr 72 Milliarden auf nahezu 225 Milliarden in die Höhe ging. Gelbe und geringere Hopfen kamen nur wenig zum Verkauf. Sie wurden mit 150 bis 170 Milliarden gehandelt. Bei einer Zufuhr von 180 Ballen Land- und 550 Säcken Bahnhopfen kamen vom 11.—17. Oktober rund 800 Ballen zum Absatz.

Berlin, 18. Okt. (Produktenbericht.) Am Produktenmarkt wirkte die Sorge wegen der verworrenen politischen Verhältnisse im Verein mit der bedeutenden Steigerung der Devisenkurse sich in weiterer starker Aufwärtsbewegung der Preise aus. Das Angebot vom Inland hat sich weiter verringert, wozu auch drängende Feldarbeiten, besonders die Kartoffelernte, beitragen sollen. Seitens der Bäcker macht sich eine gewaltige Nachfrage nach Roggenmehl geltend, was ebenfalls die Preise in die Höhe treibt. Auch die Reichsgetreidestelle kauft weiter zu wesentlich erhöhten Preisen. Sämtliche Marktartikel stellten sich erheblich im Preise höher, jedoch bei meist ruhigem Verkehr.

Berlin, 18. Okt. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen märkischer 13—13 500, Roggen märkischer 12—12 500, Sommergerste märkische 11 500—12 000, Hafer märkischer 9500 bis 10 500, Weizenmehl 40—44 000, Roggenmehl 37 000 bis 41 000, Weizen- und Roggenkleie 5000—5500, Raps 16—17 000, Viktoriaerbsen 23—26 000, kleine Speiseerbsen 18—21 000, Rapskuchen 8500—9000. — Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 550—600, Haferstroh 450—700, gebündeltes Roggenlangstroh 290—300, Heu gutes 400—450, Heu handelsüblich 350—400.

Berliner Metalle

Berlin, den 18. Oktober 1923

Raffinadekupfer	2200	2300
Originalhüttenweichblei	980	1020
Hüttenrohzink im freien Verkehr	1200	1250
Originalhüttenrohzink		
Plattenzink	925	975
Originalhüttenaluminium	4300	4400
Hüttenaluminium in Walzen		—
Bankazinn	7500	7700
Straitszinn	7500	7700
Australzinn	7500	7700
Hüttenzinn	7200	7400
Reinnickel	4300	4400
Antimon	1000	1050
Silber	160000	170000
Elektrolytkupfer		

Die Ziffern gelten in Millionen

München, 18. Okt. (Viehmarktbericht.) Der Fleischgroßmarkt am Donnerstag zeigte in vollem Umfange die Auswirkungen der bis aufs äußerste gestiegenen Notmarktlage auf dem letzten Lebendviehmarkte am Mittwoch. Die Frischfleischvorräte betrugen nur 290 Rinderviertel, waren also nur gering. Infolgedessen waren dieselben schnell geräumt, obwohl die Preise notwendigerweise ganz bedeutende Steigerungen erfuhren und sich nach Qualität zwischen 450—730 Millionen Mark pro Pfund bewegten. Trotzdem war gute Ware schneller verkauft als leichtere, welche ebenfalls geräumt werden konnte. Die erwähnte Steigerung der Lebendviehpreise ermöglichte es wieder, auch Gefrierfleisch auf den Markt zu bringen. Es standen 58 Rinderviertel aus Argentinien zum Verkauf. Nachdem aber die Preise für dieses Fleisch, welches sich zwischen 550 und 750 Millionen Mark je Pfund bewegten, mit denen des Frischfleisches keinen erheblichen Unterschied zeigten, konnte die Ware mit frischem Aussehen leichter abgesetzt werden, während von den länger eingelagerten Stücken, ungeachtet der etwas niedrigeren Preise, Restbestände verblieben.

Hamburg, Monatsbericht des deutschen Teehandels e. V., 5. Okt. Weltmarkt: Seit Juli hat der Teemarkt sowohl in den Produktionsländern, wie in den europäischen Stapelplätzen eine feste Haltung bewahrt. Abgesehen von kleineren Schwankungen zeigten die Preise für alle Sorten eine langsam steigende Tendenz. Es läßt sich jetzt einigermaßen übersehen, daß die Gesamternten aller Produktionsländer nicht einen Umfang erreichen werden, der zu einem Überangebot und damit zu einem Umschwung der Konjunktur führt. Die Produktion hat sich nicht in dem Maße gehoben, wie es angesichts des hohen Standes der Teepreise möglich erschien. Witterungseinflüsse, Arbeiterschwierigkeiten und nicht zum mindesten der Umstand, daß im Teepflanzungsbetrieb rasche und plötzliche Vermehrung der Produktion schwer möglich ist, haben die Pflanzer an dem Versuch behindert, ihren Gewinn durch Erhöhung der erzeugten Menge zu steigern. Wenn trotzdem die Gesamttee-Ernte gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme zu verzeichnen hat, so wird diese doch durch das stetige Anwachsen des Konsums ausgeglichen. In den nächsten Monaten wird die Hauptmenge der für die Preisgestaltung ausschlaggebenden indischen Ernte in Europa eintreffen. Es wird dann von der Verkaufspolitik der außerdeutschen Importeure abhängen, wie die Preise sich weiter gestalten. Sofern eine gleichmäßige Verteilung des Angebots über die Monate bis zum Beginn der neuen Ernte vorgenommen wird, dürfte mit stabilen Preisen zu rechnen sein. Der Versuch, die eintreffenden Mengen rasch an den Markt zu bringen, dürfte allerdings einen Rückgang der Preise, wenigstens für einige Monate, zeitigen. Uns scheint jedoch, daß die statistische Lage des Teemarktes einen starken und dauernden Rückgang der zweifellos abnorm hohen Teepreise vorläufig noch ausschließt. — Deutsches Inland: Dem offenkundig im deutschen Inland sich bemerkbar machenden Bedarf nach Tee stehen die großen Schwierigkeiten gegenüber, denen der Handel einerseits bei Beschaffung der nötigen Devisen, andererseits in der Bereitstellung der für die Haltung eines entsprechenden Teelagers erforderlichen Markkapitalien begegnet. Der Wiederverkäufer deckt sich mehr und mehr von Hand zu Mund ein, wodurch natürlich das Publikum ebenfalls zu leiden hat. Seinem Begehr steht ein vermindertes Angebot entgegen, was im hygienischen und volkswirtschaftlichen Interesse sehr bedauerlich erscheint. Der Zoll auf das Pfund Tee errechnete sich Anfang Oktober auf 35 090 000 M. und wird sich, der weiteren Markentwertung folgend, noch weiter erhöhen.

Kurse

Berlin, 18. Okt. (Börsenbericht.) Im Zusammenhang mit der herrschenden Beunruhigung wegen der gespannten außen- und innerpolitischen Verhältnisse verschärfte sich der Kaufandrang nach wertbeständigen Anleihen und Zahlungsmitteln. Schon vormittags erfuhren im Freiverkehr die Devisenpreise wieder sehr bedeutende Erhöhungen. Der Dollar wurde bis 9 Milliarden genannt. Nur vorübergehend erfolgten mäßige Rückgänge. An der Börse entwickelte sich ein stürmisches Geschäft in Dollarscheinen und Goldanleihe, die zu 8,1 bis 8,3 bzw. 7,3 Milliarden in großen Posten umgesetzt wurden. Vorübergehend trat eine Abschwächung ein, als die Reichsbank bei Feststellung der ersten Devisenkurse nämlich für London und Amsterdam usw. volle Zuteilung vornahm. Neuyork aber wurde wieder mit 30 Prozent repartiert. Die Haltung blieb im allgemeinen sehr fest. Dollarmittelkurs 8160.

Der Dollar

8 139 600 000 G 8 180 400 000 B

Zürich, 18. Okt. (Devisenkurse; ohne Gewähr.) Holland 218,35, Berlin unnotiert, Wien 0,0078¾, Prag 16,60, Paris 33,50, London 25,30, Italien 25,10, Brüssel 29,10, Budapest 0,0307½, Neuyork 5,57¼, Agram 6,62, Warschau 0,0005½, Kopenhagen 98⅛, Stockholm 147⅛, Christiania 86½, Madrid 75¾, Buenos Aires 183, Sofia 5,44.

Berlin, den 18. Oktober 1923. Devisen-Kurse.

	18. 10. Geld	18. 10. Brief	17. 10. vor. Geldk.
Amstd.-Rd. 1 Fl.	3199800000	3216020000	2154600000 r30
Buen. Air. 1 Pes.	2669310000	2682690000	1755600000
Christiania 1 Kr.	1264830000	1271170000	849870000 r50
Kopenhagen 1 Kr.	1432410000	1439590000	967575000 r50
Stockholm 1 Kr.	2154600000	2165400000	1450365000 r30
Helsingf. 1 f. M.	217455000	218545000	146632500
Italien 1 Lira	371070000	372930000	251370000 r30
London 1 Pfd. St.	36907500000	37092500000	24927500000 r30
New-York 1 Dollar	8139600000 r30%	8180400000	5486250000 r30
Schweiz 1 Frcs.	1464330000	1471670000	986527500 r30
Spanien 1 Pes.	1103235000	1108765000	748125000 r50
Japan 1 Yen	3990000000	4010000000	2718187500
Rio 1 Milreis	778050000	781950000	518700000
Wien 1 Kr.	115710	116290	77306
Prag 1 Kr.	243390000	244610000	163590000 r30
Agram 1 Dinar	95760000	96240000	64837500
Budapest 1 Kr.	448875	451125	299250
Sofia 1 Leva	79800000	80200000	53865000

Berlin, den 18. Oktober 1923. Noten.

	18. 10. Geld	18. 10. Brief	17. 10. vor. Geldk.
Amerikan. Noten	8139600000 r30%	8180400000	5486250000 r30%
Englische „	36907500000 r25%	37092500000	24927500000 r30%
Italienische „	371070000	372930000	251370000 r50%
Rumänische „	32175000	32825000	24937500
Schweizer „	1464330000	1471670000	986527500 r30%
Türkische „	—	—	—
Tschechische „	243390000	244610000	163590000 r50%
Kleine Tschechen	234412500	235387500	163590000 r50%
Österreich. abgest.	115710 r50%	116290	77305
„ neue 10 er	—	—	—
Polnische Noten	7000000	—	6400000
Holländische „	3199080000	3216020000	2154600000 r30%
Ungarische	149625	150375	114710

Dollarmittelkurs

Berlin, 18. Okt. Dollarmittelkurs 8160 Millionen.

*

Indexzahlen

1 Goldmark am 18. Okt. = 1 938 000 000 P.M.
Goldsteuerk. 20.—23. Okt. = 936 000 000.
Goldzollaufgeld 17.—19. Okt. = 107 999 999 000%.
„ 20.—23. Okt. = 93 599 999 900%.
Großhandelsindex 16. Okt. = 1 093 000 000fach.
Lebenshaltungsindex 15. Okt. = 691 000 000fach.
Güterverkehrsindex ab 18. Okt. = 1 000 000 000
Personenverkehrsindex ab 18. Okt. = 600 000 000
Buchhandl.-Schlüsselzahl 17. Okt. = 1 300 000 000.
Buchdruckschlüsselzahl 13. Okt. = 35 000 000
Buchbinderschlüsselzahl 15. Okt. = 80 000 000
Anzeigenschlüsselzahl 20.—26. Okt. = 2 000 000
Landabgabe 20.—23. Okt. = 936 000 000
Dollarmittelkurs 18. Okt. = 8 160 000 000.
Arzneitaxe ab 14. Okt. = 9 600 000 (12 800 000 bes. Geb.) und 1 100 000.

Gesellschaften

München. Gutenberg-Werke A.G. Unter Mitwirkung des Bankhauses M. Held München, Herzogspitalstr. 14, ist eine neue Aktiengesellschaft unter der Firma „Gutenberg-Werke A.-G., Graphische Maschinenfabriken Augsburg-München" gegründet worden, die es sich zur Aufgabe macht, Maschinen für das graphische Gewerbe zu fabrizieren, Erzeugnisse der bayerischen Maschinenfabriken im Auslande zu verbreiten, dadurch neue Absatzgebiete zu gewinnen, und durch Zuweisung großer und bedeutender Aufträge zahlreichen bayerischen Metallarbeitern Arbeitsgelegenheit und Existenz zu verschaffen. Als Absatzgebiet kommen für die Fabrikate der A.-G. Süd-, Ost- und Nordeuropa in Betracht. In der A.-G. haben sich zusammengeschlossen: die Maschinenfabriken Irlbeck u. Co., München, Alga-Werke, Augsburg, und das bekannte Gutenberghaus Gustav Jenke, G. m. b. H., München. Alle drei Gesellschaften treten mit ihren gesamten Sachwerten in die Aktiengesellschaft ein. Da mehr als ¾ der Aktien von den Gesellschaftern selbst übernommen werden, bleibt für Interessenten nur eine beschränkte Anzahl der Anlagepapiere verfügbar, deren Vertrieb das obengenannte Bankhaus übernommen hat.

München. Bayer. Tacks- und Drahtstiftenfabrik, A.-G., Schloßmühle Nymphenburg. Unter vorstehender Firma wurde am 4. Oktober 1923 eine Aktiengesellschaft mit dem Sitz in München gegründet. Das Grundkapital beträgt 1 Milliarde und ist voll einbezahlt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von Tacks und Drahtstiften aller Art, ferner der Vertrieb mit Ganz- und Halbfabrikaten dieser Art sowie mit den einschlägigen Rohprodukten. Das neue Unternehmen wird unter Benützung der Wasserkraft der Schloßmühle Nymphenburg die vorher näher gekennzeichnete Fabrikation aufnehmen. Dem Aufsichtsrat gehören an die Herren Kommerzienrat Dr. August Schneider, Vorsitzender, Syndikus Dr. Otto Guthmann und Maschinen-Ingenieur Hermann Wegert, stellvertretende Vorsitzende; ferner die Herren Rittmeister Ewald Liebrecht, Apotheker Joseph Wegert, Obervermessungsamtmann Rudolf Kanzler, Dr. Ludwig Hörmann, Kaufmann Friedrich Pfeiffer und Kaufmann Paul Hartmann. Der Vorstand besteht aus Ingenieur Burger. Das Geschäftslokal befindet sich Schloßmühle Nymphenburg, München.

Hof. Oberfränkische Diskontobank, A.-G. Unter Führung der Firma „Behag", Bayerische Handelsaktiengesellschaft in Hof, wurde zum Zwecke der Fortführung des Bankgeschäftes Willy Zaepernick u. Co. in Hof, ein neues Bankunternehmen unter der Firma Oberfränkische Diskontobank, A.-G., in Hof in Bayern gegründet. Das Stammkapital beträgt M. 1 060 000 000 und wurde von den Gründern voll übernommen. Vorstand ist Herr Bankier Arthur Schwetz in Hof. Aufsichtsratsvorsitzender Herr Rittergutsbesitzer Baron Carl von Butler, Kammerherr und Rittmeister a. D., auf Schloß Heldritt (Koburg). Das Unternehmen steht auf rein arischen Boden.

Berlin. Wie die Aktiengesellschaft für Sachwerte in Berlin mitteilt, sind die in ihrer letzten Generalversammlung zur Kenntnis gebrachten und auf diesem Wege in die Presse gelangten Verhandlungen mit der Kieler Handelsbank, A.-G., über den Abschluß einer Interessengemeinschaft gescheitert.

Berlin-Lichterfelde-West. Germanenbank e. G. m. H. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig den Jahresabschluß. Die lastenfreien Grundstücke in Lichterfelde und Plauen stehen mit einer Mark zu Buch. Der Genossenschaftsanteil wurde auf 100 000 000 Mark, das Eintrittsgeld auf eine Goldmark festgesetzt. Neu in den Aufsichtsrat wurden gewählt: Rittmeister a. D. Jürgen von Ramin (Nicolassee), Dr. Sommerfeld (Krammen), Kaufmann Walter Ortel (Plauen). Von der in Gründung begriffenen Germanenbank, A.-G., soll den Mitgliedern ein Teil der Aktien zu einem noch von der Verwaltung festzusetzenden Vorzugskurse angeboten werden, ohne daß damit eine gesetzliche Verpflichtung für volle Zuteilung anerkannt wird.

Wien. Die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft schlägt zu der für den 30. Oktober einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die **Erhöhung des Aktienkapitals** von nom. 1 Milliarde auf 1250 Millionen durch die Ausgabe von 625 000 neuen, ab 1. Januar 1924 dividendenberechtigten Aktien mit nom. 400 Kronen vor. Die neuen Aktien sollen den Aktionären sämtlich im Verhältnis von vier alten zu einer neuen Aktie angeboten werden.

Literatur

Die neugeborene Welt

R. Dietrich.

Es bedeutet für eine Bewegung, wie die unsere, die in wenigen Jahren aus dem Nichts heraus entstanden ist, immer ein freudiges Erlebnis, wenn die Gedanken und Vorstellungswelt des Nationalsozialismus Niederschlag in einem Buche finden. Besonders dann, wenn eine solche Schrift nicht eine ausgesprochene Parteischrift ist, sondern allgemein grundlegende Probleme behandelt. Doppelt ist unsere Befriedigung, wenn die Behandlung des Stoffes in so gediegener und eindringlicher und klarer Form erfolgt, wie dies R. Dietrich in seinem umfangreichen Werke „Die neugeborene Welt" tut.

Gerade die für den arischen Geist so verwickelten Fragen der gesamten Geld- und Kreditwirtschaft, die Währungsfragen, besonders aber die Frage aller Fragen — das Zinsproblem — findet in dem Dietrichschen Werk ganz ausgezeichnete Erklärungen. Die schwierigen Beziehungen zwischen Volkswirtschaft und Weltwirtschaft, Ausfuhr und Einfuhr, die Bedeutung der Naturschätze für den Haushalt der Völker, der Weltkrieg in seinen wirtschaftlichen Wurzeln, seinen wirtschaftlichen Irrungen und wirtschaftsmordenden Folgen werden in allgemein verständlicher Form dargelegt. Überdies hat es der Verfasser noch verstanden, über die bloße Schilderung der Zustände hinaus und der Kritik an denselben beachtenswerte Winke für eine Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu geben.

Seine Vorschläge über Währungsreform, über Gutscheine, Versicherungswesen, über das Wiedereinführen der sittlichen Idee in die Wirtschaft gegenüber der zinskapitalistischen Idee einer Raubwirtschaft, wie wir sie jetzt erdulden, ist so völlig aus nationalsozialistischem Geiste geschöpft, daß wir das Buch, das vom Verlag Th. Weicher, Leipzig, herausgegeben ist, — Preis 5 M., geb. 7 M. mal Schlüsselzahl —, unseren Anhängern aufs beste empfehlen können.

Ich möchte das Buch geradezu als Katechismus für alle Fragen der privatkapitalistischen Wirtschaft empfehlen. Schade ist nur, daß das Inhaltsverzeichnis die Benützung und das rasche Nachschlagen der einzelnen Fragen nicht gestattet, da es nur die größeren Abschnitte verzeichnet, nicht aber die zahlreichen einzelnen kurzen unter sich immer ziemlich gut abgeschlossenen Artikel. Hier setzt auch meine Kritik ein, die ein Buch, das so hohes Lob verdient, auch vertragen kann. Das Buch läßt im ganzen einen geschlossenen Aufbau vermissen, die einzelnen Kapitel ebenso wie die einzelnen Artikel erscheinen etwas willkürlich aneinandergereiht.

Und noch etwas, das uns das Buch doch mit einem gewissen Gefühl des Unbefriedigtseins aus der Hand legen läßt, ist der Umstand, daß der Verfasser die Judenfrage nicht zu kennen scheint. Möglich, daß äußere Umstände ihn zur Vorsicht veranlassen, aber dann müßte doch zwischen den Zeilen diese Lebensfrage für unser deutsches Volk durchschimmern; denn ohne Lösung der Judenfrage gibt es keine Erlösung der Völker aus den Ketten des Mammonismus; die besten und gediegensten Ausführungen, auch selbst dann, wenn sie von edlem sozialen Geiste getragen sind, wie in vorliegendem Buche, bleiben verstandesmäßige Postulate, geistreiche Konstruktionen, denen das Blut fehlt. Blut gegen Geld lautet die Parole für den kommenden Befreiungskampf der schaffenden Arbeit aus der Zinsknechtschaft. Mit wirtschaftlichen Reformen allein ist dieses Ziel niemals zu erreichen. Ohne Wiederherstellung der staatlichen Autorität, ohne vollkommene Reinigung und Versittlichung vor allen Dingen der Staatsfinanzen, ohne die Schaffung eines neuen Eigentumsbegriffes und neuer Rechtsvorstellungen, kann auch die Privatwirtschaft nicht gesunden.

In seinem Rahmen aber bleibt das Buch ganz ausgezeichnet und auch für die schwierige Aufklärungsarbeit unserer Bewegung ein äußerst wertvolles Hilfsmittel. Gottfried Feder.

Bund der Deutschen: Der Weg zu Deutschlands Rettung. (Rudolstadt, Thür. 1923.)

Die Geschäftsstelle des „Bund der Deutschen" unter Professor Oppermann hat eine Broschüre herausgegeben, welche unter der Devise „Der Weg zu Deutschlands Rettung" für ein deutsches Notzeitprogramm eintritt.

Die drei Grundursachen unseres Elends, Versailler Vertrag, Währungspfuscherei und Unterbilanz der Produktion, werden noch verschlimmert durch Erfüllungspolitik, Spekulationismus und Versagen der Ernährungswirtschaft. Entwertung der Mark und Abhängigkeit vom internationalen Kapitalismus durch die in Aussicht genommene internationale Anleihe soll den Ring um unsere Freiheit schließen.

Der „Bund der Deutschen" will mit seinem Notzeitprogramm die Loslösung vom internationalen Kapitalismus und damit die Rettung durch eine Währungsreform propagieren. Diese soll und kann kein allgemeines Geldsystem zum Ziel haben, sondern wird unter strenger Trennung zwischen Inlands- und Auslandswährung als „Deutsches Volksgeld", als Inlandsfestgeld zirkulieren müssen. Die Verwaltung dieses Volksgeldes soll einer deutschen Volksbank übertragen werden. Das „Deutsche Auslandsgeld" basiert im Gegensatz zum „Inlandsgeld" (für welches das Gesamtvermögen des Volkes haften soll) auf unseren Edelmetallbeständen. Eine „Deutsche Reichsbank" müßte Verwalterin dieses „Auslandsgeldes" werden.

Auflösung der Privatbanken, Reorganisation des Kreditsystems und Devisenverkehrs, Vereinheitlichung des Steuerwesens, produktive Erwerbslosenfürsorge, Anbau- und Siedelungsbeförderung sind weitere Kardinalpunkte dieser gut geschriebenen Broschüre, die wir unseren Lesern und Parteigenossen empfehlen.

Dietrich R.: Festwährung, Festpreise, Festlöhne. Im Verlag von Theodor Weicher, Leipzig, ist von R. Dietrich eine verdienstvolle Broschüre erschienen, die auf dem knappen Raum von 15 Seiten das Problem der Festlöhnung und ihr Verhältnis zur Festwährung behandelt. Der Ausverkaufsprozeß, Außenhandel, Valuteneinfluß, Fehlbetragsdeckung wird einer kurzen Beleuchtung unterzogen und im Sinne seines größeren Werkes „Die neugeborene Welt" besprochen.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Politik: Joseph Stolzing-Cerny; für Stadtnachrichten: Fr. X. Nagl; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: Hermann Esser; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.

Theater-Spielplan

National-Theater
Freitag, 19. Okt., abends 7.30 Uhr: Ballett: Licht, Kostümball, Zaubergeiger.
Samstag, 20. Okt., abends 7 Uhr: Othello.

Residenz-Theater
Freitag, 19. Okt., abends 7 Uhr: Die Entführung aus dem Serail.
Samstag, 20. Okt., abends 7.30 Uhr: Alles um Geld.

Prinzregenten-Theater
Freitag, 19. Okt., abends 7 Uhr: Die Nibelungen.
Samstag, 20. Okt., abends 7 Uhr: Weh dem, der lügt.

Theater a. Gärtnerplatz
Freitag, 19. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Siegerin.
Samstag, 20. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Siegerin.

Schauspielhaus
Freitag, 19. Okt., abends 7.30 Uhr: Ein Traumspiel.
Samstag, 20. Okt., abends 7.30 Uhr: Ein Traumspiel.

Operettenbühne (Lustspielhaus)
Freitag, 19. Okt., abends 7.30 Uhr: Faschingsfee.
Samstag, 20. Okt., abends 7.30 Uhr: Faschingsfee.

Volks-Theater
Freitag, 19. Okt., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.
Samstag, 20. Okt., abends 7.30 Uhr: Der Fürst von Pappenheim.

Münchner Theater (Blumensäle)
Freitag, 19. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Hamburger Filiale.
Samstag, 20. Okt., abends 7.30 Uhr: Die Hamburger Filiale.

Uhren kauft, tauscht, verkauft, repariert Schlicht, Damenstiftstr. 16/4

Am Hauptbahnhof
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Ankauf von
BRILLANTEN
Becher, Ringe, Ketten, Dosen usw.
Uhren, Gold, Silber, Platin, Zähne, Gebisse
Hans Straßberger
Laden 10 Senefelderstr. 10 Laden
Luxussteuerfreier Verkauf. Ankauf von Gemälden

Werkzeug-Metall
Papier / Zeitung
Lumpen / Kisten
kauft stets zu höchst. Tagespr.
Alb. Katzdobler
Schleißheimer Straße 80

Ihre Anzeige hat Erfolg
wenn Sie dieselbe im „Völkischen Beobachter" aufgeben

Die führende polit. Wochenschrift ist das
„Heimatland"
Auf nationaler und völkischer Grundlage führt das „Heimatland" einen zielbewußten Befreiungskrieg gegen alle äußeren und inneren Feinde des deutschen Volkes.
Schriftleitung und Verlag, München, Sendlingertorplatz 1, Fernruf 54190, Postscheckkonto München 33747.
Bestellungen nimmt der Verlag sowie alle Postanstalten des Reiches jederzeit entgegen.

Höchsten Tagespreis für
SILBER
in jeder Form, zahlt
E. Ehm, Morassistr. 2, Laden
(Ecke Zweibrückenstraße)

Ankauf von
Brillanten
Gold. u. silb. Herrenuhren
Gebisse — Zähne — Platin
Gold- u. Silbergegenstände
Hans Bermüller
Kapellenstr. 3/I beim Karlstor (neben Oberpollinger), gegenüber Café Fürstenhof / Fernsprecher Nr. 53816
Separate Ankaufsräume

Jedermann freut sich
wenn er seine getragenen Schuhe, Stiefel, Herren- und Militär-Kleider gut verkaufen kann — wo?
bei Melusin, Schuhmachermeister
München, Westenrieder Str. 4

Deutsche Firmen
kaufen vorteilhaft ihren gesamten
BÜROBEDARF
bei der
Holzhandels- und Büroeinrichtungs-Gesellschaft m. b. H.
Pasing, Marienplatz (Laden), Tel. 80646.
Neu aufgenommen Schreibmaschinenreinigung u. -Reparaturen aller Systeme in u. außer Haus.

„Unterm Hakenkreuz"
Hakenkreuzlied und Hakenkreuzmarsch
Grundpreis M. 0,20.
Zu beziehen durch: Verlag Friedrich Paul, Bamberg, Obere Mühlbrücke 4.

HERMETISATOR

das beste Einkochverfahren
2 D. R. P. / 14 Auslandspatente
Prospekte u. praktische Vorführung kostenlos
Generalvertrieb für Süddeutschland
Walter Haensch · München
Helmtrudenstr. 2 · Teleph. 337[illegible]9

Spar-Herde und -Öfen
für Holz, Torf, Kohlen und Grudekoks
G. SCHWEIZER, Landsbergerstr. 5

Am 20./21. Okt. findet in Lichtenfels ein
DEUTSCHER TAG
statt. Es ergeht hiermit an die vaterländischen Kampfverbände und vaterländisch gesinnten Kreise freundliche Einladung zu recht zahlr. Beteiligung. Anmeld. erbeten an Herrn A. Voigt, Lichtenfels, Bamberger Straße 80.

Verschiedenes

Wenig benützter, tadellos erhaltener
Füllofen
System Greif
mit Guß Podest, Heizkraft 250 cbm, für 250 Goldmark zu verkaufen. Angeb. unter 1644 an die Anz.-Abt.

Perlmutter-Opernglas
für 10 Milliarden zu verkaufen.
Angebote unter Nr. 1645 an die Anz.-Abt. d. Bl.

Ein Waggon fast neuer gußeiserner
Rippenrohre
zum Festpreise von M. 12,— per qm in beliebigen Posten abzugeben.
Müller, Herrnstr. 14, Hof. Tel. 26090.

Suche für ein Landhaus Gelegenheitsposten in
Installations-Material
für Wasserleitung, Abwasser und Zentralheizung
Jakob Görtschacher, Baumeister, Nordendstr. 43

Bekannte Münchener Firma sucht zur Herstellung eines sehr gesuchten Massenartikels für Industrie stille oder tätige Beteiligung von zirka
20 000 Goldmark
Briefe unt. 5142 an die Anz.-Abtlg. dies. Blattes.

Vollwaise
möglichst Mädchen bis zu vier Jahren, wird von mir als eigenes Kind angenommen. A. Gribestein, Wagenbauer, Eschwege a. W., Hermannstr.

Stellenmarkt

Verheirateter Herr, 20jährige Berufstätigkeit u. -erfahrung, sucht Stellung als
Vorstand
einer Lohnbuchhaltung
in größerem Betriebe, hier oder auswärts. Erstklassige Zeugnisse und Referenzen stehen zur Verfügung. Anschr. erbeten unter J. G. 6037 a. d. Anz.-Abt.

Jung. tücht. Schneidergehilfe
(Großarbeiter) Angehöriger des Kampfbundes, sucht Stellung gleich welcher Art.
Gefl. Zuschriften erbeten an
Hans Wolf, Schneidergehilfe, Regenstauf

Jung. Holländer, bewußter Germane, sucht
Aufenthalts- und Betätigungsgelegenheit
in München. Suchender stammt aus alteingesessener Familie Rotterdams, verfügt über ein kleines Vermögen. Gefl. Zuschriften an
Cornelius Voorhoeve, Siegsdorf bei Traunstein, erbeten.

Kellner
Nationale Gesinnung, 26 Jahre im Saal- u. Zimmerservice gearbeitet,
sucht Stellung.
Beste Zeugnisse vorhanden. Zuschriften unter 1637 an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.